

Aus: Springer Verlag AG, Post. 10 08 84, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern: Die Welt (020 54) 10 11, Telefax (020 54) 10 12
394-17 Anzeigenabteilung (020 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflanzblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 hfr., Dänemark 8,00 skr., Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 36,00 hfr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,80 sfr., Spanien 135 Ptas., Tschechien 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeit nicht verteuern: Die Massenarbeitslosigkeit lässt sich nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) nur wirksam bekämpfen, wenn der Faktor Arbeit nicht weiter verteuert wird - etwa durch Verkürzung der Wochen- oder der Lebensarbeitszeit oder durch tarifliche Lohn- und Gehaltsanhebungen. (S. 1)

Golfkrieg: Im Krieg zwischen Iran und Irak hat sich die US-Regierung auf die Seite Iraks gestellt, berichtet die "Washington Post". Die USA hätten befreundete Länder in der Golfregion wissen lassen, daß eine Niederlage der Iraker ihren Interessen zuwiderlaufen würde. (S. 6)

Mord in Madrid: Nur wenige Stunden nach dem Tod eines spanischen Mannes wurde in der vergangenen Woche in Madrid ein spanischer Mann getötet. Die spanische Polizei hat gestern in Madrid zwei spanische Polizisten mit Schüssen aus einer Maschinenpistole ermordet worden. (S. 2 und 4)

Aussiedler: Die Zahl der im Grenzschutzgebiet Friedland registrierten deutschen Aussiedler hat 1983 mit 21 233 den niedrigsten Stand seit 1976 erreicht. Aus der UdSSR kamen 1441 Aussiedler, verglichen mit 9791 im Jahr 1976.

Telefonate teuer: Die Mindestgebühr für ein Telefongespräch vom Münzfernsprecher steigt zur Jahresmitte von 20 auf 30 Pfennig. Bei Ferngesprächen aus Telefonzellen wird die Gebühr für eine Einheit von 23 auf ebenfalls 30 Pfennig angehoben. Die Post verbuchte 1983 im Bereich der Fernsprechen ein Defizit von 250 Millionen Mark.

Angebot an London: Argentinien hat 1983 versucht, von Großbritannien die Falkland-Inseln zu kaufen. Das Angebot wurde aber von London mit der Begründung abgelehnt, der Verkauf könne zum Sturz der Regierung führen, geht aus jetzt veröffentlichten britischen Staatspapieren hervor.

Terror-Opfer: In Guatemala und El Salvador ist es 1983 erneut zu den schwersten Verstößen gegen die Menschenrechte in Lateinamerika gekommen. Mehr als 10 000 Zivilisten kamen durch politischen Terror ums Leben. (S. 6)

Afghanistan: Um die durch den Kampf gegen den Widerstand ausgedünnten Streitkräfte wieder aufzufüllen, hat die afghanische Regierung alle wehrfähigen Männer aufgefordert, sich bis zum 21. März zu melden; andernfalls drohe ihnen Haft.

ZITAT DES TAGES



Es müssen wieder Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen Familien ohne Sorgen leben und unter denen Kinder als höchstes Gut wieder erwünscht und sorgenfrei erzogen werden können.

Walter Althammer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (S. 6) FOTO: GERO BACHERT

WIRTSCHAFT

Zinsen sinken: Die zu erwartende Stabilisierung des Kapitalmarktes bei etwa sechs Prozent könnte 1984 langfristige Kredite für rund 8,5 Prozent ermöglichen, teilt der Verband Deutscher Hypothekenbanken mit. (S. 7)

Plan erfüllt: Das produzierte Nationaleinkommen der DDR stieg 1983 um 4,3 Prozent (1982: drei) und überschritt damit leicht den Planansatz von 4,2 Prozent, meldet "Neues Deutschland".

Bald zahlungsunfähig? Israel nähert sich dem Punkt, an dem es nicht mehr in der Lage sein werde, Zinsen für seine Kredite zu zahlen, warnt der Generaldirektor im Finanzministerium, Ummann Shalom. Die Staatsverschuldung beläuft sich auf 23,2 Milliarden Dollar.

Sibirien-Gas: Die UdSSR hat die Lieferung von Erdgas über die GSSR - und die Bundesrepublik nach Frankreich aufgenommen. Die Bundesrepublik soll ab Herbst 1984 beliefert werden.

US-Autos: Mit 8 422 074 Fahrzeugen erreichte die amerikanische Automobilproduktion 1983 den höchsten Stand seit 1979 (8 422 074).

Börse: Zum Jahresbeginn setzte sich die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt fort. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 154,5 (1982: 23, 12, 83). Dollarmittelkurs 2,7302 (2,7238 am 30. 12. 83). Der Londoner Goldmarkt war am Montag geschlossen (881,50 Dollar pro Feinunze am 30. 12. 83).

KULTUR

Ägyptische Kunst: Wegen der hohen Kosten und Risiken will Ägypten künftig keine großen Kunstausstellungen, vergleichbar mit der Wanderausstellung "Tutench-Amun", mehr im Ausland veranstalten.

Körner tot: Im Alter von 55 Jahren ist Alexis Körner, der "Vater des europäischen Blues", in London an Lungenkrebs gestorben. Bei ihm lernten Musiker wie Mick Jagger und Eric Burdon ihr Handwerk.

SPORT

Olympia: Bereits 13 Skisportler des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) haben die Olympia-Norm für die Winterspiele 1984 in Sarajewo erreicht. Insgesamt 33 Sportler sollen das Olympiateam bilden.

Wiedergewählt: Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, wurde zum sechsten Mal hintereinander von den deutschen Sportjournalisten zum "Funktionär des Jahres" gewählt. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Notstand: In der Elfenbeinküste ist die Stromversorgung zusammengebrochen. Nach einer langen Trockenperiode sind die Stauseen fast leer, die Turbinen können kaum noch angetrieben werden. Industrie und Geschäftsleben erlahmen. (S. 14)

Westfalen hat Entwarnung gegeben: Nachdem es noch am Wochenende vor einer Vergiftung des Rheinwassers durch den mütterlichen Krebsreger Bis-Chlor-Isobutyläther gewarnt hatte, ließ es gestern, die Werte seien auf null zurückgegangen. (S. 14)

Entwarnung: Das Landesamt für Wasser und Abfall in Nordrhein-

Wetter: Bewölkt mit vereinzelt Regen, stürmisch. 2 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wohlüber ist des Feuers Macht. Über Wirtschafts-kriminalität und Konjunktur S. 2

Israel: Gewerkschaften lehnen Sparplan der Regierung rigoros ab; Konflikte im Kabinett S. 6

Kabellernen: Start nicht ohne Fehl und Tadel; Premiere in Ludwigshafen S. 3

Skispringen: Auch Bundestrainer Ewald Roscher ist in die Kritik geraten S. 11

Mitteldeutschland: "DDR" steht wirtschaftlich vor einer schweren Herausforderung S. 4

Fernsehen: Gert Fröbe in einer Traumrolle; der Kurfürst-König "August der Starke" im ZDF S. 12

Nigeria: Religiöse und ethnische Gegensätze standen der Entwicklung entgegen S. 5

Musikclowns: Aus der Manege in die Konzertsäle; Emanzipation der Posenreißer S. 13

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 5

Neubauten: Ein Boom schlägt Breschen in die alten Quartiere der Hansestadt Lübeck S. 14

Wirtschaftsforscher plädieren für generelle Lohnpause

RWI: Durch 35-Stunden-Woche und Tarifrunde keine neuen Arbeitsplätze

GÜNTHER BADING, Bonn

In die schon zu Beginn der diesjährigen Tarifrunde festgefahrene Diskussion zwischen den Befürwortern der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden und den Anhängern einer Reduzierung der Lebensarbeitszeit hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen mit dem Vorschlag einer generellen Lohnpause neue Bewegung gebracht.

Tarifliche Lohnhöhrungen sollten nur in jenen Wirtschaftszweigen, Befürwortern der Wochenarbeitszeitverkürzung, empfohlen werden, wo es gelte, Arbeitskräfte anzuwerben, empfiehlt das Essener Institut. In allen anderen Bereichen dürfe der Faktor Arbeit nicht verteuert werden. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote von weit über zwei Millionen, die zum größten Teil durch zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten bedingt ist, sowie angesichts der gerade wegen der alljährlich geforderten Lohnhöhrungen, nach wie vor übermäßig hohen Risiken für arbeitsplatzschaffende Investitionen sind allgemeine Lohnhöhrungen derzeit nicht angebracht, sondern Lohnnebenkostenpausen notwendig, heißt es im jüngsten Konjunkturbrief des RWI.

Arbeitszeitverkürzung, ob durch 35-Stunden-Woche oder Frühverrentung, betrachtet das RWI in seiner "Widersinnige Hoffnungen" überschriebenen Studie zunächst allein unter dem Aspekt der Kosten für die jeweiligen Unternehmen. Sowohl die Verkürzung als auch eventuelle Anhebungen von Löhnen und Gehältern verteuern den Faktor Arbeit. Die Vertueuerung der Arbeitskraft lasse die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Unternehmen sinken, stehe also dem Streben nach Schaffung neuer Arbeitsplätze und Unterbrechung derzeit Arbeitslosigkeit entgegen.

Das RWI versucht, die Argumentation mit einem anschaulichen Beispiel volkswirtschaftlich zu machen: "Daß die Nachfrage vom Preis, die nach Arbeitskräften also vom Lohn abhängt, erweist sich nicht allein in den Unternehmen und ihrem Bestreben, teure Arbeitsleistung einzusparen, sondern einmal und recht anschaulich auch in den privaten Haushalten, wenn auf eine Haushaltshilfe verzichtet, die Leistung des Friseurs nicht so häufig wie früher in Anspruch genommen, die Wohnung selbst tapeziert, Türen und Fenster selber gestrichen, das Auto selbst gewaschen und vieles andere selbst getan wird, weil der von

anderen dafür geforderte Lohn zu hoch ist."

Trotz solcher anschaulicher Beispiele werde der Zusammenhang zwischen dem Preis für Arbeit und der Nachfrage nach Arbeit "offenbar noch immer übersehen", konstatiert das RWI. Anders seien "die Hoffnungen, die Arbeitslosigkeit ließe sich durch eine Vertueuerung der Arbeit verringern, nicht zu erklären."

Der RWI-Konjunkturbrief erteilt aus dieser Kostenbetrachtung heraus nicht nur der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die von der Mehrzahl der Einzelgewerkschaften unter Führung der IG Metall verlangt und die von der SPD-Opinion im Bundestag nachdrücklich unterstützt wird, eine klare Absage. Die Kritik richtet sich auch an die Bundesregierung, die soeben ihren Entwurf für eine Vorrubestandsregelung - für 59-Jährige und ältere Arbeitnehmer und befristet auf fünf Jahre - vorgelegt hat. Auch dies bedeute Vertueuerung des Faktors Arbeit, der Entwurf "unterseidet sich im Hinblick auf die Belastung der Unternehmen... nur insoweit, als die Kosten nicht allein von den Unternehmen getragen werden sollen". Ein Teil werde von den mit geringeren Bezügen ausscheidenden

Berlins Parlament berät über Brand

Die Staatsanwaltschaft spricht von abgesprochener Aktion mehrerer Häftlinge

F. DIEDERICHS, Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird sich heute in den Parlamentsausschüssen für Inneres, Sicherheit, Ordnung und Ausländerfragen mit dem Tod der sechs ausländischen Häftlinge befassen, die in der Silvesternacht bei einem Brand in der polizeilichen Abschiebehafte um Leben kamen. Die Alternative Liste, die SPD und die CDU hatten diese Sitzung beantragt.

Dolmetscher geführt werden müssen.

Ein Polizist erklärte der WELT, es könne zum jetzigen Zeitpunkt nahezu ausgeschlossen werden, daß das Feuer durch Brandstiftung von außen entstanden sei. Die Berliner Staatsanwaltschaft vermutet, daß es zu der Katastrophe durch eine abgesprochene Aktion mehrerer Häftlinge gekommen ist, und ermittelt gegen einen namentlich festgestellten

beiden Zellen verhielten, indem sie das Wachpersonal bedrohten und die Zellentüren verbarrikadierten. "Dennoch glauben wir nicht an einen kollektiven Selbstmord", erklärte dazu der stellvertretende Polizeipräsident Martin Lipkowitz. Überlebende sagten aus, ihnen sei von den anderen Häftlingen keine Protestaktion angekündigt worden.

Bei den Toten handelt es sich um drei Tamilen aus Sri Lanka im Alter zwischen 22 und 26 Jahren, die am 27. Dezember ohne Einreiseerlaubnis nach Berlin gekommen waren und einen Tag später in Polizeigewahrsam genommen wurden. Außerdem starben ein 19-jähriger Libanese und ein 24-jähriger staatenloser Palästinenser, der in die Libanon abgeschoben werden sollte. Beide saßen wegen Rauschgiftvergehen in Abschiebehafte. Ein inhaftierter 23-jähriger tunesischer, der keine gültigen Papiere besaß, kam ebenfalls in den Flammen um.

Mehrere Organisationen und die Alternative Liste bezeichneten gestern die Toten als "Opfer der zunehmenden Abschiebungspolitik".

Paris reduziert Truppen in Beirut

Ehemalige CIA-Chefs empfehlen Abzug des US-Kontingents / Senator Turner nach Libanon

RAFAEL SELIGMANN/DW, Bonn

In Washington, Rom und Paris haben sich in den vergangenen Tagen Aktivitäten verstärkt, die Soldaten dieser Länder aus der libanesischen Hauptstadt Beirut abzuziehen, zumindest aber die Zahl der Soldaten und ihren Auftrag herabzusetzen.

Die Kontingente der USA, Frankreichs und Italiens bilden gemeinsam mit etwa 100 britischen Soldaten die multinationale Friedenstruppe in Beirut. Aufgabe dieser Soldaten ist in erster Linie die Erhaltung des Friedens in Beirut und damit indirekt die Sicherung der Herrschaft des prowestlichen Präsidenten Amin Gemayel.

Gestern gaben das Außen- und Verteidigungsministerium in Paris bekannt, daß Frankreich Ende dieses Monats 482 Soldaten aus der multinationale Friedenstruppe in Beirut abzuziehen werde. Die Soldaten, etwa ein Viertel des französischen Kontingents in Beirut, gehörten ursprünglich einer Einheit der UNO-Truppe in Libanon (UNIFIL) an, die vor 15 Mo-

naten in die französische Truppe der multinationale Friedenstruppe eingegliedert worden war. Die Soldaten kehren jetzt wieder zur UNIFIL zurück. Damit bleibt die Gesamtstärke der französischen Verbände in Libanon unverändert. Dennoch sehen politische Beobachter in dieser Truppenvermehrung eine Verminderung des französischen Engagements zugunsten der Regierung von Präsident Gemayel und damit der westlichen Position in Libanon.

SEITE 2:
Römische Zweifel

Bereits am Wochenende hatte der italienische Verteidigungsminister Spadolini in Beirut die Reduzierung des italienischen Kontingents von 2100 auf 1100 Soldaten angekündigt. Auch in den Vereinigten Staaten mehren sich, trotz der Entschlossenheit von Präsident Reagan, die 1600 Marine-Infanteristen, in Beirut zu belassen, die Stimmen, die eine Reduzierung des militärischen Engage-

ments Washingtons in Libanon fordern. So will der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des US-Senats, der einflussreiche republikanische Abgeordnete John Tower, auf seiner Nahost-Reise Möglichkeiten für den Abzug der amerikanischen Soldaten aus Beirut prüfen.

Für einen Abzug des US-Kontingents sprachen sich am Wochenende drei ehemalige Chiefs des amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes CIA aus. Die früheren CIA-Direktoren Schlesinger, Turner und Colby erklärten, die "Marines" seien nicht stark genug, um ihre Mission zu erfüllen.

Seit den verheerenden Bombenanschlägen, die im Oktober vergangenen Jahres den Tod von über 250 französischen und amerikanischen Soldaten forderten, sowie neuen Drohungen gegen diese Truppe, versuchen einflussreiche Kräfte in Regierung und Opposition in Frankreich, Italien und den USA das Engagement dieser westlichen Länder in Libanon zu beenden.

Ventil für den Zorn der Autofahrer

HEINZ HECK, Bonn

Das Thema ist alt und immer wieder neu. Denn jedes Mal, wenn deutsche Urlauber nach Frankreich oder Italien reisen, erregen sie sich aufs neue über die dort erhobenen Autobahngebühren. Wer dann die Forderung auch nach der Einführung einer Gebühr in der Bundesrepublik erhebt, wie jetzt Dionys Jobst, stellvertretender Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Verkehrsexperte der Union, ist der öffentlichen Zustimmung sicher.

Ausländische Autofahrer, so Jobst, sollen an den Grenzübergangsstellen für 60 Mark eine ein Jahr gültige Plakette kaufen und sie an der Windschutzscheibe befestigen. Um auch im Inland den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, sollen deutsche Autofahrer die Plakette beim Postamt kaufen können und dafür bei der Kfz-Steuer um 60 Mark entlastet werden.

Vielleicht hat Jobst mit seinem unangenehmen, publicityträchtigen Vorstoß seinen Parteifreund, Verkehrsminister Werner Dollinger in Verlegenheit gebracht. Dieser zeigte gestern zwar Verständnis für den allenthalben aufwallenden Zorn über diese Ungerechtigkeit, machte aber niemandem Hoffnung auf eine rasche Lösung. Seine Devise: Lieber die Gebühren abbauen als neue einführen.

Die Verhandlungsposition etwa der Bundesregierung ist deshalb schwach, weil EG-Partner nicht diskriminiert werden dürfen: Das heißt also: wenn Gebühren, dann für Ausländer und Inländer gleich. Nun hat Dollinger zunächst einmal durchgesetzt,

daß das Thema in das "Arbeitsprogramm der EG für die nächsten Jahre aufgenommen" wurde. Doch solche Programme sind noch weit geduldet, als es das sprichwörtliche Papier ohne Inhalt ist.

Dollinger will es dabei allerdings nicht bewenden lassen: Die Bundesrepublik als wichtiges Transitland in Europa könne "keine Insel der Freizügigkeit bleiben", wenn die anderen Staaten kein Entgegenkommen zeigten. Doch wann er mit Gegenmaßnahmen (sprich: deutsche Autobahngebühren) kontern will, läßt er vorsichtshalber offen. Statt dessen freut er sich lieber über kleine Fortschritte: Österreich hat am 1. Januar die Mautgebühr am Brenner für Speditoren auf ein Viertel gesenkt. Schwierige Verhandlungen machen bescheiden.

Die Verhandlungsposition etwa der Bundesregierung ist deshalb schwach, weil EG-Partner nicht diskriminiert werden dürfen: Das heißt also: wenn Gebühren, dann für Ausländer und Inländer gleich. Nun hat Dollinger zunächst einmal durchgesetzt,

DER KOMMENTAR

Theorie und Praxis

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Unter den guten Vorsätzen zum Jahr 1984 steht oben, daß niemand etwas unternehme, was den wirtschaftlichen Auftrieb bremsen könnte. Doch die Zeichen für die Tarifrunde dieses Jahres lassen leider ganz und gar anderes befürchten.

Was in wissenschaftlich begründeter Theorie als vernünftig anzusehen ist, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen soeben publiziert. Es macht auf den Zusammenhang zwischen dem Preis der Arbeit und der Nachfrage nach Arbeit aufmerksam, um zu schließen, daß keinerlei Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben sei, sondern daß eher Lohnpausen helfen könnten, die Millionenzahl der Arbeitslosen herabzudrücken.

Die Praxis hat jedoch die Theorie der Vernunft schon im Vorfeld der Tarifrunde weit hinter sich gelassen. Das geht auch daraus hervor, daß Gesamtarbeit sich gezwungen glaubt, der IG Metall eine "Vorrubestandsregelung" zuzugestehen, die die Einkommensverbesserung "von vornherein anbieten zu müssen. Folglich muß sich Gesamtarbeit den zweigeknickten Schuß der Kritik, welche das RWI in diesem Punkt an der Bundesregierung übt, selbst anziehen.

Die Weichen sind mehrfach falsch gestellt, und das aus sachfremden Gründen. Die Fanfarentöße der IG Metall für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erschallen auch als Getöse eines Führungskampfes zwischen Mayr und Steinkühler, der vom Ausgang der Tarifrunde entschieden werden könnte. So gesehen hat Steinkühler in eigener Sache die Gewerkschaften zum Kampf "um Sein oder Nichtsein" aufgerufen. Der Oppositionsführer im Bundestag, Vogel, nahm diese Agitation auf und verband dabei das Schicksal der SPD mit dem der Gewerkschaften. Während Böhmer in Hessen die rote grüne Koalition als Modell für Bonn schmiedet, macht Vogel die 35-Stunden-Woche zum großen Solidarisierungsthema von SPD und DGB, obwohl das fünf DGB-Gewerkschaften nicht mitziehen.

Der Bundeskanzler hat weder geäußert noch geäußert, sich diesem innenpolitischen Kampf um seine Regierungsmacht zu stellen. Er glaubt, gute Karten in der Hand zu haben: Die Bevölkerung befreit, daß der Streit um die 35-Stunden-Woche dem wirtschaftlichen Aufschwung schade; in ihrer großen Mehrheit begreifen das auch die Gewerkschaftsmitglieder. Folglich verschreiben sich die Funktionäre der IG Metall und anderer DGB-Gewerkschaften einer unpopulären Sache. Unter solchen Umständen einen Streik vom Zaun zu brechen, muß sich die IG Metall wohl noch dreimal überlegen.

Es ist Kohl zuzutrauen, daß er der Kraftprobe mit SPD und DGB nicht ausweicht. Das heißt aber nicht, er könne mit Sicherheit ein schädliches Ergebnis der Tarifrunde verhindern. Denn die Tarifpartner sind frei, dabei allerdings dem Gemeinwohl verpflichtet.

Wehrdienst statt 15 bald 18 Monate?

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Verlängerung des Grundwehrdienstes der Wehrpflichtigen von 15 auf 18 Monate sollte nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Würzbach, möglichst bald vom Bundestag "mit einem möglichst breiten Konsens" beschlossen werden.

Diese Ansicht äußerte der CDU-Politiker gegenüber der WELT, obwohl die Verlängerung erst 1987 oder später zum Ausgleich der dann heranstehenden geburtschwachen Jahrgänge von Rekruten nötig wird. Würzbach meinte, dieses Thema dürfe nicht in die parteipolitische Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl des Jahres 1987 hineingetragen werden.

Am 1. Februar wird sich das Bundeskabinett in einer Sitzung auf der Bonner Hardthöhe mit der Planung für die Bundeswehr bis in die neunziger Jahre hinein befassen. Dabei wird auch die Verlängerung des Grundwehrdienstes eine Rolle spielen. Einige Wochen später will der Verteidigungsminister dann im März ein ganzes Maßnahmenpaket zur Sicherung der Verteidigungskraft der Streitkräfte bei sinkendem Wehrpflichtigenaufkommen und knappen Finanzmitteln beschließen.

Nach Ansicht von Fachleuten wird es auch die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate enthalten. Würzbach meinte, diese Verlängerung müßte unter den großen Parteien des Bundestages unstrittig sein. Sie sei unpopulär, aber notwendig.

20 000 sowjetische Todesopfer in Afghanistan

Kabul senkt Wehrpflicht von 21 auf 18 Jahre

DW, New York/Islamabad

Zu Beginn des fünften Jahres der sowjetischen Besetzung Afghanistans muß Moskau auf 20 000 Todesopfer zurückblicken, berichtet das amerikanische Nachrichtenmagazin "Time". Im gleichen Zeitraum, in dem diese 20 000 sowjetischen Soldaten ihr Leben verloren, fielen auch 50 000 afghanische Freiheitskämpfer.

Trotz dieser Verluste haben die Sowjets, so "Time" weiter, nicht die Absicht, ihre Truppen abzuziehen. Sie haben derzeit mehr als 100 000 Mann in Afghanistan stationiert. Das kostet die Sowjets täglich acht Millionen Dollar. Die Hoffnungen der Afghanen, eine ihnen ergebene starke afghanische Armee aufzubauen, haben sich nicht erfüllt. Laut "Time" ist die Stärke der afghanischen Regierungsmiliz von ursprünglich 100 000 Mann auf 40 000 Mann zurückgegangen, nachdem viele Soldaten zu den Freiheitskämpfern überliefen und viele Afghanen der Wehrpflicht zu entgehen wissen.

Das wehrpflichtige Alter ist in Afghanistan mit Beginn dieses Jahres

AP, Bonn

Die Gebühr für ein Ortsgespräch aus der Telefonzelle wird voraussichtlich zum 1. Juli 1984 auf 30 Pfennig angehoben. Ein Sprecher des Bundespostministeriums in Bonn bestätigte gestern, daß das Ministerium plane, die traditionelle Zwei-Groschen-Einheit am Münzfernsprecher "im Laufe dieses Jahres" abzuschaffen und durch einen um 50 Prozent höheren Tarif zu ersetzen. Da zu dieser Gebührenerhöhung noch befragt werden muß, steht der genaue Termin noch nicht fest.

Der Sprecher des Ministeriums begründete die geplante Gebührenerhöhung damit, daß im Jahre 1982 an den rund 130 000 öffentlichen Telefonzellen der Bundesrepublik Deutschland ein Defizit von 250 Millionen Mark entstanden sei. Durch die Erhöhung der Gebühren auf 30 Pfennig erwartet man Mehreinnahmen von 232 Millionen Mark.

Insbesondere verwies er auf die hohen Kosten, die der Post durch die mittlerweile zerstörten Münzfernsprecher entstehen. 1982 seien 76 000 Apparate entweder beraubt oder zerstört worden. Allein für die Instandsetzung habe 1982 die Post 14 Millionen Mark ausgeben müssen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Postausschusses, Karl Liedtke (SPD), wandte sich scharf gegen die geplante Gebührenerhöhung: Die Gewinne der Post würden überwiegend oder fast ausschließlich im Fernmeldebereich erzielt. Es sei an der Zeit, die Überbezahlung von Telefonleistungen zu stoppen.

Wie die Regierung in Kabul am Sonntag über den Rundfunk bekanntgab, müssen sich alle von der neuen Regierung betroffenen Afghanen in kürzester Zeit bei den Wehrerfassungstellen zur Musterung melden. Wer dieser Anordnung nicht Folge leiste, habe mit scharfen Strafen zu rechnen. Der Wehrdienst beträgt in Afghanistan derzeit im Regelfall 30 Monate.

In einem gestern veröffentlichten nicht unterzeichneten Artikel der "Prawda" wurde festgestellt, daß sich an der prinzipiellen Haltung der Sowjetunion in der Afghanistan-Frage nichts geändert habe und mit einem baldigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan nicht zu rechnen sei. Das Blatt betont, die UdSSR würden ihre Truppen nur dann abziehen, wenn "die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kabuls aufhöre und Garantien dafür vorliegen, daß sich diese nicht wiederholen". Die Parteilinie behauptete, daß die USA alles unternähmen, "um eine Normalisierung der Lage in Afghanistan zu verhindern".

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kraftprobe bei Talbot

Von Joachim Schaufuß

Für die sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition des französischen Staatspräsidenten Mitterrand schlägt die Stunde der Wahrheit. Wenn es vor den Toren des Automobilwerks von Poissy bei Paris zum Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Talbot-Arbeitern kommen sollte, wäre eine Regierungskrise wohl unabwendbar. Denn die Gegensätze zwischen den Sozialisten und der KPF sowie der von dieser Partei beherrschten, in Poissy führenden CGT-Gewerkschaft haben sich in diesem Konflikt zugespitzt.

Den Sprengsatz brachte Premierminister Mauroy am letzten Freitag persönlich an. Seine Entscheidung, das seit vierzehn Tagen wegen Betriebsferien geschlossene und zuvor bestreikte Werk (17 000 Beschäftigte) von rund 500 Betriebsbesetzern zwangsweise räumen zu lassen, damit es zur heutigen Betriebseröffnung hergerichtet ist, wurde von KPF-Chef Marchais und CGT-Boß Krasucki scharf verurteilt. Auf lokaler Ebene sind gestern schon wieder Streik- und Besetzungsparolen ausgegeben worden, vor allem von den Delegierten der (minoritären) linkssozialistischen CFTD, die in diesem Konflikt von Anfang an den Ton angegeben hatte.

Vom Ausgang des Konflikts hängt die neue französische Industriepolitik ab. Dabei geht es konkret um die Frage, wie weit privaten und staatlichen Großunternehmen erstmals in der sozialistischen Ära Masseneinstellungen erlaubt werden, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die in den nächsten zwei bis drei Jahren notwendig werdende Aufgabe von etwa einer halben Million Arbeitsplätzen ist aber bei weitem nicht mehr andersweitig (vorzeitige Pensionierungen usw.) zu bewerkstelligen.

Bei Talbot sind jetzt erst 1905 Arbeiter (davon achtzig Prozent Gastarbeiter) mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung unter bestimmten Auflagen, die für die weiteren Sozialpläne „vorbildlich“ sein sollen, entlassen worden. Von diesem Präzedenzfall hängt also die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Frankreichs entscheidend ab. Daraus erklärt sich die Härte der Regierung. Anstatt sich auf endlose Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzulassen, will sie ein Exempel statuieren. Dieser Mut verdient Beachtung. Wer aus der Kraftprobe als Sieger hervorgeht, bleibt allerdings noch abzuwarten.

Römische Zweifel

Von Friedrich Meichsner

Das italienische Militärengagement in Libanon wird in Italien zunehmend unpopulärer. Staatspräsident Pertini hat sich zweifellos zum Sprecher der Mehrheit gemacht, als er in seiner Silvesteransprache erklärte: „Wenn in Libanon Bedingungen entstehen, die einen Konflikt auslösen, müssen wir unser Kontingent zurückziehen.“

Die Italiener bilden gemeinsam mit den Amerikanern, Franzosen und Engländern eine sogenannte Friedenstruppe, deren erklärtes Ziel es von Anfang an war, sich als Puffer zwischen den streitenden Parteien zu schieben und eine Abkühlung der Gemüter als Voraussetzung für eine nationale Versöhnung in diesem zerrissenen Nahost-Staat zu ermöglichen. Das italienische Kontingent hat seinen Auftrag von vornherein als Hilfs-, nicht als Polizeiaktion verstanden. Es wollte nicht irgendeine bestimmte Friedenslösung durchsetzen, sondern lediglich den innerlibanesischen Aussöhnungsprozess einleiten und fördern helfen.

Je unglaublicher der Wille zur Versöhnung bei den Libanesen selbst wird, um so deplazierter kommen sich die Italiener jetzt in Beirut vor. Als das römische Parlament der Entsendung des „Friedenskontingents“ zustimmte, lag den Abgeordneten sicherlich nichts ferner als der Gedanke, junge Wehrpflichtige ins Feuer zu schicken und sie für oder durch irgendeine der einander bekämpfenden libanesischen Parteien sterben zu lassen.

Sie gaben sich wohl eher der Illusion hin, allein durch Flaggegeigen Libanon befrieden zu können. Die italienischen Soldaten wahrten, wie ihnen kürzlich die „Washington Post“ bescheinigte, eine „strikte Unparteilichkeit“ in den libanesischen Wirren. Das war bisher ihr bester Selbstschutz. Anders als die Amerikaner und die Franzosen blieben sie von Terrorakten verschont. Der Lösung des Libanon-Problems war diese absolute Zurückhaltung aber nicht viel dienlicher als das militäntere – im letzten freilich inkonsequente – Auftreten der Amerikaner und Franzosen. Den fehlenden Versöhnungswillen bei den Libanesen selbst vermochte weder die eine noch die andere Haltung zu ersetzen.

Was bleibt, ist die bittere Erkenntnis, daß eine der wenigen, anfänglich mit großen Hoffnungen begleiteten, Nahost-Initiativen des Westens nicht nur in Rom, Washington, Paris und London unterschiedlich, sondern insgesamt auch falsch konzipiert war und auf ein Fiasko zuzutreiben droht.

Sturm geerntet

Von Rolf Götz

Wir kämpfen für die Revolution in ganz Spanien und ganz Frankreich – das Baskenland ist für uns nur die Basis.“ Diese Parole ihrer marxistisch-leninistischen Zielsetzung verkündete die ETA bereits vor 14 Jahren im Prozeß von Burgos.

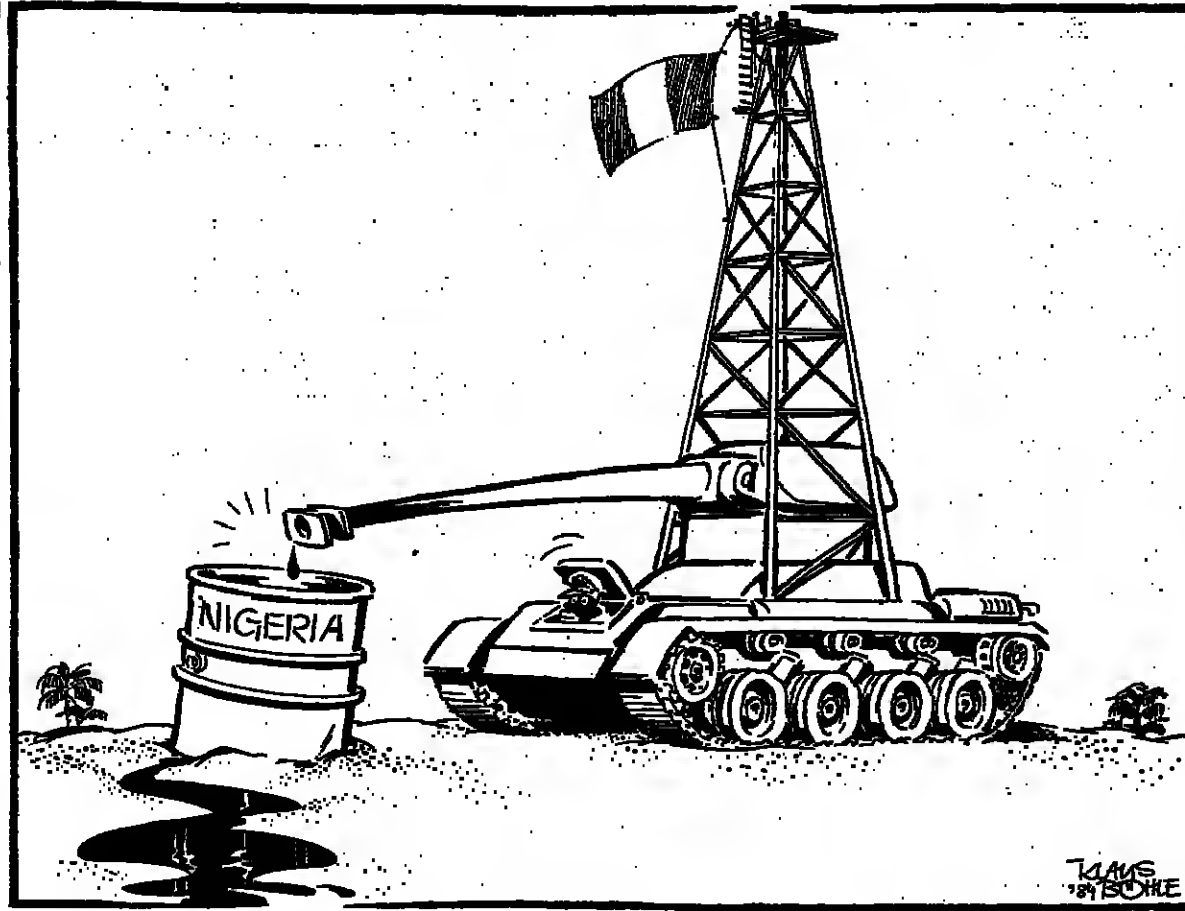
So darf man sich denn auch nicht wundern, daß der schwelende Brand des Bürgerkrieges von der baskischen Basis in Spanien nun auch auf den französischen Teil des Baskenlandes übergreift. In der Klinik von Bordeaux starb einer der führenden Terroristen der ETA – ihm wird die Beteiligung an 27 Morden in Spanien zur Last gelegt.

Seine Mörder nennen sich „Antiterroristische Befreiungsgruppe“ (GAL). Wer das ist, weiß man nicht. Und die Vermutung, daß hier eine Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei existiert, liegt nahe.

„Wer aber vom schmutzigen Krieg redet, dem muß klar gesagt werden, daß diesen Krieg die ETA entfesselte“, sagte Ministerpräsident Felipe Gonzalez vor einer Woche. Und nach den Schüssen in Bayonne fügte der Chef der Guardia Civil, General Santamaría, nur lakonisch hinzu: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“ Natürlich betonte Felipe Gonzalez, daß er nicht an eine Zusammenarbeit mit der Polizei in diesem schmutzigen Krieg glaube. Er sagte aber auch, wie dergleichen vermieden werden könne: nämlich durch die internationale Zusammenarbeit der Polizei, hier zwischen Frankreich und Spanien.

Gonzalez hat völlig zutreffend festgestellt, daß es sich bei den in Frankreich auftauchenden Terroristen der ETA nicht um politische Flüchtlinge handelt, die den Schutz des Asyls in Anspruch nehmen könnten. „Wir sind schließlich keine Diktatur mehr, wir haben alle Etrass amnestiert“, erinnerte Spaniens Ministerpräsident an die vom Volke demokratisch bestätigte Verfassung.

Wenn die so Amnestierten dennoch weiter morden, darf das natürlich nicht zur Selbstjustiz der Polizei führen. Aber die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie verlangen zu ihrem Schutz internationale Konsequenzen – auch wenn sie zu Unbequemlichkeiten im Nachbarlande führen.



Militär-Wirtschaft

ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖNE

Wohltätig ist des Feuers Macht

Von Heinz Pentzlin

Die Wirtschaftskriminalität – was man auch immer unter diesem Begriff verstehen mag – ist in erheblichem Ausmaß gestiegen. Es ist eine seit langem bekannte Erscheinung, daß sie stets mit sinkender Konjunktur wächst.

In früheren Zeiten haben in Notlagen die Brandfälle zugenommen. Ein Bauer, der seine Ernte nicht verkaufen konnte, um den fälligen Saatkredit zurückzahlen; ein Kaufmann, der auf einem schlecht absetzbaren Warenlager saß und nicht mehr wußte, wie er die Zinsen für seine Kredite aufbringen konnte – sie erlagen schon mal der Versuchung, sich „heiß“ zu erhitzen: über die Feuerversicherung.

Doch seit längerem schon überwiegen andere Methoden der illegalen Geldbeschaffung – mit einem „Frisieren“ der Bilanz, etwa dadurch, daß Aktiva mit höheren Werten angegeben werden, als sie wirklich besitzen, oder daß Forderungen an Kunden, die nicht mehr einbringbar sind, noch weiter eingeführt werden, oder auch Forderungen frei erfunden und als Aktiva verbucht werden – so schaffen sie sich Kreditunterlagen und nehmen darauf Kredite auf.

Neben diesen aus der Not zu kriminellen Handlungen Greifenden betätigen sich in zunehmendem Umfang Kriminelle, die ohne einen solchen Anlaß sich mit betrügerischen Handlungen bereichern. Man könnte sie als „geborene“ Kriminelle ansehen, um mit dem Anthropologen Cesare Lombroso zu sprechen, der den „delinquente nato“ von den Verbrechern scheidet, die durch die Umstände zu verbrecherischen Handlungen verleitet wurden, während der geborene Verbrecher die günstigen Umstände für die Ausführung des Verbrechens sucht.

In der gegenwärtigen Zunahme der Wirtschaftskriminalität wird erkennbar, daß wir es hier – um in der Sprache der Wirtschaftstheorie zu sprechen – neben einem „konjunkturellen“ auch mit einem „strukturellen“ Vorgang zu tun haben. Die kriminelle Aktivität hat nicht nur im Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, sondern allgemein zugenommen. Das zeigt sich – leider – auch in anderen Bereichen als der Wirtschaft.

Faßt man den Begriff „Wirtschaftskriminalität“ weiter, als es

gemeinhin geschieht, und betrachtet man nicht nur die „großen“ Betrugsmanöver, Fälschungen, Kreditbetrug und dergleichen, sondern bezieht alles mit ein, was im Wirtschaftsleben heutzutage illegal und unter betrügerischer Ausnutzung von gesetzlichen Regelungen geschieht, dann müßte man entsetzt sein über das Ausmaß, mit dem so vieles von kriminellen Handlungen durchsetzt ist. Nur entsetzen wir uns nicht, weil dies so alljährlich geworden ist.

Jede Schwarzarbeit gegen Entgelt oder andere Gegenleistung ist auf der einen Seite der Beteiligten ein doppelter Betrug und auf der anderen zumindest Mithilfe zum Steuerbetrug und Hinterziehung von Sozialabgaben. Das gilt nicht nur für die Beschäftigung von illegal über die Grenze gebrachten Ausländern, sondern für jeden, der in seiner Freizeit „schwarz“ arbeitet und für jeden, der ihn beschäftigt. Wie auch für jeden, der „ohne Rechnung“ verkauft oder eine Dienstleistung verrichtet und jeden, der hier mit seiner Zahlung Mithilfe leistet.

Rechtsbrecherisch handelt jeder Arbeiter und Angestellte, der ohne wirklich krank zu sein, „krankfeiert“ und dabei die Lohnfortzahlung und Krankengeld in Anspruch nimmt. Er ist im Grunde ein Betrüger, der sich auf Kosten seiner Arbeitskameraden einen Vorteil, die arbeitsfreien Tage, verschafft. Wenn diese Betrügereien

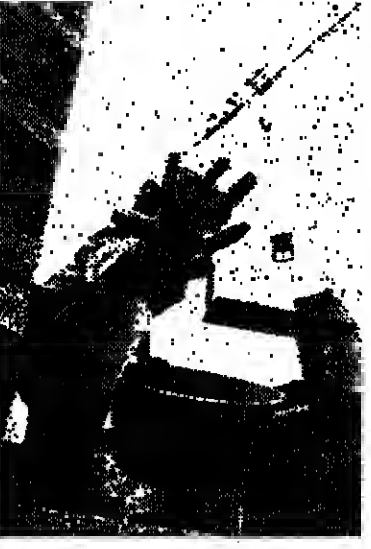
nicht stattfinden würden, dann würde das sicher in den Beitragsätzen der Sozialversicherung einen spürbaren Ausdruck finden.

Woran liegt es, daß diese Wirtschaftskriminalität so leicht über die Hand gestrichelt wird, daß man so leicht über sie hinwegsieht, obwohl sie in ihrem Gesamtumfang sicherlich mit ebenso großen, wenn nicht mit noch größeren Beträgen als die „große“ Wirtschaftskriminalität zu Buche schlagen? Sicherlich hängt dies damit zusammen, daß so viele daran beteiligt sind. Doch warum beteiligen sich so viele daran? Das hat in der Hauptsache – neben vielen anderen – zwei zum Teil miteinander zusammenhängende Ursachen.

Einmal ist der Gemeinsinn, das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen für die Gesamtheit, geschwunden. Nachdem in der Hitlerzeit das Gemeinschaftsbewußtsein überspannt wurde, während der Wert des einzelnen zu gering geschätzt wurde, hat sich die Betätigungsmöglichkeit zu sehr eingeschränkt, daß danach der Individualismus eine Übersteigerung erfahren. Das Gemeinschaftsbewußtsein hat darüber an Kraft verloren.

In dieser Situation werden vom Staat als der Gemeinschaft der Staatsbürger an den einzelnen finanzielle Forderungen in einem allzu hohen Ausmaß gestellt. Es sind ja nicht nur die Unternehmen und die Haushalte mit hohen Einkommen, die über die Hälfte dieses Einkommens an den Staat abzuführen haben. Auch den Angestellten und Arbeitern mit geringerem Einkommen bleibt von jeder Gehalts- und Lohnsteigerung, die sie nominell in der Zeit der geringen wirklichen Fortschritte noch erreichen können, nur noch knapp die Hälfte. Alles andere verschlingt Steuern und Sozialabgaben.

Diese Anforderung der Staatskasse empfindet fast jeder als unangemessen und somit ungerecht. Sie zu vermeiden, wird nicht als kriminell angesehen. Ein erster Schritt zur Verminderung der hieraus erwachsenden illegalen Handlungen wäre eine fühlbare Selbstbeschränkung des Staates. Mit seinen übersteigerten Belastungen überfordert er nicht nur die wirtschaftliche Kraft, sondern auch die Moral und den geschwächten Gemeinsinn seiner Bürger.



Woh schlechte Konjunktur für Hochkonjunktur sorgt: Schwarzarbeit

FOTO: POLY-PRESS

Kolumbiens riskantes Modell für einen Dialog mit dem Terror

Die Armee soll ganze Landstriche räumen / Von Günter Friedländer

In den ersten Januartagen arbeitet die Contadora-Gruppe unter der Leitung des Präsidenten Betancur ein Jahr daran, Mittelamerikas Bürgerkriege nach dem Modell der kolumbianischen Amnestie zu beenden.

Für unverbesserliche Optimisten ist die beste aller Welten nahe: Kolumbiens Guerrilla hält mit Betancur im neutralen Spanien, mit dem Volk im Fernsehen und mit der Presse in ideologischen Diskussionen Dialoge ab. Man möchte vergessen, daß sie dennoch weiterkämpft, ebenso wie viele vergessen, daß nicht der Dialog Frieden stiftet, sondern der souveräne Akt des Staates, den Guerrilleros Straßensicherheit für ihre Vergehen und die Rückkehr in das bürgerliche Leben anzubieten.

Die Guerrilla erklärt es anders: Sie hat kein Unrecht begangen. Sie bekämpft das Unrecht, das nach ihrer Meinung die Gesellschaft täglich verübt, ist aber zum Verzeihen bereit. Sie hat sich in Waffen erhoben und hat deshalb auch das Recht, das Ende des Krieges anzubieten. Davon macht sie Gebrauch

und stellt Kolumbien zum Jahreswechsel als Antwort auf die Amnestie abermals die Grundbedingungen für das Ende der Kampfhandlungen:

1. Erklärung eines Waffenstillstands,
2. Rückzug des Heeres aus den Kampfgebieten,
3. nationaler politischer Dialog,
4. ein Mindestprogramm von Reformen.

Für die Guerrilla ist die Amnestie nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Was sie mit dem bewaffneten Aufstand nicht erreichte, soll ihr nun durch die Amnestie in den Schoß fallen.

Die Führer der Guerrilla bedienen sich einer gewieften Taktik: Sie spielen mit der Sentimentalität einer des Bürgerkriegs müden Gesellschaft, der sie einreden, daß der Friedensprozess von den Guerrilleros große Zugeständnisse fordere, nachdem sie bereits um ihrer Ideale willen große Opfer gebracht hätten. „Wenn könnte wohl dieses abenteuerliche Leben im unbarmherzigen Dschungel gefallen, wo

sie aller Bequemlichkeit eines normalen Lebens beraubt sind?“, fragt einer der ideologischen Hintermänner des linken Extremismus in den Organen des Staates des Landes. Von dort geht es in kühnem Gedankensprung zur Frage: Kann man etwa von ihnen erwarten, daß sie fünfundsiebzig Jahre solche Opfer brachten, nur um nun eine Amnestie anzunehmen? Was haben sie denn überhaupt getan, das den Begriff Amnestie rechtfertigt?

Die zu Berufstätigen der Revolution erzogeten Führer der Guerrilla wollen sich die auch ihnen erwünschte Beendigung des bewaffneten Kampfes teuer abkaufen lassen. Indem sie einen Waffenstillstand vor der Amnestie fordern, erkennen sie dem Staat das Recht ab, sie als Aufständische oder gar als Kriminelle zu behandeln. Sie wollen sich in die Rolle gleichberechtigter Partner in den politischen Prozess einschleichen, die ihnen nicht zukommt, denn sie wollen auch weiter den Staat zerstören. Ebenso unannehmbar ist der

IM GESPRÄCH Charles Hernu

Frankreich an der Elbe

Von August Graf Kageneck

Weihnachten und Neujahr brachte er bei den französischen Soldaten in Beirut. Charles Hernu weiß, was er seinem Ruf als beliebtester Minister des Pariser Kabinetts schuldig ist. Hernu muß die Stimmung seiner Fallschirmjäger und Marine-Infanteristen aufrechterhalten. Das ist eine um so schwierigere Aufgabe für den Verteidigungsminister Frankreichs, als er selber nicht mehr vom Erfolg einer Mission überzeugt ist, die sein Chef und Parteifreund Mitterrand noch als „wesentlich für die Rolle Frankreichs im Nahen Osten“ bewertet. Demgemäß hat er einen ersten Teilerfolg zu mehreren hundert Mann zurück zur UNO-Friedenstruppe Unifil angeordnet.

Die Zeiten, in denen der Verteidigungsexperte der Sozialistischen Partei in langen Jahren der Opposition seine Reformtheorien von einem Volksheer als Speerspitze des Sozialismus und als Gegenkraft gegen die Reaktion entwickelte, liegen lange zurück. Wie überall anderswo hat sich auch in den Kasernen der Sozialismus an den Realitäten blaue Flecken geholt. Ausgerechnet der Sozialist Hernu war es, der französische Berufssoldaten nach Tschad und Libanon schicken mußte, heillos, daß er hier auf eine gut ausgebildete und schnell greifbare Reserve zurückgreifen konnte. Einst hatte der Gendarmeriechef vor einer Überhandnahme der Berufsarmee als Gefahr für die Republik gewarnt.

Ähnlich, für die Nachbarn relevanten Wandel erfährt Hernu Weltbild auch im europäischen und atlantischen Raum. Die Sozialisten haben Frankreich nicht in die NATO zurückkehren lassen, aus der de Gaulle es 1966 herausholte. Aber sie praktizieren eine Bündnispolitik, die einem solchen Schritt sehr nahe, jedenfalls viel näher kommt als je zuvor unter ihren bürgerlichen Vorgängern. Französische Truppen in der Bundesrepublik nehmen systematisch an ge-



Zu den Festtagen nach Libanon: Hernu

FOTO: CAMERA PRESS

meinsamen Manövern des Bündnisses auf deutschem Boden teil. Bilaterale deutsch-französische Übungen häufen sich. Die Zahl der Patenschaften zwischen deutschen und französischen Bataillonen und Kompanien nimmt ständig zu.

Hätte es eines weiteren Beweises für Frankreichs Solidarität mit dem Bündnis bedurft, so ist er durch die Aufstellung einer „schnellen Eingreiftruppe“ (FAR) erbracht, deren Aufgabe expressis verbis es ist, als „Feuerwehr“ der NATO an den Brennpunkten einer Schlacht in Europa eingesetzt zu werden.

Frankreich könnte nicht frei sein, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Freiheit verloren hätte. Mit diesem simplen Satz vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat François Mitterrand vor einem Jahr dokumentiert, wo Frankreichs Lebensinteressen beginnen: an der Elbe, nicht erst am Rhein. Charles Hernu, der Fachmann, setzt diese Doktrin zäh in die Praxis um. Daß er dies unbeirrt parallel zu Frankreichs schwerem Alleingang in der Sahara und im Nahen Osten tut, nötigt besonderen Respekt ab.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Zur Wahl-Reise zum Jahreswechsel heißt es hier:

Weiterhin sparsam zu wirtschaften, lautet die eine These seiner Botschaft zur Jahreswende. Sie ist richtig, obwohl sie vielen befremdlich klingen wird. Die andere aber, jeder einzelne solle bereit sein, mehr zu leisten, wird manchen sogar weltfremd erscheinen. In einer Zeit, da eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit weithin als neue Heilsbotschaft verkündet und geglaubt wird, muß schon hoffnungslos rückständig erscheinen, wer dem allgemeinen Anspruchsdien mit dem Hinweis auf Tugenden wie Fleiß und Leistungen begegnet.



Zur Einführung der Kabinettsschere bemerkt das Nachrichtenblatt:

Der 1. Januar 1984 wird in die Fernsehgeschichte eingehen. Was 4000 Zuschauer zwischen Mannheim und Ludwigshafen erleben, war die Geburtsstunde des freien Fernsehens in der Bundesrepublik. SPD-Geschäftsführer Grotz hatte private TV-Pläne der Zeitungsverlage eine „Kriegserklärung“ genannt. Und Ex-Bildungsminister Engholm (SPD) sah „extreme Gefahren“. Jetzt ist der Damm gebrochen. Der mündige Bürger hat das Wort.

The Daily Nation

Die kolumbianische Tageszeitung zitiert, der Futsch in Nigeria „schleht die Zerschmetterung neuer Institutionen und demonstriert, daß das Bemühen um die Institutionalisierung von Demokratie in Afrika vergeblich war.“

Sowohl hinsichtlich der Führung der Wirtschaftspolitik als auch hinsichtlich der Beseitigung der weitverbreiteten Korruption in Nigeria über-

zeugen die Generäle nicht. Wollen sie uns weismachen, daß sie jetzt bessere Ideen zur Wirtschaftspolitik und Ausrottung der Korruption haben als in den 13 Jahren, in denen das Militär bereits geherrscht hat? Erst im vergangenen August haben die Nigerianer ihre Unterstützung für eine zivile Regierung gezeigt, als sie an den Wahlen über ihre politische Führung entschieden. Wer dies so schnell zur Seite fegt, leistet weder den Millionen nigerianischen Wählern noch jenen, die anderswo den Volkswillen unterstützen, einen Dienst.

NEUES DEUTSCHLAND

Unter der Überschrift „Dem 35. Jahrestag unserer Republik entgegen – Start in das Planjahr 1984“, schreibt das SED-Zentralblatt:

Kein Zweifel, der Plan 1984 verlangt viel. Wir wissen, warum ... Untrennbar ist das verbunden mit unserem Beitrag zur Sicherung des Friedens. In stürmisch bewegter Zeit werden wir so an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderländer unserer geschichtlichen Verantwortung als eines Eckpfeilers des Friedens und des Sozialismus in Europa gerecht.

Le Quotidien de Paris

Die Pariser Zeitung sucht die Verantwortlichen für die Bombenanschläge in Südfrankreich im Nahen Osten:

Die beiden Bomben, die in Marseille und im TGV explodiert sind, bestätigen, daß das Schlachtfeld des Nahen Ostens jetzt auf das französische Gebiet ausgedehnt worden ist. Nach Beirut und Kuwait sind die Terroristen bereits entschlossen, im Herzen des Allerheiligsten zuzuschlagen. Sie wollen damit Angst wecken, Zweifel an der Nützlichkeit der französischen Verpflichtungen provozieren und defätistische Instinkte nähren.

Drei Gruppen von Ausländern droht die Abschiebung

Nach dem spektakulären Selbstmordfall Altun kam es nun in der Berliner Anstalt für Abschiebehaftlinge offenbar zu einer Protestaktion, bei der sechs Ausländer verbrannten. Wer kann abgeschoben werden, welche Ausnahmen gibt es, wie sind die Rechtsgrundlagen?

Von F. DIEDERICH

Im Jahre 1982 waren es 756, im vergangenen Jahr rund 1500 Ausländer, die aus Berlin abgeschoben wurden – ein Drittel von ihnen Asylbewerber, die sich nach Ablehnung ihres Asylantrages geweigert hatten, der Aufforderung zur Ausreise nachzukommen. Die Abschiebung als „letzte aller Maßnahmen“, so Berlin-Landesminister Heinrich Lummer (CDU) zu einem staatlichen Mittel, das in Paragraph 13 des Ausländergesetzes festgeschrieben ist und in Berlin vor allem bei drei „Zielgruppen“ praktiziert wird:

● Abschieben werden Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde und die sich weigern, freiwillig das Bundesgebiet zu verlassen – laut Statistik der Berliner Innenverwaltung etwa ein Drittel aller Abschiebungen.

● Abschieben werden bei Polizeikontrollen aufgegriffene Ausländer, die über ungültige, gefälschte oder gar keine Papiere verfügen. Sie reisen nach Berlin in den meisten Fällen über den Ostberliner Flughafen Schönefeld ein, wo „lasche Kontrollen“, so ein Senatssprecher, die nahezu problemlose Wanderung über den „Ameisenpfad“ des Ostberliner Bahnhofs Friedrichstraße in den freien Teil der Stadt ermöglichen. Dieser Personenkreis macht mehr als die Hälfte aller Abschiebungen aus.

● Abschieben werden auch Straftäter, die in der Regel sofort nach Verurteilung ihrer zumeist wegen Rauschgifthandels verfügten Haftstrafen in Abschiebehaft überführt werden, wenn kein Asylverfahren läuft, dessen Ausgang abgewartet wird. Im vergangenen Jahr waren zehn Prozent der ausgewiesenen Straftäter. Der Anteil der Ausländer an Rauschgiftdelikten in Berlin beträgt „traditionell“, so die Statistiker, zwischen 40 und 50 Prozent, die dritte ist ein Araber, jeder vierte ein Pakistani und jeder fünfte ein Türke.

In der einzigen Berliner Abschiebeanstalt im Bezirk Steglitz herrscht so ein stetes Kommen und Gehen – die Verweildauer in den für rund 70 Häftlinge konzipierten fünf Zellenblöcken beträgt in der Regel nur wenige Tage, bis die Flüge – auf Senatskosten – in die Heimat der Abschiebenden gebucht sind. In seltenen Fällen verbringt der Abschiebende mehr als sechs Wochen im Polizeigewahrsam – eine Zeit, die nach Paragraph 16 des Ausländergesetzes möglichst nicht überschritten werden sollte.

Die nach geltendem Recht getrennte Behandlung der Asylfrage und der Frage der Zulässigkeit von Abschiebungen hat in der Vergangenheit auch in Berlin für Verwirrung und Unzufriedenheit unter Betroffenen und Behörden geführt. Eine Prüfung des Ausländergesetzes, vor dem Hintergrund des Freitodes des türkischen Asylbewerbers Cemal Altun im August 1983 vom Bundesjustizministerium veranlaßt, könnte auch zur Lösung eines besonderen Spannungsverhältnisses führen, das in Berlin seit zwei Jahren für Zündstoff sorgt.

Das Berliner Verwaltungsgericht stoppte die beabsichtigte Abschiebung von Asylbewerbern, die wegen Drogenhandels rechtskräftig verurteilt worden waren und gegen die geplante Abschiebung Rechtsmittel eingelegt hatten. Die Begründung: „Die innere Sicherheit Berlins ist durch die Rauschgiftändler nicht gefährdet.“ Eine Argumentation, die gerade jetzt wieder, angesichts eines neuen Rekordes von 76 Drogentoten im letzten Jahr an der Spree, für Verwirrung sorgt. Gegen einen dieser Richtersprüche legte der Berliner Senat – um ein Grundsatzurteil zu erzielen – Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein.

Dieses manövrierte sich im März 1983 geschickt aus der Verantwortung, als es nicht über die Abschiebung und die Frage der „inneren Sicherheit“ selbst befand, sondern lediglich über das während des Rechtsstreites noch nicht abgeschlossene Asylverfahren: Der Rauschgiftändler sei nicht abzuschicken, sagten die Richter und wiesen die Senatsbeschwerde zurück, da dem Rauschgiftändler in seinem Heimatland selbst „Gefahr für Leib und Leben“ drohen könnte, was letztlich im Asylverfahren geklärt werden müsse.

Die Bewerber-Flut ebbt ab

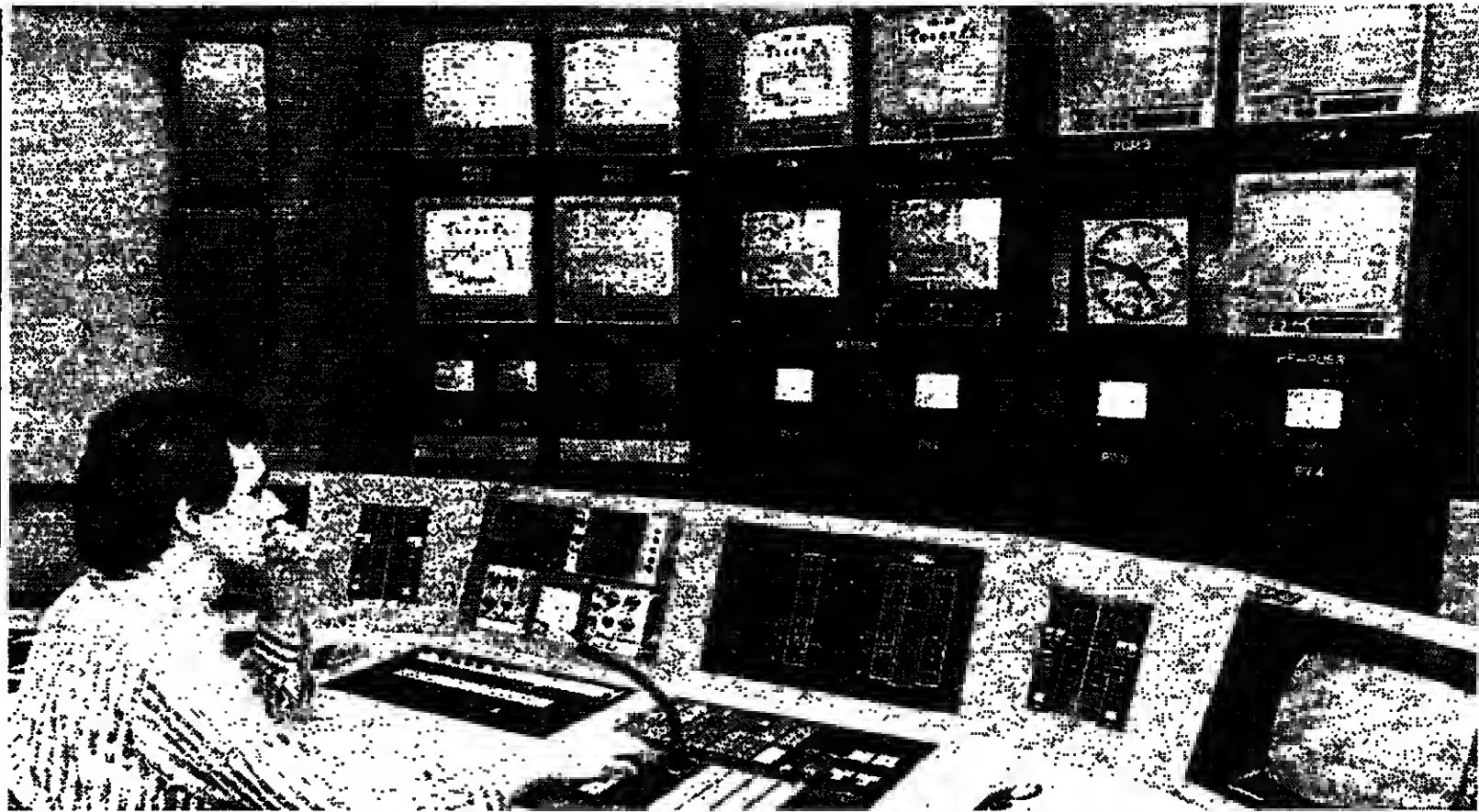
Wie groß die Zahl der Personen in Abschiebehaft in der Bundesrepublik insgesamt ist, kann zentral nicht festgestellt werden: 600 Ausländerbehörden in den Bundesländern sind für Asylanträge zuständig. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zülfeld bei Nürnberg entscheidet zwar über Asylanträge, jedoch sagt die Zahl der hier registrierten Ablehnungen nichts darüber aus, was mit den Asylanten dann tatsächlich geschieht.

Ein Großteil der Abgelehnten, zum Beispiel grundsätzlich alle, die aus dem Ostblock kommen, zur Zeit auch Flüchtlinge aus Libanon, werden nicht abgeschoben.

Das Ausländergesetz sieht eine Abschiebung von Ausländern dann vor,

wenn „die freiwillige Ausreise nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich scheint“. In der Haft können Personen, die lediglich illegal eingereist sind, zusammen mit Ausländern einsitzen, denen kriminelle Handlungen vorgeworfen werden.

Gegen seine Nichtanerkennung als Asylant kann der Ausländer seit 1982 nur noch mit einer einzigen Klage vorgehen. Nachdem 1980 eine Flut von 108 000 Asylbewerbern in die Bundesrepublik und nach Berlin gekommen waren, verstarben 60 000 Asylanten in den Verwaltungsgerichten aller drei Instanzen. 1983 kamen nach offiziellen Angaben rund 20 000 Asylbewerber, im Vorjahr waren es noch 30 000 gewesen. E. N.



Premiere in Ludwigshafen: In der Anstalt für Kabel-Kommunikation wird der Sendebetrieb der acht Fernseh-Kanäle kontrolliert. FOTO: DPA

Ein Start nicht ohne Fehl und Tadel

Neujahrstag, 9 Uhr 45: Beginn eines neuen Fernsehzeitalters in der Bundesrepublik. Das erste von vier geplanten Kabelpilotprojekten strahlt in Ludwigshafen und Umgebung Programm aus. Unter den acht neuen Kanälen sind die ersten mit privaten Veranstaltern. Nach zwölf Stunden vor dem Bildschirm die verblüffende Erkenntnis: Die Vielfalt schafft Distanz.

Von JOACHIM NEANDER

Ein Hit ist das Kabelfernsehen sicher noch nicht. Selbst Taxifahrer gucken in Ludwigshafen bei dieser Zielangabe ratlos, man muß ihnen helfen: irgendwo zwischen Schlachthof und Hauptfriedhof. Das Elf-Millionen-Mark-Gebäude der Sendezentrale steht ja auch erst seit ein paar Wochen.

Rund 1200 Haushalte sind jetzt angeschlossen (2000 weitere Anträge liegen vor). In einigen haben sich an diesem Premierentag Journalisten eingenistet. Sie wollen miterleben, wie die Familien sich ums Programm keilen. Nein, über zuviel öffentliche Begeisterung brauchen die Damen und Herren dieser ersten Stunde sich nicht zu beklagen.

Eigentlich soll um 10 Uhr 30 die private PKS mit ihrem Programm – sie ist mit ihrem statischen Film- und Serien-Fundus so etwas wie die Pilotin des ganzen Projekts – den Anfang machen. Aber der sogenannte Offene Kanal, wo Bürger (was immer man darunter verstehen möchte) unzensuriert Eigenes vorführen können, prescht vor: Die „Videogruppe Cut“ läßt schon 45 Minuten früher ein zu einem „Rückblick auf 1984“.

Ganz sicher scheinen die Verantwortlichen nicht zu sein, ob nicht schon hier der große Eklat bevorsteht, Aufruf zur Revolution oder so. Aber der selbstgemachte Film (kostenlos mit den Einrichtungen der Anstalt für Kabel-Kommunikation) entpuppt sich anders, als nicht ohne Witz gestaltete, fiktive TV-Sendungen vom 1. Januar 1989 mit einem Rückblick auf die schreckliche Zeit von 1984, mit dem total verkabelten Bür-

ger und dem Offenen Kanal als einer Art „atomwaffenfreier Zone“ in diesem Orwell-System.

Aber, gottlob, die Welt ist damals nicht untergegangen. Die linke Wende kam dem Untergang zuvor. 1989, das ist rotes Zukunftsglück. Bundeskanzler (na, wer wohl?) Oskar Lafontaine, der Führer der öko-sozialen Koalition in Bonn, wird mit einer Neujahransprache angekündigt. Die Amis (vor Schreck) haben ihre Truppen abgezogen, die Wälder (aus Angst?) haben plötzlich aufgehört zu sterben.

Das Kabelfernsehen ist wieder abgeschafft, die Ludwigshafener Sendezentrale ist wieder abgerissen, an ihrem Platz soll demnächst ein „Kommunikationspark“ entstehen („fast noch schlimmer als Orwell“, seufzt ein Mitzuschauer).

Statt der „umsatzorientierten“ TV-Landschaft des Jahres 1984 gibt es 1989 nur noch das ÖDF (Öffentliches Deutsches Fernsehen) mit einem ausschließlich „problembewußten“ Programm. Die interessante Frage, ob die Probleme dann auch die Kosten tragen, wird ausgespart.

Mit dem Sektglas von einer Stunde Null zur anderen

Aber das rote Glück endet melancholisch. Im Abspann gibt die Videogruppe kund, dies werde ihre letzte Sendung bei diesem Projekt sein. Sie wolle nicht, daß der Offene Kanal als geheimes Alibi für die hinter allem steckende Industrie herhalte. Bis zuletzt weiß man nicht, wieweil versteckte Selbstironie da in die linke Fernseh-Utopie hineingeht.

Der Frühstart des Offenen Kanals hat die anderen offenbar etwas nervös gemacht. Die PKS drückt anderthalb Minuten zu früh auf den Sendeknopf und muß später ein Pausenbild einschieben.

Und dann schwillt die Vielfalt von Stunde zu Stunde. Eilig hasten die Verantwortlichen, Sektglas in der einen, Sandwich in der anderen Hand, durch das Gebäude: von einer Stunde Null zur nächsten. EPF (privat) plus ZDF 2 (mit zeitversetztem ZDF-

Programm), Music-Box plus Bürgerservice, das englische Sky-Satellitenprogramm, das erst nach einigen Schwierigkeiten der Post zu sehen ist, der ZDF-Musikkanal, das Südwestfunk-Bildungsprogramm. Nur der Kanal S 17, eigentlich mit „Neues aus Worms“ angekündigt, bleibt starrs Testbild: Beginn erst am 2. Januar, aus Worms offenbar nichts Neues.

Eigenartige Beobachtungen beim Spielen mit den Knöpfen. Die Privaten mühen sich (mit Ausnahme von PKS und den Engländern), öffentlich-rechtlicher zu wirken als die Öffentlich-Rechtlichen. Dunkelgekleidete, ernste Damen und Herren schütteln einander glückwünschend die Hände und halten tiefeschnürende Referate darüber, warum sie um des Himmels willen hier Fernsehen machen wollen. Wer mag ihnen zuschauen?

Die Nachrichten im PKS-Programm steuert die FAZ-Redaktion aus einem eigenen Frankfurter Studio bei. Man spürt deutliches, erfolgreiches Bemühen um Schnelligkeit und Aktualität. Aber auf dem Bildschirm hat auch Seriosität ihre Grenzen. Die Mittagsnachrichten verliert eine Redakteurin, gegen deren eilige Distanziertheit einen ARD-Köppe fast an Lou van Burg erinnert. Alles Erfahrungen, die man erst machen muß.

Die Öffentlich-Rechtlichen dagegen setzen alles dran, so zu agieren, wie sie glauben, daß die Privaten es machen werden. Das ZDF greift mit beiden Händen tief und ungeniert in die Schnulzenkiste. Und das eigentlich so trockene Bildungsprogramm des Südwestfunks bietet an diesem ersten Tag zur Einführung das Lokkerste, Lustigste, was an Eigenproduktion überhaupt zu sehen ist.

Und dann ein stundenlanges Schweigen. Charles Aznavour und Robert Hossein (in englischer Sprache) in atemberaubender Verfolgungsjagd. Der Bischof von Speyer spricht ein Grußwort. Elizabeth Taylor als alternder Star in Agatha Christie's „Mord im Spiegel“ gleich zweimal, kurz nach sieben im ZDF 2, später in ZDF 1 noch einmal. Burt Reynolds, Heinz Schenk, ein Kirchenchor aus Schifferstadt, regionaler Sport, die PKS mit Jean-Paul Bel-

mondo. Schon um die Mittagszeit hat PKS-Geschäftsführer Jürgen Doetz den ersten Zuschaueranruf erhalten. Doch nein, noch nicht das heiß ersehnte Echo, nur ein Hilferuf: „Ich möchte heute abend Belmondo sehen, aber ich finde Ihren Kanal nicht, welchen Knopf muß ich drücken?“

Nur im Offenen Kanal hockt immer noch eine eher deprimiert dreinblickende Diskussionsrunde. Die Frage, ob der Offene Kanal einen Sinn hat und welchen, scheint unlösbar. Eine Viertelstunde früher als vorgesehen liegt keine Wortmeldung mehr vor. Auch die Sendekündigungen für dieses in der ganzen Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Fernsehexperiment sind bisher sehr spärlich.

Eine Warnung an die Pessimisten

Nach diesem ersten Sendetag, nach zwölf Stunden Spiel mit allen Knöpfen, sind die Gefühle natürlich widersprüchlich. Beide Seiten, die Macher und die Konsumenten, müssen es noch lernen. Bis jetzt ist noch kein Fitzelchen Werhung dabei. Ein Witzbold provoziert: „Die werbetreibenden Firmen rufen die Zuschauer einzeln an, das ist billiger.“

Vieles scheint noch ungewiss an diesem Abenteuer mit der TV-Vielfalt, vor allem die Frage der Programmkosten und der Resonanz beim Zuschauer. Entscheidend wird zum Beispiel auch die Zukunft der Satellitenprogramme sein.

Aber auch die Pessimisten seien gewarnt. Als Prophet lebt man in dieser Branche gefährlich. Vor genau 20 Jahren – da gab es schon zwei Jahre ein TV-Programm und über 11 000 angeschlossene TV-Geräte in Deutschland – fragte Allensbach nach eventuellen Absichten, einen Fernseher zu kaufen. 38 Prozent sagten: „Bestimmt nicht“, weitere 17 Prozent: „Kaum“, und 31 Prozent äußerten fürs Fernsehen überhaupt „kein Interesse“. Zusammen also 86 Prozent Gegner des Mediums Fernsehen. „Will das deutsche Publikum überhaupt fernsehen?“ fragte damals skeptisch die „Zeit“.

WIE WAR DAS?

Als in Polen die Parteichefs stürzten

Von CARL G. STRÖHM

Preiserhöhungen haben in Polen zum Sturz von Parteichefs und Ministerpräsidenten geführt. Das mag der Grund sein, warum auch das Regime Jaruzelski jetzt davor zurückschreckt, bereits beschlossene und angekündigte Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelsektor fristgerecht in die Tat umzusetzen.

Versuche des kommunistischen Regimes, die eigenen wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu korrigieren, haben im kommunistischen Polen in des Wortes wahrster Bedeutung Geschichte gemacht: 1956 bei den blutigen Unruhen in Posen, die eigentlich das auslösende Moment für den Sturz der stalinistischen Elite und für den Machtantritt Gomulka im Oktober des gleichen Jahres wurden. Parteichef Gomulka stürzte 14 Jahre später im Dezember 1970, als die Arbeiter an der Ostseeküste auf die Straße gingen, um gegen den niedrigen Lebensstandard aufzubegehren.

Sein Nachfolger Edward Gierek versprach, er werde niemals auf demonstrierende Arbeiter schießen und er werde überdies dem polnischen Volk einen Wohlstand im Sozialismus garantieren. Der Versuch Giereks, mit Hilfe von gewaltigen Auslandskrediten Poleo aus dem Sumpf zu ziehen, führte bereits Mitte der siebziger Jahre faktisch zum Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft. Als der damalige polnische Ministerpräsident Piotr Jaruzelski am 24. Juni 1976 verkündete, daß die Polen in Zukunft erheblich mehr für Grundnahrungsmittel zahlen müßten – Fleisch sollte um über 60 Prozent, Butter und Käse um mehr als die Hälfte, Gemüse um 30 Prozent teurer werden – kam es in den meisten polnischen Städten zu Proteststreiks. In Radom und Ursus aber brachen regelrecht Unruhen aus. In Radom steckten Demonstranten das KP-Gebäude in Brand, in Ursus wurden Lokomotiven zum Entgleisen gebracht. Nach offiziellen Angaben wurden zwei Demonstranten getötet.

Diese Ereignisse waren Ausgangspunkt für das, was sich vier Jahre später in der Gewerkschaft „Solidarität“ verwirklichte sollte. Um die vom Regime vor Gericht gestellten Demonstranten zu schützen, bildeten Intellektuelle und Bürgerrechtsaktivisten das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), in dem Persönlichkeiten wie Jacek Kuron und Adam Michnik eine wichtige Rolle spielten. In Danzig aber begann ein damals noch unbekannter Elektriker namens Lech Walesa mit unabhängiger gewerkschaftlicher Arbeit – und verlor prompt seinen Arbeitsplatz.

Als hätte das Regime nichts gelernt, wurde vier Jahre nach den Ereignissen von Radom wiederum eine Preiserhöhung angekündigt – und wieder ging es hauptsächlich um Fleisch. Darauf kam es am 1. und 2. Juli 1980 zu Streiks – anfangs wiederum in Ursus, dann in Lodz. Diesmal blieben die Vorfälle nicht begrenzt. Die Welle ergriff Lublin, dann Danzig und Stettin. Der Versuch Giereks, dem Zorn des Volkes durch das Angebot einer allgemeinen Gehaltserhöhung zu entgehen, kam zu spät. Gierek mußte am 6. September 1980 schmachvoll zurücktreten.

Messen Sie grundbesitz-invest an seiner Wertsteigerung. Wiederanlage vergrößert die Substanz.

grundbesitz-invest, der Immobilienfonds der Deutschen Bank und der Wüstenrot-Gruppe, ist mit einem Fondsvermögen von über 1,6 Milliarden DM der größte deutsche offene Immobilienfonds. Seit der Fonds aufgelegt ist, erwirtschaftete er gute Erträge und erreichte dabei einen stetigen Wertzuwachs. Im Geschäftsjahr 1982/83 erhöhte

sich der Wert eines Anteils um 4,66 DM (7,25%). Hiervon werden 3,40 DM auf Ertragsschein Nr. 13 ausgeschüttet.

Bei Wiederanlage der Erträge in der Zeit vom 2. 1. 1984 bis zum 31. 3. 1984 erhalten Sie einen attraktiven Rabatt von 3%.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Sabotageakt an der Startbahn West

dpa, Frankfurt
Militante Startbahn-Gegner haben am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen den sieben Meter hohen Stahlfuß eines Hochspannungsmastes mit einer sogenannten Schleifseife zersägt. Der zerstörte Mast stand am Gelände der Startbahn-West und gehörte zur Hochspannungsstrasse der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke. Die Einsatzleitung der Frankfurter Polizei spricht von „bewußter Sabotage“. Nur mit dem Einsatz starker Sicherheitskräfte entlang der Stromtrasse habe man Sonntagabend weitere Sabotageakte verhindern können, sagte ein Polizeisprecher.

Schon zuvor war es an der Mauer der Startbahn zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen etwa 500 Startbahn-Gegnern und der Polizei gekommen. Die teilweise maskierten Personen hatten die Polizei mit Stahlkugeln beschossen, Molotow-Cocktails, Kanonenschläge und Steine geworfen. Bei Ausschreitungen am Silvesterabend hatten die Demonstranten bereits die Polizei am Startbahn-Gelände mit Kanonenschlägen, Steinen und Farbbehältern angegriffen. Eine Beobachtungsplattform der Polizei war durch Brandsätze angesteckt worden.

Hungerstreik in Ost-Berlin

dpa, Berlin
Die seit dem 12. Dezember in Ost-Berlin inhaftierten Bärbel Bohley und Ulrike Poppe sind am Neujahrstag in den Hungerstreik getreten. Die zur unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR“ zählenden Frauen wollen damit gegen ihre Verhaftung protestieren und deutlich machen, daß sie nicht in den Westen abgeschoben werden wollen, hieß es gestern von informierten Seiten in Berlin. Eine Abschiebung sei ihnen bereits nahegelegt worden. Den Frauen werden nicht genehmigte Treffen mit Angehörigen der westlichen Friedensbewegung vorgeworfen.

Bonn bekräftigt Verhandlungsbereit

rtr/DW, Bonn
Regierungssprecher Boenisch hat gestern die westliche Bereitschaft zur Fortsetzung der unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen „wann und wo auch immer“ bekräftigt. Das Gespräch zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko in Stockholm könne zwar kein Ersatz für die Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen sein. Aber, so Boenisch, „nur wenn man miteinander spricht, kann es zur Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen kommen“. Die Neujahrsschicht des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker bewertete der Regierungssprecher als „konstruktiv“. Bonn teile die Auffassung, daß friedliches Nebeneinander und gegenseitige vorteilhafte Zusammenarbeit nötig seien. Die „DDR“-ernannte Boenisch an die Forderung von Bundespräsident Rainer Barzel, die Erziehung zum Haß, die Militarisierung des öffentlichen Lebens und den „Zwang gegen das Gewissen“ zu beenden.

2,1 Millionen Pakete nach Polen

dl, Hannover
Die Deutsche Bundespost hat 1983 aus der Bundesrepublik Deutschland 2 108 750 Geschenkpakete nach Polen befördert. Nach Angaben der zentralen Umschlagstelle der Post, dem Postamt 2 in Hannover, waren es allein im Dezember 1983 insgesamt 336 234 Pakete. Im Jahr 1982 wurden insgesamt 8,6 Millionen Geschenkpakete aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen geschickt.

Mitterrand Anfang Februar zu Kohl

dpa, Bonn
Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und vom französischen Staatspräsidenten François Mitterrand für den Jahresbeginn in Aussicht genommene Treffen wird voraussichtlich am 2. Februar in Ludwigshafen stattfinden. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs, der auf Vorschlag Mitterrands bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen vereinbart wurde, soll die zukünftige europäische Politik stehen. Frankreich hat mit Jahresbeginn die EG-Präsidentschaft übernommen.

„TAZ“ verabschiedet Sparkonzept

dpa, Berlin
Mit der Entlassung von 20 Mitarbeitern und monatlich 40 000 Mark Einsparungen will die in Berlin erscheinende „Tageszeitung“ (TAZ) ihre Finanznarrative meistern. Wie der juristische Berater der „TAZ“, Hans-Christoph Ströbele, gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin mitteilte, machten 390 000 Mark Verlust bei neun Millionen Mark Umsatz im vergangenen Jahr diese Maßnahmen erforderlich. Einen formellen Sozialplan oder schriftliche Verträge wird es, wie Ströbele erklärte, nicht geben. Ein Betriebsrat für die etwa 140 Mitarbeiter der „TAZ“ ist nicht vorhanden.

„DDR“ steht wirtschaftlich vor einer schweren Herausforderung

Verschuldung hat sich verzehnfacht / Soll Bonn Ost-Berlin aus der Klemme helfen?

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Berlin
Die Bundesregierung richtet sich darauf ein, daß SED-Generalsekretär Erich Honecker im Frühjahr seinen „aufgeschobenen, aber nicht aufgehobenen“ Besuch in die Bundesrepublik unternimmt. Sie geht ferner von einer weiteren Ausfüllung des politischen Spielraums durch Honecker aus, den der „DDR“-Staatsratsvorsitzende durch das Moskauer Machtkommunikat und die wirtschaftliche Stärke der „DDR“ im Ostblock offenkundig ausnutzt. Zur Jahreswende bleibt von der in Ost-Berlin für den Stationierungsfall angekündigten „Eiszeit“ nur übrig, was ein vertrauter Ratgeber Honeckers gegenüber westlichen Gesprächspartnern in Berlin mit „Nachdruck“ beschreibt.

Bei einer Analyse der deutsch-deutschen Beziehungen und Verflechtungen am Ende eines politisch bewegten Jahres (Todesfälle an der Grenze, Strauß-Besuch drüben, Treffen Weizsäcker-Honecker, Fehlschlag der Anti-Stationierungskampagne durch Ost-Berlin) lassen sich folgende Faktoren zusammenfassen:

- Wegen der seit Honeckers Amtsantritt 1971 verzehnfachten Verschuldung der „DDR“ und der damit verbundenen Zins- und Tilgungslast muß die „DDR“ 1984 vermutlich rund vier Milliarden Dollar (rund 10 Milliarden D-Mark) aufbringen. Von den vier Milliarden D-Mark, die Ost-Berlin schon im Frühjahr 1983 insgesamt beehrte, ist die erste Tranche von einer Milliarde geflossen. Die guten Dienste, die Strauß dabei leistete, waren es der „DDR“ wert, sich damit von ihrem attraktivsten Feindbild verabschieden zu müssen.
- Bonn ist durchaus bereit, in Teilbeträgen von jeweils rund einer halben Milliarde D-Mark weitere Zahlungen zu leisten und dabei das von Strauß und Alexander Schalch-Golodkowski (Ost-Berlin) ausgeführte Modell beizubehalten: die „DDR“ mußte jeweils die Transpauschale (1984: 620 Millionen D-Mark) verpfänden. Allerdings macht die Bundesregierung ein weiteres derartiges Entgegenkommen von tatsächlichen Durchbrüchen auf dem Gebiet menschlicher Erleichterungen abhängig. Nach der Milliarde des guten Willens sind jetzt konkrete Gesten der guten Nachbarschaft gefragt.
- Ost-Berlin kann nur dort, wo es vertragliche Ansprüche abtreten kann, die benötigten frei verfügbaren Devisen bekommen: Folglich kommt nur die Bundesrepublik als Partner in Frage, weil mit keinem anderen westlichen Land ähnliche Absprachen über Transit, Post, Eisenbahn, Visum- und Straßenbenutzungsgebühren-Pauschalen als feste Einnahmequellen bestehen.
- Ohne diese fixen Einnahmen und

ebenso die Erlöse aus dem umfangreichen Geschäft der Intershops und Inter-Tankstellen, der Quasi-Eigenwirtschaft als „EG-Land“ und des westlichen privaten Paket- und Päckchenstroms, der die „DDR“-Nachfrage dämpft, wären längst Umschuldungsgespräche à la Polen und Rumänien fällig. Von den jährlichen Gesamt-Westgeld-Einnahmen in Höhe von 2 bis 2,5 Milliarden D-Mark wendet die „DDR“ exakt 91,5 Prozent nur dafür auf, Zinsen und Tilgungen zu bezahlen.

● Bundesregierung und Senat von Berlin schreiben zur Zeit eine Liste sämtlicher Themen und Bereiche auf, bei denen sich „kleine Schritte“ anbieten, die Honecker ohne Aufgabe selbstgesteckter und somit selbstbindender Positionen gehen könnte. Dieser Katalog der noch nicht fertiggestellten, bildet sozusagen das Gegenstück zu dem 10 Seiten umfassenden Papier, mit dem Honecker im Sommer seine indirekten Kontakte zu Strauß fundamentierte. Schon da-

Bericht aus Mitteldeutschland

mal war erkennbar, daß die Bemühung um den Milliardenkredit von seiten der „DDR“ auch als Signal des „Weitermachens“ verstanden werden wollte. Die Option, mit dem anderen Teil Deutschlands weiterhin eng zusammenzuarbeiten, hielt sich Honecker trotz der heraufziehenden Raketendeckelung bewußt offen.

● Auf der Basis der grundsätzlichen Honecker-Formel über die Absicht, „den Schaden zu begrenzen“, könnte seine Visite in diesem Jahr den Beginn der eigentlichen „geschäftsmäßigen“ Phase der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Nervenkrieg um die Stationierung markieren. Ohne nachvollziehbare und auch in der deutschen Öffentlichkeit darstellbare Gegenleistungen der SED-Führung wäre der Besuch jedoch wenig sinnvoll. Bis zum Besuchsbeginn müßten beispielsweise sämtliche Todesurteile auf über 400 Kilometer Länge ersatzlos abmontiert sein und das neue Postabkommen mit seinen auf dem Papier erheblichen Verbesserungen konkret „laufen“.

1984 zeichnet sich in Konturen als das Jahr mit der bislang herausforderndsten wirtschaftlichen und finanziellen Anspannung der „DDR“ in diesem Jahrzehnt ab. Die jüngsten Etat-Daten weisen ebenfalls darauf hin: Löhne, Gehälter und Einzelhandelsumsatz solle um 2,2 Prozent steigen; das Wirtschaftswachstum insgesamt jedoch um 4,4 Prozent. Mit noch weniger Material als bisher soll noch mehr aus der schon in allen

Fugen schwindenden Planwirtschaft herausgeholt und der Anteil des Westexport-Anteils nochmals erhöht werden. „Kein Betrieb ohne einen valutafähigen Artikel, der im Westen ein Verkaufsschlager werden soll“, lautet die Anweisung.

Die Ostberliner Führung wirft bei ihrer bis zum Exzeß betriebenen, aber zwangsläufigen Politik des Devisen-Sparens und -Einnehmens selbst politischen Ballast über Bord. Dafür stehen einige Beispiele:

- Innerhalb der sensationell kurzen Zeit von einigen Wochen verabschiedete sich die „DDR“ von ihrem bis dahin aus vielen Gründen erhaltenen S-Bahn-Betrieb in West-Berlin. Jährliche Zuschüsse von 80 bis 100 Millionen D-Mark bei einem Fahrgastaufkommen von gleich Null waren selbst unter dem Gesichtspunkt, einen Fuß in die Tür zum westlichen Berlin zu klemmen, nicht mehr tragbar.

● Im neuen Postabkommen, das der „DDR“ noch 1983 statt 85 Millionen, wie bisher, 200 Millionen D-Mark beschert, verlangte sie sogar eine Vorauszahlung von 100 Millionen D-Mark auf spätere Ansprüche. Dieser Betrag wird mit einem Abschlag von 50 Millionen D-Mark erst am 31. Dezember 1987 verrechnet. Anfang 1988 rechnet man nämlich in der „Deutschen Außenhandelsbank AG“ unter den Ostberliner „Läden“ damit, endlich wieder ein wenig Luft holen zu können...

● In der Bevölkerung gibt es Gerüchte über eine weitere neue Einnahme-Quelle. Es heißt, die „DDR“ werde nach dem Muster der „Exquisit“-Läden, die bisher nur Textilien des gehobenen Genres feilboten, in diesen Geschäften künftig auch hochwertige Konsumgüter anbieten. Möbel, Kühlschränke, Tiefkühlanlagen und ähnliches beispielsweise – aber dann zum zwei- bis dreifachen Ostmark-Preis. Allerdings ohne die üblichen Wartezettel und mit dem Effekt verbunden, die vorhandene Kaufkraft der in der Regel doppelt verdienenden „DDR“-Familien abzuschöpfen.

● Eine weitere Devisenquelle sprudelt beim Häftlingsfreikauf: Bonn zahlt auf Ostberliner Bitten teilweise auch in Form von Erdöl, das die „DDR“ dann wieder gegen Devisen im Westen an den Mann bringt...

Die innere Situation des Landes war im vergangenen Jahr von dem Versuch geprägt, mit dem Karl-Marx-Jahr wieder die unbestrittene ideologische Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der Kraftakt, dies gleichzeitig gegen die umfänglichen Luther-Ehrungen zu lassen, mißlang in der Regel. Von Marx war in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr, von Luther ausschließlich die Rede.

Die Staatskasse ist leer, Arbeitslose nehmen zu

Die Wirtschaftskrise hat politische Ursachen

CHRISTEL PILZ, Manila

„Was sagen jetzt alle die, die Präsident Marcos schon geschrieben haben?“ spöttelt Theodoro Valencia, der renommierte Kolumnist der regierungsloyalen Presse der Philippinen. Fünf Monate hatte der 66jährige Präsident seinen Regierungsspalast Malacañang nicht verlassen. Man las Gerüchte, die Marcos sei totkrank, er sei regierungsunfähig, wollten sie wissen. Er sei auf isolierte Räumlichkeiten in Malacañang isoliert. Nichts von all dem.

Mit einer Fülle täglicher Entscheidungen zeigt er, daß er die Regierungsgeschäfte fest in den Händen hält und entschlossen ist, die Herausforderungen abzuwehren, die sein autoritäres Regime mit dunklen Schatten überzogen haben.

Da ist die akute Devisenkrise mit einer Auslandsschuld von 26 Milliarden US-Dollar. Umschuldungsverhandlungen sind im Gang. Die internationalen Geber kooperieren, aber der Preis dafür ist teuer und zudem an politische Konzessionen gebunden.

Denn die Wurzel für die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise ist nach

PHILIPPINEN

Ansicht internationaler Experten politisch. Einheimische Geschäftsleute wie das Forum der „Business Conference“ sagen das gleiche.

Nach einer Regierungszeit von 18 Jahren – neun davon unter den absoluten Vollmachten des Kriegsrechts – ist die Bilanz von Ferdinand Marcos mager. Die Staatskassen sind leer. Das Land ist auf Generationen verschuldet. Hunderte von Betrieben haben infolge des Importstopps und mangelnder Kreditmöglichkeiten in den letzten zwei Monaten schließen müssen. Mehr werden folgen. Massenentlassungen zeichnen die Perspektive sozialer Unruhen. Filipinos sind zwar geduldig, aber wenn sie ihre Familien nicht mehr versorgen können, erwacht ihr Kampfsgeist. Bis zum Frühjahr dürften allein in Manila hunderttausend Arbeiter oder noch mehr ihren Job verloren haben. Die jüngste Oktoberabwertung des philippinischen Peso um 27 Prozent und das Einfuhrverbot für diverse Güter haben zu Panikläufen und Preissteigerungen zwischen 20 und 100 Prozent geführt.

Tag und Nacht arbeiten die Technokraten im Kabinett Marcos, um den Wirtschaftszerfall aufzuhalten. Zu ihnen gehören der international anerkannte Premier- und Finanzminister Cesar Virata, Industrie- und Handelsminister Roberto Ongpin und Zentralbankgouverneur Jaime Laya. Ongpin gibt sich gar optimistisch.

stisch: „Die Situation zwingt uns dazu“, erläuterte er der WELT, „unser Haus ein für alle Mal in Ordnung zu bringen.“

Endlich haben die Wirtschaftstechnokraten freie Hand, der Begünstigung einzelner Unternehmer durch Präsident Marcos den Riegel vorzuschieben und Luxusprojekte der First Lady, Imelda Marcos, zu blockieren. Frau Marcos ist Oberbürgermeisterin von Metro Manila und Chef des von ihr gegründeten Ministeriums für „human settlement“. Eine mit schier unerschöpflicher Energie geladene Frau, deren kostspielige Extravaganzen sie um die Glaubwürdigkeit ihrer Beteuerungen brachten, ihr Herz gehöre den Armen, ihre Arbeit sei für sie.

Seit Mitte November läuft eine neue Kampagne gegen Schmuggler, Steuerhinterzieher, Devisenspekulanten. Einkommensteuererklärungen von 40 000 Geschäftsläusen sollen nochmals überprüft werden. Sind es frische Winde, die jetzt aus dem Palast des Präsidenten wehen? Die Gemäßigten unter dem wachsenden Heer von Marcos-Gegnern und -Kritikern hoffen so. Doch Zweifel bleiben. Kann ein Mann wie er sich ändern?

Macros ist ein typisch asiatischer Führer. Ein Meister politischer Schachzüge, ein Fuchs im Umgang und in der Täuschung seiner Gegner. Der Prüftest für seine Regierung werden die für Mai fälligen Parlamentswahlen sein. Werden sie frei und ehrlich sein? Die internationale Finanzwelt, befreundete Regierungen, an der Spitze die der Amerikaner und Japaner, und die breite Öffentlichkeit warnen vor Manipulationen. Der Führer der Oppositionsgruppe „Unido“, Salvador Laurel, meinte: „Wenn Marcos uns freie Wahlen gibt, werden wir lachen. Wenn er sie fälscht, werden wir kämpfen.“

„Elf Jahre lang haben wir geschwiegen“, heißt es unter Geschäftsleuten, Hausfrauen, Angestellten, Professoren und Studenten, „jetzt reden wir.“ Der Mord an Aquino hat unsere Augen geöffnet. Benigno Aquino ist auf dem Flughafen erschossen worden, als er nach dreijährigem Exil in Amerika nach Manila zurückkehrte. Das war am 21. August. Aquino hatte als der einzige politische Führer gegolten, der die zersplitterte Opposition hätte zusammenbringen und gegen Marcos in die Wahlen führen können.

Aquino ist zum Märtyrer, zum nationalen Helden geworden. „Die Filipinos“, so sieht es Kardinal Jaime Sin, „sind von einer Nation der Schafe zu einer Nation von Kämpfern erwacht. Sie bestehen auf der Rückkehr zur Demokratie und werden von dieser Forderung nicht mehr loslassen.“

Wahlen im Baskenland fordern Madrid heraus

ETA-Terror geht weiter / Pochen auf Selbstständigkeit

ROLF GÖRTZ, Madrid

An den Schüssen auf den baskischen Terroristen Miguel Goikotxeza wundert nur, daß sie so spät fielen. Dem Eta, wie Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation ETA heißen, wird die Beteiligung an 27 Morden zur Last gelegt. Wer auch immer geschossen hat – ihn trieben tiefsetzende Emotionen, die – wenn sie einmal eine gewisse Schwelle überschritten haben – alle juristischen Argumente über Bord werfen. Das mag in Spanien noch mehr als anderswo gelten. Darüber hinwegsehen zu wollen, hieße jedoch, das wichtigste Politikum im schwelenden Bürgerkrieg des Baskenlandes außer acht lassen zu wollen.

Nur einmal bildete das Baskenland einen eigenen Staat. Das war zu Beginn des Bürgerkriegs von 1936 bis 1939, als Francos Truppen die baskischen Provinzen abschneideten. Bis dahin hatten sich die baskischen Stämme mal mit Kastilien und mal mit Navarra verbündet. Die Zähigkeit jedoch, mit der die Basken an ihrer Sprache, die einzig überlebende Altiberische, festhalten, muß als Beweis für eine außerordentlich tiefverwurzelte Eigenständigkeit auf politischer Ebene genommen werden. Aber weniger die „spanische Besetzung“ als vielmehr der ständige Rückgang des rein baskischen Teils der Bevölkerung in ihrem eigenen Land mag die Torschlusspanik erklären, die auch demokratische Prinzipien außer acht läßt. Nur die Hälfte der Bevölkerung des Baskenlandes sind Basken.

Der Fanatismus der ETA allerdings läßt sich nur aus dem revolutionären Linksradikalismus ableiten. Weil er aktuellen Konfliktstoff birgt, sei in diesem Zusammenhang an den Bürgerkrieg erinnert. In den Rekruten-Regimenten carlistischer Traditionisten, die auf Francos Seite gegen die baskische Republik kämpften, standen selbst viele Basken aus der benachbarten Provinz Navarra. Heute – wo die baskische Nationalistenpartei im Wettbewerb mit der linksstehenden Herri-Batasuna-Sammel-partei die „Wiedervereinigung“ mit Navarra als essentielles Ziel ihrer Politik anstrebt, brechen Gegensätze auf, die weit ins vorige Jahrhundert

zurückreichen. Navarra ist Teil des Baskenlandes“, sagte der Lendakari (Landesministerpräsident) Carlos Garaikotxeza in einem Interview mit der WELT. Er selbst stammt aus Navarra. Daß die dortige Bevölkerung jedoch in einer demokratischen Abstimmung gegen die Vereinigung votierte, will er nicht gelten lassen.

Der Lendakari plädiert auch für einen Staatenbund, das heißt für die Selbstständigkeit eines Baskenstaates neben dem kastilischen Staat. Das aber verstößt gegen die demokratische Verfassung, die nicht einmal einen Bundesstaat anerkennt, sondern nur einen „Staat der Autonomen“. Nur etwa 25 Prozent der baskischen Bevölkerung aber folgen dem Separatismus ihres Lendakari. Er weiß dies genau, aber er muß dennoch die Flucht nach vorne forcieren, um so den geringer werdenden Abstand zur Sozialistischen Partei zu halten.

Das Baskenland steht nämlich in einem Wahlkampf, bei dem es letztlich um die Zukunft Spaniens geht. Bei den für Februar angesetzten Landeswahlen muß sich die bürgerlich-nationalistische Partei vor einem Wählerstamm behaupten, der schon bei den letzten Wahlen aus Unwillen über die chaotischen Verhältnisse von seinem Recht keinen Gebrauch machte.

Die einzige Partei, die den baskischen Nationalisten von rechts und von links das Ruder aus der Hand nehmen kann, ist die Sozialistische Partei, die in Madrid die Regierung stellt. Und sie hält eiserne an Autonomieprojekten fest, das heißt an der Zugehörigkeit des Baskenlandes zu Spanien. Ihr Landeschef, der Baskte Trixi Benegas, zeigt dabei eine bewundernswürdige Zivilcourage. Er steht ganz oben auf der Abschlusliste der ETA. Seine Siegeschancen werden deutlich, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterbevölkerung nur zu einem ganz geringen Teil aus Basken besteht. Unter diesen Umständen muß die Nationalistenpartei PNV der Lendakari eine Stimmwanderung an die ebenfalls nationalistische, aber linke Herri-Batasuna-Partei zu verhindern trachten.

Seite 2: Sturm geerntet

Katholischer Bischof verurteilt IRA

AP, Belfast

Der katholische Bischof von Down und Connor in Nordirland und führende irische Theologe Cesthal Daly hat die Irish-Republicanische Armee (IRA) heftig kritisiert und ihr die moralische Berechtigung für ihren bewaffneten Untergrundkampf gegen die britische Herrschaft in Ulster abgesprochen. In einer 14seitigen Erklärung, die am Sonntag veröffentlicht wurde, sprach Daly von dem „moralischen Übel“ der IRA und wies deren Anspruch zurück, einen „gerechten Krieg“ für die Wiedervereinigung der Grünen Insel zu führen.

China fordert zu Investitionen auf

AP, Peking

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin hat ausländische Unternehmen in einer Neujahrsschicht gestern dazu aufgefordert, im neuen Jahr mehr in China zu investieren. Allen Interessierten stehe die Tür immer offen, und sie seien jederzeit zu Handelsgesprächen willkommen, sagte Yao nach einer Meldung der Pekingischen Nachrichtenagentur Xinhua. Die Unternehmen sollten sich durch ein mögliches Scheitern von Gesprächen im ersten Anlauf nicht entmutigen lassen und ihre Bemühungen um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit fortsetzen, fügte Yao offenbar in Anspielung auf Klagen über zu schwierige und langwierige Verhandlungen von Ausländern mit chinesischen Partnern hinzu. China brauche Rohstoffe, technisches Know-how und Gerät, und ihm sei deshalb an ausländischen Investitionen, Krediten und gemeinsamen Unternehmen gelegen.

Terroristen aus Iran in Hongkong?

rtr, Hongkong

In Hongkong sind 14 Männer, die nach amtlichen Angaben mit gefälschten Pässen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Italien eingereist waren, wegen des Verdachts, Mitglieder einer terroristischen Gruppe zu sein, festgenommen und verhaftet worden. Aus Regierungskreisen verlautete gestern, ihre wahre Identität preiszugeben, handele es sich „höchstwahrscheinlich um Iraner“. Einer von ihnen sei inzwischen nach Karachi geflogen worden, und zwei weitere werden vermutlich heute ausgewiesen werden. Nach örtlichen Presseberichten wollten die Männer einen Anschlag auf das Generalkonsulat der USA verüben. Ein Sprecher dieses Konsulats wies die Berichte als Gerüchte zurück.

Argentinien wollte Falkland kaufen

AFP, London

Argentinien hat 1983 während der Amtszeit von Präsident Juan Peron der britischen Regierung angeboten, die Falkland-Inseln zu kaufen. Das geht aus Geheimunterlagen des Foreign Office hervor, die nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist von 30 Jahren jetzt veröffentlicht wurden. In den von der Tageszeitung „The Times“ abgedruckten Papieren heißt es, daß der Vertreter Perons bei der Krönung von Elizabeth II., Admiral Alberto Teissire, bei einem Empfang in seinem Londoner Hotel leitenden Beamten des Außenministeriums das Angebot unterbreitete. Der Admiral habe gleichzeitig geltend gemacht, daß es bereits einen Präzedenzfall gebe, denn schließlich habe London den Vereinigten Staaten einige Antillen-Inseln verkauft. Der damalige stellvertretende Außenminister, Lord Reading, habe geantwortet, die meisten der Inselbewohner seien Briten. Sie würden bei einem Referendum praktisch einstimmig für ihr Verbleiben unter der britischen Flagge stimmen. Es sei unvorstellbar, daß eine britische Regierung den Verkauf der Falkland-Inseln auch nur erwäge.

Kampfhandlungen in Kambodscha

UU, Bangkok

Die vietnamesischen Besatzungstruppen in Kambodscha werden südwestlich der thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet auf kambodschanischem Gebiet erneut von Widerstandskämpfern der Roten Khmer massiv angegriffen. Beobachter bei den thailändischen Grenztruppen berichten, daß die Roten Khmer den vietnamesischen Stützpunkt O-Tachu erobert hätten. Vor der Erstürmung seien die Vietnamesen von Artillerie und Raketenwerfern beschossen worden. In Thailand erwartet man eine Eskalation der Kämpfe in den nächsten Monaten, weil die Vietnamesen in den vergangenen Jahren stets den Beginn der Trockenperiode für ihre Offensive gegen die Widerstandskräfte genutzt haben – allerdings bisher vergeblich.

DIE WELT (wups 603-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-\$60.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 50 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

مكتبة من الكتب

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ungeschütztes Eigentum

Ans Galileo Galilei fallen Schatten;

WELT vom 16. Dezember

Der Schüler Galileis hätte eben etwas mehr von sich hermachen müssen. In einem Kommentar der WELT zu der Vermutung, daß Galilei eine Idee seines Schülers als eigene Erkenntnis verbreitete.

... der Diebstahl geistigen Eigentums ist dem Dieb häufig gar nicht bewußt. Prof. Steinbuch in der WELT vom 1. 12. 83. So und ähnlich ist der Diebstahl geistigen Eigentums bewertet worden.

Ist dem Dieb die Urhebererschaft der Idee tatsächlich abhanden gekommen, so ist dies allerdings ein Zeichen dafür, wie wenig der Person des Mitarbeiters Beachtung geschenkt wird, und ist damit ein Zeichen für mangelnde Menschlichkeit am Arbeitsplatz.

Mit scheint die Haltung, einen Ideen-Diebstahl zu entschuldigen - oder auch das Entwickeln von Ideen nur ungenügend zu beachten und zu honorieren - bei uns allzu verbreitet. Dem Durchsetzen von Technik wird größere Bedeutung beigemessen.

Heute werden die negativen technisch-wirtschaftlichen Auswirkungen sichtbar:

● Der Ideendiebstahl hat sicherlich nicht zur Verbesserung der Arbeitsmoral beigetragen, die heute oft beklagt wird.

● Die Phantasievollen und Kreativen sind oft etwas verletzlich und haben sich zurückgezogen.

Die Ideen für die Zukunft sind denn auch ausgeblieben; andere Länder wie USA und Japan machen das Rennen.

Schmückt sich jemand mit fremden Federn, so sollte dies nicht heruntergespielt werden, auch wenn der Urheber sich die Idee - vielleicht aus Angst um den Arbeitsplatz - stehlen lassen muß.

Kreativität läßt sich sicher nicht erzwingen, doch etwas mehr - auch finanzielle - Beachtung, sowie ein Klima von mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit kann ihr den Boden bereiten.

Dipl.-Ing. W. Heckelmann, Essen

ziehen, wären mittelständische Betriebe und das örtliche Handwerk von der Verklebung ausgeschlossen, wenn sich dann, wie z. B. in den USA, einige hochspezialisierte und finanzstarke Großunternehmen die Verklebung unter sich aufteilen. Diese Entwicklung ist ganz sicher nicht im Sinne des Handwerks.

Im übrigen haben sich die Beteiligungsmöglichkeiten des Handwerks durch das nahezu verdreifachte Investitionsvolumen der Post für Breitbandverklebung entsprechend vergrößert. Davon profitieren hauptsächlich mittelständische Betriebe am Ort der Aushauaktivitäten.

Manfred Bergmann, Pressestelle im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Verzerrtes Bild

„Zu viele Tüten unter dem Baum“; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrter Herr Ihle, wir haben mit großem Interesse Ihre Kritik zu der ARD-Sendung gelesen.

Als Dachverband der Hersteller von Verpackungen aus Papier, Karton und Pappe sind wir bereits seit vielen Jahren in der letzten Tagung auf diese Sendung angesprochen worden.

Man darf Ihrer Kritik beschönigen, daß sie zu den wenigen Veröffentlichungen in den Massenmedien zählt, die den Versuch einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Verpackungsthematik unternimmt. Wenn man sich, wie die meisten Ihrer Kollegen bei Zeitung, Funk und Fernsehen leider nicht tun, etwas intensiver in die Verpackungswelt einarbeitet, kommt man zu Ergebnissen, die manches liebgewordene Vorurteil Lügen strafen: So ist die Verpackung aus Papier, Karton und Pappe - mit einem Mengenanteil von rd. 45 Prozent bedeutendste Packmittelgruppe - keineswegs der Umweltfeind, als der sie gerne hingestellt wird. 85 Prozent der in Verpackungspapier, Kartons und -pappen eingehenden Rohstoffe sind Altpapier. Das eingesetzte Holz (rd. 1 Mio. t, nicht wie Globus behauptet - 3,6 Mio. t) ist Abfallholz aus Wald- und Holzwirtschaft. Man könnte somit sogar durchaus behaupten, die in unserer Industrie hergestellten Verpackungen sind fast völlig als Recyclingprodukte anzusehen.

Daß dem Verbraucher, der die Verpackung erst am Ende des Herstellungsweges und Verteilungsweges einer Ware zu Gesicht bekommt, deren Aufgaben bis dahin weitgehend unbekannt sind, kann man ihm nicht unbedingt zum Vorwurf machen, da ihm der Blick hinter die Kulissen meist verwehrt bleibt.

Daß aber die Medien - voran das Fernsehen, das mit Sendungen wie „Globus“ schließlich Millionen Zuschauer erreicht - den Verbraucher statt aufzuklären in seiner Unwissenheit bestärkt werden, halten wir für sehr bedauerlich.

Ihren Wunsch nach „gründlicher Durchleuchtung“ können wir daher nur zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen
K.-R. Müller,
Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HPV) e.V.

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Redaktion.

Schuß nach hinten

Seit 60 Jahren ermöglicht das Handwerk

„Rumpstanz“; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, was der Geschäftsführer des Zentralverbands Deutsche Elektrohandwerke für ideal hält, nämlich daß sich die Post bei der Verklebung ausschließlich auf die Heranführung der Programme an die Ortsbezüge beschränken sollte, könnte für die örtliche Elektrohandwerk leicht zu einem Schuß werden, der nach hinten losgeht.

Würde sich die Deutsche Bundespost nur auf den geforderten Bereich beschränken und damit sich ganz aus der sogenannten Netzebene 3 zurück-

ziehen, wäre mittelständische Betriebe und das örtliche Handwerk von der Verklebung ausgeschlossen, wenn sich dann, wie z. B. in den USA, einige hochspezialisierte und finanzstarke Großunternehmen die Verklebung unter sich aufteilen. Diese Entwicklung ist ganz sicher nicht im Sinne des Handwerks.

Wort des Tages

„Die Demut ist eine Tugend, die den Mut zügel, der sich in ungeordneter Weise nach den hervorragenden Dingen ausstreckt. Diese Tugend ist darum sehr notwendig, weil alle Menschen in sich einen sehr starken Antriebs tragen, alles an sich zu reißen. Darum ist die Demut notwendig, die zeigt, nach welchem Vorrang und vor wem und in welcher Weise man suchen soll.“

Gioianno Savonarola, ital. Bußprediger (1452-1498)

Die Bemerkung mag stimmen, daß Zaire oder Kongo Cabinda gern übernehmen wollen, schon wegen der großen Ölorkommen dort. Hinzufügen möchte ich nur, daß dieses Interesse weiterbestehen wird auch nach der Erschöpfung der großen Ölorkommen. Im zairischen Mayombe-Gebiet beim Zentralort „Loango“ - etwa 10 km von meinem Heimat-

ort entfernt - gibt es ein UNO-Flüchtlingsdorf mit Schulen ausschließlich für Flüchtlinge aus Cabinda. Vielleicht sagt dies etwas.

Vumbi-Loko Mbuta, Bonn

Personalien

VERÄNDERUNGEN

Prof. Dr. Karl-Heinz Matten, seit 1970 Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Bonn-Bad Godesberg, ist zu Jahresende in den Ruhestand getreten. Für seine Arbeit hat ihm der Bundespräsident das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Bundesakademie ist die zentrale Fortbildungseinrichtung der Bundesregierung und ein organisatorisch selbständiger Teil des Bundesinnenministeriums. Ihre Aktivitäten umfassen insbesondere

die Einführung der Nachwuchskräfte des höheren Dienstes in die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und die allgemeine Fortbildung für alle Laufbahngruppen mit den Schwerpunkten Personal, Haushalt, Organisation und Gesetzgebung.

Mit dem aus Altersgründen ausscheidenden Präsidenten hat auch der Leiter der internationalen Lehrgruppe, Dr. Werner Schwabach, die Bundesakademie verlassen. Er wird Direktor bei Unitar (United

Nations Institute for Training and Research) in New York.

Präsident Dr. Georg Hüssler (82), Präsident der Caritas, hat zu Jahresbeginn die Leitung der Bundesgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (BAG) von Erwin Stauss vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband übernommen. In der BAG sind alle Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtsverbände zusammengeschlossen.

Religiöse und ethnische Gegensätze standen Nigerias Entwicklung entgegen

Der Öl-Boom löste die wirtschaftlichen Probleme nicht / Shagari Bemühen um Ausgleich war vergeblich

Von MONIKA GERMANI

Als Nigeria von Großbritannien 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, galt es als wirtschaftlicher Gigant und Vorbild für alle künftigen unabhängigen Staaten in ganz Afrika. Es war eines der reichsten Länder; Hauptexportgut und Devisenbringer waren seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse: aus dem Norden des Landes kamen Erdnüsse zur Herstellung von Erdnußöl, im Südosten wurde Palmöl produziert, Kakao kam aus dem Südwesten. In den fünfziger Jahren waren die ersten Erdölvorkommen entdeckt worden. Nigerias erster Premierminister Sir Abubakar Tafawa Balewa, war ein gemäßigter, westlich orientierter Mann.

Das riesige Land mit mehr als 923 000 Quadratkilometern an der Westküste Afrikas ist landschaftlich von Norden und Süden so unterschiedlich wie die Völker der 19 Bundesstaaten mit ihren eigenen Parlamenten voneinander verschieden sind. Nord-Nigeria ist eine Halbwüste, die an die Länder Tschad und Niger grenzt. Es ist bewohnt von den islamischen Haussas, Fulbe und den kriegs-

haften Tuaregs, das sind etwa 50 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Mitte des Landes wird von der typischen afrikanischen Savannen-Landschaft beherrscht, die in ein Zentralhochland bis zu 2000 Meter Höhe übergeht. Die Küstengebiet sind durchzogen von Flüssen, es gibt große Sandstrände, Lagunen und Mangrovenstümpfe. In diesen Gebieten leben die schwarzen Völker der Ibo und Yoruba. Insgesamt gibt es unter den mehr als 83 Millionen Einwohnern (geschätzt) über 250 verschiedene ethnische Gruppen mit einer Vielfalt an Sprachen und Dialekten, die Norden und Süden voneinander trennen. Umgangssprache ist Englisch.

Der religiöse und ethnische Gegensatz in Nigeria hat sich seit Beginn der Unabhängigkeit im Laufe der wechselvollen politischen Entwicklung immer wieder gezeigt. 1966 wurden Präsident Balewa und sein engster Vertrauter, der ebenfalls dem Westen freundlich gesinnte Präsident der Nordregion, Sir Ahmadu Bello, ein gemäßigter Muslim, von schwarzen Offizieren aus dem Süden gestürzt und ermordet. Diese wurden ihrerseits von Offizieren aus dem Norden umgebracht, General Yakubu Gowon

wurde Präsident. In die neun Jahre seiner Regierung fiel der blutige Bürgerkrieg um Biafra 1967-70. Bereits er war eine indirekte Folge der Differenzen zwischen Norden und Süden.

Die fremdenfreundlichen und aufgeschlossenen christlichen Ibo unter General Ojukwu versuchten ihre Unabhängigkeit zu erreichen. Eine gnadenlose Blockade sämtlicher See-, Straßen- und Luftwege war die Antwort der Regierung in Lagos. Zwei Millionen Ibo, meist Frauen und Kinder, verhungerten. Die ganze Welt nahm Anteil an ihrem Schicksal, die Fotos der sterbenden kranken Kinder löste in Europa eine Flut von Hilfsaktionen aus. Die portugiesische Insel Fernando Poo im Golf von Biafra wurde Ausgangspunkt heimlicher

Milliarden Dollar jährlich. Die Erdölproduktion betrug 2,3 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) am Tag. Ausländisches Kapital strömte nach Nigeria, europäische Firmen übernahmen jeden Auftrag, den die Nigerianer vergaben. Die Sowjetunion und der Westen bauten zwei Stahlwerke, die sowohl von Erz- als auch Kohlelieferungen abhängig sind.

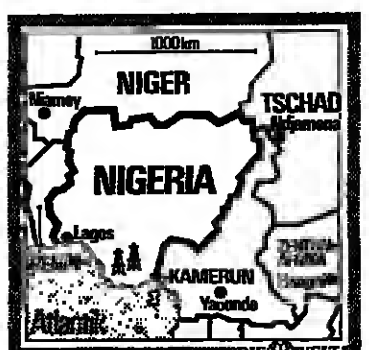
Shagari plante riesige Entwicklungsprojekte: eine Untergrundbahn für die Hauptstadt Lagos, die eine Milliarde Dollar kosten sollte. Da die Stadt im Schmutz versinkt und von westlichen Besuchern oft als „Kloake“ bezeichnet wird, sollte im Inneren des Landes eine neue Hauptstadt, Abuja, gebaut werden. Das Straßennetz wurde um Tausende von Kilometern erweitert. Mit

Ende Januar 1983 vertrieb Nigeria zwei Millionen Gastarbeiter aus den Nachbarländern Kamerun, Dahomey und Togo, davon eine Million Ghanesen, um Arbeitsstellen für die eigene Bevölkerung freizumachen. Doch ließen sich kaum Nigerianer finden, die bereit waren, untergeordnete Jobs als Chauffeur, Hauspersonal oder ungelernte Arbeiter anzunehmen. Vorwand für die Ausweisung war offiziell die Devisenausfuhr der Gastarbeiter, die für die Wirtschaft Nigerias nicht mehr tragbar sei. Tatsächlich aber ist der Haß der Nigerianer vor allem auf die fleißigen Ghanesen im Spiel. Diese sind gewerkschaftlich nicht organisiert und billige Arbeitskräfte.

Kaum waren die Gastarbeiter in Schiffe und Autos hussen in ihre Heimatländer transportiert worden, als es in Lagos zu einem Verkehrschaos kam: Die meisten Busfahrer stammten aus Ghana, ebenso wie die Chauffeure. Beamte hatten plötzlich Schwierigkeiten, in ihre Büros zu kommen, da sie sich nun gezwungen sahen, ihre Kinder selbst zur Schule zu bringen.

Der Ausnahmezustand in Afrika, nämlich eine demokratische Regierung an der Macht zu halten, ist am 31. Dezember gescheitert. Noch während des Wahlkampfes im Sommer vergangenen Jahres, trotz der Streitigkeiten der einzelnen Parteien, der Beschuldigung der Verlierer hinterher, die Wahlen seien gefälscht worden, war anzunehmen, daß Shagari

fähig gewesen wäre, dieses Riesensystem mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, seinen Rivalitäten der einzelnen Bevölkerungsgruppen, zu einigen. Er versuchte den klaffenden Gegensatz zwischen islamischen und schwarzen Völkern zu überbrücken und die Wunden nach dem verheerenden Bürgerkrieg zu heilen. Er erlaubte ehemaligen Präsidenten und politischen Gegnern wie Gowon und Ojukwu aus dem Exil nach Nigeria zurückzukehren. Er suchte Ausgleich und Mittelmaß zu finden. Sein Scheitern ist für Europa zumeist unverständlich, da die Afrika als ein homogenes Gebilde, von schwarzen Völkern bewohnt, ansehen. Woher es fraglich ist, ob diese tieferen Ursachen eines jahrelangen Religionskrieges in Nordirland oder die Streitigkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft begreifen können.



Trotz seines Ölreichtums ist Nigerias Wirtschaft in Not



Führt den Militärputsch: Generalmajor Mohammed Buhari

Hilfsflüge, um im Schutze der Dunkelheit in das belagerte Biafra Waffen und Lebensmittel zu bringen.

Als Gowon 1975 gestürzt wurde, folgte eine Militärdiktatur. Erst 1979 trat die neue Verfassung in Kraft, und ein ehemaliger Mitarbeiter des ersten Präsidenten Balewa, Shehu Shagari, wurde Präsident. Er ist selbst Moslem, versuchte aber die Gegensätze zwischen Norden und Süden zu überbrücken.

Wirtschaftlich war Nigeria trotz des Bürgerkrieges durch den Ölboom seit 1973 zu einem der reichsten Länder Afrikas geworden. Doch sollte sich dieser Reichtum für die Zukunft verhängnisvoll auswirken. In den Jahren des hohen Ölpreises wurde Öl zum Hauptdevisenbringer für Nigeria. Das Land, das früher vor allem landwirtschaftliche Güter exportierte, machte sich mit seinen Deviseneinnahmen völlig vom Öl abhängig - mit 90 Prozent aller Einkünfte.

Noch 1980 verdiente Nigeria 22,4

dem Zusammenbruch des Ölpreises (als die Tagesproduktion im Jahre 1983 auf 1,3 Millionen Barrel sank) wurde auch der Traum für die neue Hauptstadt zu den Akten gelegt. Die landwirtschaftliche Versorgung wurde über Jahre auf das sträflichste vernachlässigt.

Die Mißwirtschaft und veraltete Anbaumethoden, aber auch der (scheinbare) Glanz der Städte führten dazu, daß viele junge Leute die Dörfer verließen, um ihr Glück in der Stadt zu suchen. 1980 führte Präsident Shagari einen „Grünen Plan“ zur Sanierung der Landwirtschaft ein; aber er hat bisher kaum Erfolge zu verzeichnen, obwohl er Nigeria bis 1990 von Lebensmittellieferungen unabhängig machen soll. Shagari hatte die Einfuhr um 50 Prozent gekürzt. Die Preise für Nahrungsmittel haben sich bei einer Inflation von 16 Prozent im letzten Jahr verdreifacht. Lagos gehört heute zu einer der teuersten Städte der Welt.

General Buhari ernannt Obersten Militärrat

M. G./DW, Johannesburg/London

Drei Tage nach dem Putsch in Nigeria hat der neue Chef der Militärregierung, Generalmajor Mohammed Buhari, gestern die Mitglieder des Obersten Militärrates benannt.

In einer Meldung von Radio Lagos wurde eine genaue Zahl der Ratsmitglieder nicht genannt. Es scheinen jedoch mehr als zwölf Mitglieder zu sein, darunter auch ein Zivilist namens S. N. Iyag, Buhari wurde als Chef der Bundesmilitärregierung, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzender des Militärrates ernannt.

Andere Mitglieder des Militärrates wurden nach Angaben des Rundfunks der Generalstabschef Brigadegeneral Sirtia Isano, Verteidigungsminister Generalmajor Baki, der Stabschef des Heeres, Generalmajor Ibrahim Babangida, der Stabschef der Marine, Flottenadmiral Augustin Ayikomo und der Stabschef der Luftwaffe, Vizeluftmarschall Ibrahim Alfa. Auch Brigadegeneral Saleh Abacha, der unmittelbar nach dem Putsch die erste Erklärung abgegeben hatte, gehört dem Rat an.

Noch gestern wollte Buhari laut Radio Lagos die Gouverneure der Bundesstaaten zu einer Unterredung empfangen.

Buhari, der verspricht, die Wirtschaft des Landes wieder in Gang zu bringen und mit der Korruption aufzuräumen, leitete in der gestrigen Regierung Shagari das Ministerium für Erdöl und Energie. Er ist auch der Mann, der Nigeria gänzlich vom Ölexport abhängig gemacht hat.

Die Grenzen Nigerias, die unmittelbar nach dem Putsch geschlossen wurden, blieben dies auch gestern. Es herrschte außerdem Nachrichtensperre. Wie dennoch zu erfahren ist, ist die Lage in der Hauptstadt Lagos ruhig.

Über das Verbleiben von Ex-Präsident Shagari herrscht Ungewißheit. Er ist spurlos von der Bildfläche verschwunden. Nach anderen Meldungen steht er unter Hausarrest. Shagari war 1979 nach dreizehnjähriger Militärherrschaft zum Präsidenten gewählt und im vergangenen August in diesem Amt bestätigt worden.

Die Deutschen helfen Lagos mit Experten

HE/K. S., Bonn

Seit der Ölpreiserhöhung 1973/74 gehört auch das Opec-Mitglied Nigeria zu den „Reichen“ unter den Entwicklungsländern. Die Bundesregierung in Bonn beschloß daher 1974, Ländern wie Nigeria keine Kapitalhilfe mehr zu gewähren. Es verwirrt daher auf Anhieb, wenn dennoch 1979 mit 50 Millionen Mark Kapitalhilfe die Einrichtung einer Fachschule für metallverarbeitende Berufe (Metallurgisches Ausbildungszentrum Onitsha) unterstützt wurde. Hierbei handelt es sich jedoch um frühere, nicht in Anspruch genommene Zusagen aus der Zeit vor 1974, die nun „reprogrammiert“ wurden, um die verbindlich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Auch wenn das Zentrum noch im Aufbau ist, halten sich bereits sechs deutsche Ausbilder im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Nigeria auf. Die GTZ ist im Auftrag der Bundesregierung für die Abwicklung der Technischen Hilfe (TH) zuständig. Diese ist auch dem

reich gewordenen Ölland nach 1974 weiterhin zugesprochen, wenngleich in bescheidenen Größenordnungen von jährlich derzeit meist fünf Millionen Mark. Diese Mittel sind für die Finanzierung „integrierter Experten“, bestimmt. Solche Experten, die in Engpassbereichen der Staatsverwaltung oder der Wirtschaft des Landes tätig sind, erhalten aus Landesmitteln die dort übliche Vergütung. Mit dem Geld aus Bonn wird ihr Gehalt auf das Niveau etwa der GTZ-Experten angehoben, da andernfalls Fachleute für solche Aufgaben nicht zu gewinnen wären.

Das volkreichste Land in Afrika gehörte angesichts seiner eigenen Einnahmequellen auch schon vor 1974 nicht zu den Schwerpunktländern deutscher Entwicklungshilfe. Als Indiz mag gelten, daß die kumulierten Zusagen aus Bonn bei der Kapitalhilfe bis 1974 knapp 338 Millionen und bei der Technischen Hilfe bis Ende 1982 rund 112 Millionen Mark erreicht haben (zum Beispiel Tansania als TH-Spitzenreiter mit über 400 und Kenia mit 262 Millionen).

Ab Frankfurt

DELTA MEDALLION-BUSINESS-KLASSE NACH ATLANTA. LUXUS ZUM SPARPREIS.

- Die neuen, breiten Sitze sind groß im Komfort.
- Auswahl zwischen verschiedenen Feinschmeckergerichten und Desserts.
- Serviert auf feinem Porzellan.
- Cocktails, Weine, Champagner, Liköre.
- Separate Kabine.
- Jeweils mit 2er-Sitzgruppen.
- Priorität beim Verlassen des Flugzeuges und bei der Gepäckabfertigung.
- Höhere Freigepäckgrenze.

Deltas Wide-Ride™ TriStars fliegen nonstop von Frankfurt nach Atlanta und von dort weiter nach 80 Städten in den USA. Die Erste Klasse ist auch mit Schlafsesseln ausgestattet.

Für Informationen und Buchungen rufen Sie bitte Ihr Reisebüro oder Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer (0049611) 233024, Telex 416233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstr. 7, 6000 Frankfurt/Main.



DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®

Der Streit um Etat Kürzungen hat in Israel erst begonnen

Gewerkschaften lehnen Sparplan der Regierung rigoros ab / Auch Konflikte im Kabinett

RS, Bonn
Die Entscheidung des israelischen Kabinetts, den Staatshaushalt für das im März beginnende Finanzjahr 1984/85 um rund eine Milliarde Dollar gegenüber dem Vorjahr zu kürzen, dürfte zu ernsthaften Belastungen in der Regierungskoalition sowie zu sozialen Konflikten im Lande führen.

Offenbar als erste Konsequenz des Sparbeschlusses wurden die Treibstoffpreise auf Anordnung des Finanzministeriums um 15 Prozent angehoben. Durch diese Erhöhung hat sich der Benzinpreis in Israel innerhalb eines Monats um 27 Prozent verteuert. Nach Angaben des Finanzministeriums soll durch diese Preiserhöhung der Kursverfall des Schekel gegenüber dem Dollar zumindest verlangsamt werden. Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate 180 Prozent.

Nach der Erhöhung der Treibstoffpreise wird damit gerechnet, daß in den nächsten Tagen auch die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, die Elektrizitäts- und Wasserpreise sowie die Preise einer ganzen Reihe subventionierter Waren, vor allem Lebensmittel, drastisch ansteigen werden.

Die Regierung von Ministerpräsident Shamir scheint trotz der sich abzeichnenden Koalitionsspannungen sowie eines drohenden Konflikts mit den Gewerkschaften entschlossen, an ihrem Sparkurs festzuhalten. Einer der Gründe dürfte die Haltung der Vereinigten Staaten sein. Nach

einem Bericht des israelischen Rundfunks hat Washington eine Erhöhung der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Jerusalem von der Sanierung der israelischen Staatskasse abhängig gemacht. Nur die jährliche Finanzhilfe der USA bewahrt seit Jahren die marode israelische Wirtschaft vor einem Kollaps. In diesem Jahr wird Washington Jerusalem mehr als 2,6 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe gewähren. Diese Summe ist jedoch angesichts der israelischen Auslandsverschuldung von fast 30 Milliarden Dollar kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn die 910 Millionen Dollar US-Wirtschaftshilfe reichen bei weitem nicht, die jährliche Schuldentilgung für die Auslandsschulden zu leisten.

Der Einsparungsbeschluss der Regierung ist nicht mehr als ein unverbindlicher, grundsätzlicher Plan. Denn sobald die konkreten Einsparungen bei den einzelnen Etatposten zur Entscheidung stehen werden, ist mit harten Auseinandersetzungen in der Regierung zu rechnen. So kam es bereits vor dem Einsparungsplan zu einem Streit über die Fortsetzung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Vor allem die nationalistische Tzefa-Partei und mehrere Abgeordnete der national-religiösen Partei, auf deren Stimmen die Regierung angewiesen ist, drohten aus der Koalition auszuscheiden, falls es zu einer Einschränkung der Siedlungspolitik kommen sollte.

Erziehungsminister Hammer von

der National-Religiösen Partei, Sozialminister Uzan von der ethnischen Tami-Partei und Vizepremier Levi von der Herut-Partei des Ministerpräsidenten Shamir lehnen Kürzungen im sozialen und Bildungsbereich entschieden ab. Verteidigungsminister Arens, der grundsätzlich Einsparungen befürwortet, warnte jedoch entschieden vor weiteren Kürzungen im Sicherheitsbereich. Mehrere Abgeordnete der liberalen Partei, die gemeinsam mit der Herut den Likud-Block bilden, sollen ernsthaft die Möglichkeit einer Koalition mit der oppositionellen Arbeiterpartei erwägen. Diesen Parlamentariern scheint das Sanierungskonzept der Arbeiterpartei wirksamer als das der Regierung: Einsparungen durch einen Rückzug der israelischen Truppen aus Südbanonen, sowie ein Einfrören der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten.

Die Gewerkschaften lehnen die Sparpläne von Finanzminister Cohen-Orad, durch die der Lebensstandard um sieben Prozent zurückgeschraubt werden soll, entschieden ab. Ein Sprecher der Einheitsgewerkschaft, Histadruth, sagte, die Arbeitnehmer könnten nicht mit Leuten verhandeln, die einen gezielten Kaufkraftschwund zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik machen. Es ist damit zu rechnen, daß die gegenwärtigen Arbeitskämpfe, zur Zeit befinden sich bereits etwa 40 000 Arbeitnehmer, vorwiegend Staatsangestellte, im Ausstand, drastisch ausgeweitet werden.

USA beziehen im Golfkrieg Position für Irak

AP/APP, Washington
Die amerikanische Regierung schlägt sich im Krieg zwischen Iran und Irak offensichtlich immer stärker auf die Seite Bagdads. In einem Bericht der „Washington Post“ heißt es, die USA hätten die „befreundeten Staaten“ in der Golf-Region im Dezember davon in Kenntnis gesetzt, daß eine Niederlage der irakischen Streitkräfte im Golfkrieg als „den amerikanischen Interessen entgegen gesetzlich“ betrachtet werde. Washington habe den Regierungen der Golfstaaten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten durch diplomatische Kontakte und eine mögliche Beschränkung von US-Importen nach Iran eine irakische Niederlage verhindern wollten.

Seit dem Anschlag auf das US-Hauptquartier in Beirut Ende Oktober letzten Jahres habe sich die negative Haltung gegenüber Teheran verstärkt, schreibt das Blatt. Als Beweis dafür, daß sich Washington für die Unterstützung Bagdads entschieden hat, nennt die „Washington Post“ auch die jüngste Reise von US-Regierungsbeamten in die Golf-Region sowie den Besuch des amerikanischen Sondergesandten für den Nahen Osten Donald Rumsfeld in Bagdad. Nach monatelanger scheinbarer Neutralität im Golfkrieg habe Donald Rumsfeld bei seinem jüngsten Besuch in Irak gegenüber Präsident Saddam Hussein den Willen der USA bekundet, die seit 1980 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Irak wieder aufzunehmen.

Anfang Dezember hatte eine Gruppe hoher Beamter aus Washington anlässlich einer zehntägigen Reise durch Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman eine mögliche Zusammenarbeit der USA mit den arabischen Staaten für den Fall militärischer Angriffe oder einer Schließung der Straße von Hormuz durch Iran erörtert. Nach Angaben der „Washington Post“ haben sich die Amerikaner in diesem Zusammenhang verpflichtet, die Straße von Hormuz auf jeden Fall zu verteidigen.

Als weiteres Zeichen für ein verstärktes Engagement der USA führt die Zeitung die Tatsache an, daß die amerikanische Regierung eine Reduzierung von Exporten nach Iran – insbesondere von Einzelteilen für Zivilluftzeuge – erwägt. Amerikanische Seestreitkräfte sind bereits seit längerem im Golf und im Meer von Oman stationiert. Noch am Freitag hatte sich das Pentagon besorgt über die Anzahl iranischer Schiffe geäußert, die um diese Einheiten patrouillierten, und Maßnahmen gegen eventuelle Kamikaze-Angriffe getroffen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums wollte sich zu den Einzelheiten des Berichts nicht äußern. Er könne nur sagen, daß die Vereinigten Staaten eine diplomatische Lösung des Konflikts zwischen Iran und Irak wünschten. Außerdem sei Washington der Ansicht, daß keine Seite dominieren und keine fremde Macht aus der Situation Nutzen ziehen sollte. Eine Verschiebung des Machtgleichgewichts liege nicht im Interesse der Vereinigten Staaten.

Frauen in der CDU auf dem Vormarsch

hey, Bonn
Die CDU hat im letzten Jahr nach den Worten ihres Bundesgeschäftsführers Peter Radunski „eine ganz hervorragende Mitgliederentwicklung“ verzeichnet. Ende 1983 gehörten ihr 735 000 eingeschriebene Parteianhänger an. Mit dieser Steigerung um 2,4 Prozent gegenüber 1982 ist dies der höchste Mitgliederstand in der Geschichte der CDU und der größte prozentuale Zuwachs seit 1976.

Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl gegenüber 1971 mehr als verdoppelt. Seit Helmut Kohl vor zehn Jahren Parteivorsitzender wurde, beträgt die Zunahme rund 74 Prozent. Der Anteil der Frauen nimmt ständig zu. Er liegt jetzt bei knapp einem Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Die stärksten Landesverbände sind weiter die CDU-Rheinland mit 139 000 und Westfalen-Lippe mit 133 000 Mitgliedern.

Auch die FDP konnte eine Steigerung verzeichnen. Nachdem sie beim Koalitionswechsel Ende 1982 zunächst rund zehn Prozent ihrer Mitglieder verloren hatte, beträgt die Zahl ihrer Anhänger jetzt gut 80 000.

Harriman warnt vor Kriegsgefahr

dpa, New York
Scharfe Kritik an der Sicherheitspolitik von US-Präsident Ronald Reagan hat der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau und London, W. Averell Harriman, geübt. In der „New York Times“ wirft Harriman, der fünf amerikanischen Präsidenten als Berater diente, Reagan vor, die Gefahr eines Atomkrieges vergrößert zu haben. Die Politik der Reagan-Administration habe dazu geführt, „daß wir nicht die Gefahr, sondern die Realität eines nuklearen Krieges vor uns haben könnten, wenn die gegenwärtigen Entwicklungen bei den Atomwaffen und den amerikanisch-sovietischen Beziehungen anhalten“. Das Verhältnis zur Sowjetunion sei gefährlicher als zu irgendeiner Zeit in der letzten Generation.

General Jaruzelski fordert Polens Jugend zur Mitarbeit auf

„Ansprüche der Bundesrepublik auf deutsche Minderheit in Polen“ nennt er „empörend“

dpa, Warschau
Der polnische Partei- und Regierungschef, General Wojciech Jaruzelski, hat die Jugend seines Landes aufgefordert, sich an der Entwicklung Polens zu beteiligen. In einem Interview mit jungen polnischen Journalisten betonte er, daß viele Jugendliche heute den Eindruck machten, als seien sie nicht da. Dennoch erklärte er sich „zuversichtlich und optimistisch“, denn er glaube an die Reife und Vaterlandsliebe seiner Landsleute.

Der General verteidigte noch einmal die Verhängung des Kriegsrechts vom Dezember 1981 als unbedingt notwendig, weil es anderenfalls möglicherweise nicht nur Kriegsrecht, sondern einen wirklichen Kriegszustand gegeben hätte. Jaruzelski vermißt in dem fast eine Stunde dauernden, in lockerer Gesprächsform gehaltenen Interview am Sonntag scharfe Töne und erwähnte die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ mit keinem Wort.

Einige westliche Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, beschuldigte der General, Polen als Instrument im politischen Spiel zu benutzen und zu versuchen, dem Land Lösungen seiner inneren Probleme aufzuzwingen. Er bezeichnete es als „empörend“, daß offizielle Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Ansprüche auf eine angeblich millionenstarke deutsche Minderheit in Polen erhoben. Enttäuscht zeigte sich Jaruzelski auch über die Haltung Frankreichs und meinte in Erinnerung an die Niederlage der Franzosen in Vietnam,

die Haltung der gegenwärtigen französischen Regierung zu Polen werde eines Tages deren „politisches Dilemma“ werden.

Trotz der Krise im Land sind in Polen im vergangenen Jahr etwa 723 000 Kinder geboren worden, das sind so viele wie seit 1959 nicht mehr und 20 000 mehr als 1982. Polen lag mit einer Rate von 19,8 Lebendgeburten auf je 1000 Einwohner in der europäischen Statistik unter den ersten. Die hohe Geburtenzahl trotz drängender Wohnungsmangel liegt unter anderem darin begründet, daß geburtenstarke Jahrgänge ins Heiratsalter gekommen sind.

Die meisten Polen blickten jedoch dem neuen Jahr mit wenig Illusionen entgegen. Die wirtschaftlichen Sorgen des Alltags überschatteten die Träume von Freiheit und Mitgestaltung des nationalen Schicksals aus der „Solidaritäts“-Zeit. Daß sich die inzwischen verbotene Gewerkschaft in ihrer alten Gestalt wiederbeleben läßt, glaubt trotz des Papstbesuches und des Friedensnobelpreises für Lech Walesa kaum noch jemand.

Zur Jahreswende 1983/84 braucht die Bevölkerung in Polen zwar nicht zu hungern und zu frieren, doch die Prognosen sind düster. Der mit Mangel an Devisen und Krediten begründete Importstopp geht an die Substanz. Immer mehr Produktionseinrichtungen müssen mangels Ersatzteilen stillgelegt werden. Im Außenhandel nimmt Polen heute unter den europäischen Ländern den zweitletzten Platz ein, stellte kürzlich ein

Sachverständiger des Parlaments fest.

Die westlichen, vor allem die amerikanischen Wirtschaftssanktionen haben Polen noch stärker auf die wirtschaftlichen Verbindungen mit der Sowjetunion und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verwiesen. Wegen der eigenen Misere der Sowjetunion kann deren ohnehin spärliche Unterstützung jedoch kein Ausgleich für westliche Technologie sein, wie Polen sie in den 70er Jahren bezogen hat.

Um wenigstens den Stand vom Ende der siebziger Jahre zu halten, braucht Polen dringend neue Kredite aus dem Westen, Export- und Umschuldungsmöglichkeiten. Der Westen hat Warschau jedoch wissen lassen, daß mit neuen Krediten nur zu rechnen ist, wenn die Regierung innenpolitische Erleichterungen gibt.

Angesichts der weltweiten Krise ist es fraglich, ob die Polen 1984 zumindest ihr Planziel erreichen und die Westexporte von 5,5 auf 6,2 Milliarden Dollar steigern können. Das Ausmaß der Schwierigkeiten, vor die sich die polnische Regierung derzeit stellt, zeigt auch die Tatsache, daß die Pläne für eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, die Anfang Januar in Kraft treten sollten, auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußten. Noch vor dem Jahreswechsel hatte das Politbüro erklärt, die Preisobergrenzen, die um 10 bis 15 Prozent liegen werden, jetzt frühestens im Februar wirksam werden sollen.

Kamen Bombenleger in Frankreich aus Nahost?

Noch keine „heiße Spur“ / Weitere Drohungen gegen Bahn

dpa/SAD, Paris
Zu den Verantwortlichen für die beiden blutigen Silvester-Anschläge gegen die französische Eisenbahn wiesen zwar gestern noch keine konkreten Spuren, doch deuten alle Anzeichen auf Terroristen im Nahen Osten. Eine „Organisation für den bewaffneten arabischen Kampf“ hat sich in Anrufen zu den Attentätern bekannt. Außerdem übernahm sie die Verantwortung für den Anschlag auf das französische Kulturzentrum in Tripoli.

In der französischen Öffentlichkeit ist gestern auf die in jüngster Zeit verstärkte anti-französische Hetze in Iran und Libanon hingewiesen worden. Die Organisation „Islamischer Heiliger Krieg“ hatte am 21. Dezember dazu aufgerufen, daß „französisches Blut fließen“ werde. Und: „Der Boden Frankreichs wird bebren“, wenn die französischen Soldaten Beirut nicht innerhalb von zehn Tagen verlassen. Die gesetzte Frist lief am 31. Dezember ab, an dem im Marsseiler Hauptbahnhof und in dem Hochgeschwindigkeitszug TGV bei Explosionen fünf Menschen getötet wurden.

den. Acht Fahrgäste waren auch gestern noch nicht außer Lebensgefahr.

Für die Polizei steht fest, daß die Anschläge von „professionellen Terroristen“ begangen wurden. Dafür sprechen vor allem Menge und Art des Sprengstoffs, der gewöhnlich nur vom Militär verwendet werde. Polizei, Eisenbahnverwaltung, mehrere Zeitungen und die Nachrichtenagentur AFP haben Dutzende anonyme Anrufe mit angeblichen Täterbekennungen erhalten.

Auf sämtlichen großen Bahnhöfen in Frankreich patrouillieren seit Sonntag morgen Streifen der schwer bewaffneten Einsatzpolizei CRS. Die Polizisten machen Stichproben im Reisepäck und kontrollieren vor allem die Koffer und Taschen in den nationalen und internationalen Schnellzügen. Als Folge der Anschläge gab es bereits am Sonntagabend noch zahlreiche telefonische Bombendrohungen gegen Bahnhöfe. In Grenoble und Nizza ordnete die Polizei deshalb die vorübergehende Räumung an und durchsuchte die Bahnhöfe gründlich. Beide Male ohne Ergebnis.

Althammer: Entlastung für Familien

PETER PHILIPPS, Bonn
Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Walter Althammer, hat gestern angekündigt, daß die Fraktionskommission „Familienlastenausgleich“ bis zur Jahresmitte ihre ersten Eckdaten vorlegen werde. Zu den Kernpunkten werde gehören, daß die beabsichtigte steuerliche Neuregelung des Familienlastenausgleichs „eng verzahnt werden muß mit der nächsten Phase der Steuerpolitik, bei der es um die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer geht und bei der es nach dem Willen der Regierung zu betonten und gezielten Entlastungen der Familien kommen soll“.

In einer Zwischenbilanz der Kommission, die unter seinem Vorsitz arbeitet, nannte Althammer als ober-

stes Ziel, daß der Familienpolitik wieder der Vorrang vor allen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen eingeräumt werden müsse. „Die Familie ist die Form menschlichen Zusammenlebens, in der laut Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung ihre Selbstverwirklichung suchen.“

Es gehe um die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um die finanzielle Absicherung der Familien mit Kindern. „Der Wunsch, Kinder zu haben, darf in unserer hochzivilisierten Gesellschaft nicht länger davon bestimmt werden, daß die Belastungen der Eltern durch Kinderkosten das zumutbare Maß überschreiten.“ Die CDU/CSU-Kommission setze sich dafür ein, das duale System von Steuererleichterungen und Direktleistungen wieder einzuführen. Auf

den „Prüfstand“ stünden dabei die „Denkmodelle“ des Vollplättlings, Teilplättlings und der Freibetragslösung. Außerdem sollten Erziehungsleistungen von Müttern und Vätern, für die auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet werde, in Zukunft mit einer höheren Rente „belohnt“ werden. Unter der Voraussetzung, daß die notwendigen Milliardenbeträge vom Bund aufgebracht werden können, sollen vom Staat für ein volles Jahr als Erziehungszeit die Beiträge an die Rentenversicherung übernommen werden. Je nach Kassenlage würden sich die Beiträge nach 75 oder 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten berechnen. Die Kosten bezifferte Althammer auf zwischen 3,4 und 4,75 Milliarden Mark jährlich.

Wirtschaftsforscher für Lohnpause

A Fortsetzung von Seite 1

den Beschäftigten und ein anderer Teil von der Bundesanstalt für Arbeit getragen. Das RWI weiter: „Gleichwohl werden die Unternehmen auch hierbei so stark zur Kasse gebeten, daß sich der Bundesminister der Finanzen weigert, diese Regelung für den öffentlichen Dienst zu übernehmen.“

Der Vorschlag des RWI kommt zu Jahresanfang überraschend, weil in einigen Arbeitgeberkreisen zur Zeit darüber nachgedacht wird, ob das kompromißlose Verharren der IG Metall und der ihr folgenden Gewerkschaften auf der Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche nicht dadurch aufgebrochen werden könn-

te, daß die Unternehmen kräftige Einkommensverbesserungen anbieten, die weit über die gerade zum Inflationsausgleich reichenden Lohnsteigerungen der vergangenen drei Jahre hinausgehen würden.

Seinen „Nullrunden“-Vorschlag, der für den Beamtenbereich per Gesetz schon verwirklicht ist und der für den restlichen öffentlichen Dienst in Tarifverhandlungen durchgesetzt werden soll, will das RWI nicht mit den falschen Argumenten verteidigt wissen. Jedenfalls sei es falsch, die größere Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst als Grund für eine Art „Abschlag“ auf die Einkommen anzuführen. Wäre dies der eigentliche Grund, dann müßte man im Umkehrschluß den Arbeitnehmern in Wirtschaftszweigen mit geringerer

Sicherheit einen „Risiko-Zuschlag“ zubilligen. Tatsächlich sei es nicht die Sicherheit der Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes, sondern der wachsende Zustrom an Bewerbern, das „Überangebot“ an Arbeitskräften also, das den Preis für den Faktor Arbeit hier sinken lassen müsse. Auf Lohnhöhrungen könne also verzichtet werden.

Auch als Preis für den „vermeintlichen sozialen Frieden“ seien Lohnanhebungen nicht angebracht, denn dieser Friede gelte nur für die Arbeitsplatzbesitzer. Er würde sogar auf Kosten der Arbeitslosen erkauft, die „umso länger auf einen neuen Arbeitsplatz warten, je weiter wagemutige Investitionen durch immer neue Belastungen der Unternehmen hinausgeschoben werden“.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-

Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 17 der „Orientierungen“ erörtert das Verhältnis von Freiheit und Ordnung und beschreibt die Marktwirtschaft als „Basisdemokratie“. Nobelpreisträger George J. Stigler untersucht die Einstellung von Intellektuellen zur Marktwirtschaft und Rudolf von Bennigsen-Foerder

(VEBA) kritisiert die deutsche Energiepolitik. Beiträge über die chronisch kranke Sowjetwirtschaft und die Chancen von Reformen in Zentralverwaltungswirtschaften führen zur Frage nach den Überlebenschancen der Ostblockwirtschaften. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

Handwritten note: 15.1.84

Erholung in Sicht

J.G. - Ungewöhnlich ist für die deutsche Stahlindustrie das Jahr zu Ende gegangen. Der Dezember brachte nicht das übliche schwache Geschäft, sondern das schärfere Gegenstück. So mancher Produzent versuchte, die vorangegangenen schlechten Jahre "eingepreist" und stellte seine Anlagen wieder auf. Und so, weil die Belegschaft aus dem geplanten Urlaub zurückkehrte, war Unvermutet stark vor dem auch im Dezember bei den Schrotthändlern die Nachfrage der Werke nach diesem einzigen heimischen Eisenrohstoff für die Stahlherstellung. Schrott ist knapp geworden. Der Richtpreis für die Standard-Schrottsorte 0, im letzten Jahr vom vorherigen Hingerniveau um 40 Mark auf für die Schrottsammel wieder auskömmliches Niveau von 180 Mark je Tonne gestiegen, wird nachbittig auf Markt überholt. Bis zu 50 Mark Aufpreis zahlten die Werke auch im Dezember, um an das begehrte Material zu kommen. Höchstwahrscheinlich wird der Richtpreis nun im Januar um mindestens 30 Mark erhöht.

Man kann das, was gleich bei der aktuellen Schrottkapazität nicht nur konjunkturelle Faktoren zusammenkommen, getrost als Signal dafür werten, daß der Konjunkturaufschwung auch die Stahlindustrie erreicht hat. Hier allerdings versetzt er beileibe keine Berge. Produktionserholung und die nun wieder einsetzende Festigung der Stahlpreise befreit die Branche nicht vom Zwang, mit weiterem Kapazitätsabbau auf die veränderten Strukturen des Welt-Stahlgeschäfts zu antworten. Aber leichter wird dieser teure Anpassungsprozeß durch die Belebung der Stahlkonjunktur allemal. So leicht, daß mancher ihn auch schon wieder für überflüssig hält?

Frosch-Statistik

Ha. (Brissal) - Es muß vieles besser werden im neuen Jahr - auch die Statistik über Froschschmelz und Schmelzen. Nicht einmal in Frankreich nämlich gibt es - wie die EG-Kommission dem britischen Konservativen Rutton mitteilte - bislang offizielle Angaben über Erzeugung und Verbrauch der lukullischen Leckerbissen. Schätzungen ist immerhin zu entnehmen, daß die Franzosen 5000 Tonne Froschschmelz im Jahr verzehren, die samt und sonders importiert werden müssen. Hier wiederum ergibt sich das Problem, daß der gemeinschaftliche Außenhandel nicht eindeutig erfasst werden kann, weil im EG-Zolltarif Zubeihrungen von Froschschmelz und Schmelzen nicht einzeln, sondern mit anderen Posten unter den gleichen Zollpositionen zusammengefaßt werden. Man vermutet, daß von den nach Frankreich importierten 5000 Tonne Froschschmelz 4000 Tonne aus Froschschmelz (vorwiegend eingeführt aus Südostasien) und 1000 Tonne aus lebendigen Froschen (von Balkan) stammen. Auf Einfuhrzölle will die EG allerdings weder für Schmelz noch für Zubereitungen verzichten.

Zuviel Stahl in USA

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Nicht überrascht, weil unausweichlich, hat die Entscheidung des größten amerikanischen Stahlkonzerns, der United States Steel Corp. mit Sitz in Pittsburgh, 17 Prozent der Produktionskapazität stillzulegen. Von Kalifornien bis Pennsylvania werden sechs größere Werke geschlossen und weitere 24 Anlagen einer kostensparenden Schließung unterworfen. Vernichtet werden mehr als 15 000 Arbeitsplätze.

Was sich in der US-Stahlbranche abspielt, ist eine Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses, der 1968 mit ersten Fusionen begann und sich von 1974 an erheblich beschleunigte. Seitdem sind über 200 Betriebe, darunter zwei Dutzend integrierte Stahlwerke, dichtgemacht worden. Allein seit 1978 wurden die Kapazitäten um zehn Prozent abgebaut. Eine gleich hohe Reduzierung wird bis 1988 erwartet.

Wie in der EG, wo die Zahl der Stahlarbeiter von 1974 bis 1983 von 800 000 auf 500 000 und die Stahlherzeugung von 115 auf 98 Millionen Tonnen gesunken ist, hinterläßt der Rückgang des früher so mächtigen Industriezweiges auch in den Vereinigten Staaten tiefe Spuren. In der gleichen Zeitspanne verringerte sich die Beschäftigung von 512 000 auf 248 000, die Rohstahlproduktion von 136 auf rund 83 Millionen Tonnen. In den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug die durchschnittliche Kapazitätsauslastung 55,4 (1982: 48,4) Prozent.

Es ist das zweite Mal, daß U.S. Steel in wenigen Jahren Ballast abwirft. Von allen Unternehmen befindet sich der Marktführer in der schwierigsten Lage, weil er die meisten verarbeiteten Werke und Anlagen besitzt. Bei jeder Tonne verkauften Stahls verliert der Konzern 92 Dollar.

Der nächste große "Kill" findet statt, wenn das US-Justizministerium und die Aktionäre in Kürze den Zusammenschluß von Republic Steel und Jones & Laughlin (LTV) genehmigen, was als sicher gilt. Verkäufe will National Steel das erst 1976 für 60 Millionen Dollar in Liberty, Texas, errichtete und kürzlich stillgelegte Röhrenwerk. Ein Erwerber ist jedoch nicht in Sicht.

Die Geschäftsleitung in Pittsburgh hat zwei Gründe für die scharfen Kapazitätskürzungen genannt: "Subven-

tionierte" Stahlimporte und zu hohe Arbeitskosten. Der letztere Faktor hat zweifellos die größere Relevanz, da die Löhne und Nebenkosten hauptsächlich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in vielen Werken verursacht haben. Zu Betriebschließungen kommt es dort, wo sich die Belegschaft weigert, Lohnzuwächse zu akzeptieren, die den in Birmingham, Alabama, beugten sich die Arbeiter den ökonomischen Zwängen. Hier werden die Anlagen auf den neuesten Stand gebracht.

Verglichen mit der EG ist die Parallelität der Probleme verblüffend: In den USA stehen die Stahlwerke zusammen mit den Automobilarbeitern seit 40 Jahren an der Spitze der nationalen Lohnkämpfe. Die Arbeitskosten je Stunde reichen an 25 Dollar heran; davon entfallen acht Dollar auf Nebenkosten. Für die Unternehmen unerschwinglich geworden ist die von der Gewerkschaft über die Jahre durchgesetzte Einkommenssicherung. Eine Aufstellung des US-Stahlinstituts zeigt, daß ein arbeitsloser Stahlwerker in Pennsylvania 123 Prozent des Durchschnittslohnes in der amerikanischen verarbeitenden Industrie erhält, für ein Jobwechsel also kein Anreiz besteht.

In den USA zahlen die Stahlfirmen Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, so daß die Leistungen nach Steuern 81 Prozent des letzten Lohnes ausmachen. Der Arbeitgeber trägt überdies alle Krankheitskosten, einschließlich Familie. Bei Arbeitsplatzverlust wird die ungekürzte Betriebspension um monatlich 400 Dollar aufgestockt, bis der Empfänger 62 Jahre alt ist und Sozialversicherungsrente beanspruchen kann. In Amerika Stahlbetriebe kann sich ein 42 Jahre alter Arbeiter mit einer garantierten Betriebsrente zur Ruhe setzen, wenn er mit 18 seinen Job begonnen hat.

U.S. Steel, die noch 1983 rund 1,2 Milliarden Dollar abschreibt, verspricht sich von den Kapazitätskürzungen jährliche Einsparungen in Höhe von 200 Millionen Dollar. Näher rückt damit die Erreichung der Gewinnsschwelle bei einer Auslastung von 50 Prozent. Der Konzern steigt aus, wo die Kosten am höchsten sind: bei Formstahl und Draht. Er konzentriert sich künftig auf Qualitätsstähle, zum Beispiel für die Autoindustrie.

EIGENKAPITAL / Maßnahmenkatalog des Bundeswirtschaftsministeriums

Bonn will Rahmenbedingungen für die Selbstfinanzierung verbessern

HEINZ HECK, Bonn
In einem umfangreichen Maßnahmenkatalog hat das Bundeswirtschaftsministerium jetzt erläutert, wie dem starken Rückgang der Eigenkapitalquote (von 1965 bis 1982 von 29,8 auf 18,5 Prozent) Einhalt geboten werden könnte. In dieser Zeitspanne ist die Investitionsquote sogar von 8,8 auf 2,9 Prozent zurückgegangen. Mit dieser ungünstigeren Eigenkapitalausstattung seien die Unternehmen heute weniger in der Lage, konjunkturellen Schwankungen wirkungsvoll zu begegnen.

Durch eine Stärkung der Selbstfinanzierung der Unternehmen wie durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Risikokapital auf dem Kapitalmarkt sollte die Bildung von Eigenkapital gefördert werden. An die Einführung neuer Subventionen ist dagegen nicht gedacht. Aus der Fülle der Maßnahmenvorschläge sind die folgenden herausgegriffen:

Absolute Priorität vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muß die beabsichtigte Tarifreform der Lohn- und Einkommensteuer behalten, heißt es. Dadurch werde auch die Ertragskraft der Unternehmen gestärkt.

An der Vermögenspolitik komme erhebliche Bedeutung zu. Allerdings habe die staatliche Förderung nur zu zwei Prozent Anlagen in Risikokapital erzielt.

Zwar trage die Wirtschaft selbst die Hauptverantwortung für die Beschaffung aus dem Risikokapital von außen. Doch müsse der Staat durch Abbau rechtlicher Hemmnisse zum Beispiel auf steuer- und kapitalmarktpolitischem Gebiet flankierend eingreifen.

dehnung der Quellenbesteuerung auf Zinseinkünfte sei jedoch "problematisch". Um die steuerliche Hemmschwelle gegenüber Dividendeneinkünften wirksamer abzubauen, sollte für Kleinanleger das "lästige" Anrechnungsverfahren vereinfacht werden (Nichtveranlagungsbescheinigung).

Die bereits eingeleitete schrittweise Beseitigung der vermögenssteuerlichen Doppelbelastung bei Kapitalgesellschaften sollte "möglichst fortgesetzt werden" (Volumen der Doppelbelastung auf der Ebene der Anteilinhaber etwa 200 Millionen Mark).

Das Eigenkapital benachteiligende Differenzierungen ergäben sich zum Teil aus dem Steuersystem selbst, zum Beispiel Abzugsfähigkeit der Fremdfinanzierungskosten oder unterschiedliche Besteuerung der verschiedenen Gesellschaftsformen. Insofern sind Änderungen auf absehbare Zeit ausgeschlossen, heißt es. Besondere Diskriminierungen werden in der speziellen Belastung der Kapitalgesellschaften durch die Kapitalverkehrssteuern gesehen, also die Gesellschaftsteuer (1983: 340 Millionen) und Körperschaftsteuer (210 Millionen).

Eine weitere Diskriminierung des Eigenkapitals ist die Begünstigung der Fremdfinanzierung bei der Gewerbesteuer (Zurechnung der Dauerschulden und Zurechnungsdarlehens ab 1984 nur noch zu 50 Prozent). Eine Gleichstellung der Eigenkapitalfinanzierung sei zu prüfen.

HYPOTHEKENBANKEN

Zur Jahreswende ein Bild mit großen Zinshoffnungen

HEINZ HECK, Bonn
Zur Jahreswende zeichnet der Verband Deutscher Hypothekenbanken ein Bild mit "großen Zinshoffnungen". Er erwartet eine Stabilisierung des Kapitalmarktzinses bei etwa acht Prozent, der langfristige Kredit zu einem Zinssatz um achteinhalb Prozent ermögele. "Dieser Zins läge unter dem langjährigen Durchschnitt, so daß ihn sich die Kreditnehmer möglichst langfristig sichern sollten", rät der Verband.

Für seine Zukunftsführer eine Reihe von Argumenten ins Feld:

- Die staatliche Kreditaufnahme in der Bundesrepublik, die bereits 1983 mit zusammen 61 Milliarden Mark (Bund, Länder und Gemeinden) geringer ausgefallen sei als geplant, werde 1984 etwa 54 Milliarden Mark betragen.
- Die Preissteigerungsrate für die

allgemeine Lebenshaltung habe zuletzt 2,6 Prozent betragen - mit der Folge, daß der Realzins mit fast sechs Prozent so ungewöhnlich groß war, daß vermünftigerweise nur mit einer Verringerung gerechnet werden sollte.

Zwar würden die USA auch 1984 durch ihr Budgetdefizit "eine unwillkommene Nachfrage nach internem Kapital ausüben". Doch werde der wirtschaftliche Erholungsprozeß in der Bundesrepublik und den meisten anderen Industrieländern die Abhängigkeit von der amerikanischen Zinsentwicklung verringern und wahrscheinlich auch zu einer allmählichen Stärkung der D-Mark an den Devisenmärkten führen.

Auch die Überschuldung einiger Schwellenländer sei durch internationale Finanzierungsaktionen weitgehend unter Kontrolle.

NEUVERSCHULDUNG

Union: Nachtragshaushalt wird nicht erforderlich sein

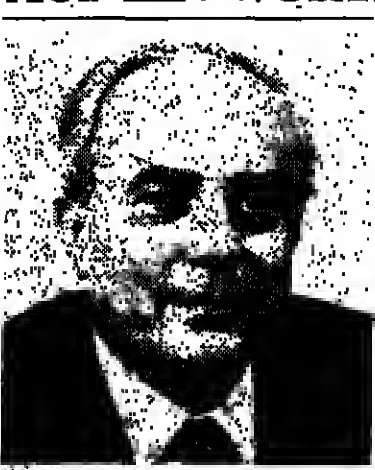
HEINZ HECK, Bonn
1985 soll die Neuverschuldung des Bundes die 30-Milliarden-Marke "deutlich unterschreiten". Das erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Bonner Unionsfraktion, Manfred Carstens (Emske), in einer Bilanz der Bundesfinanzen zum Jahreswechsel. Bereits jetzt wagt er die Prognose, daß 1984 - wie im Vorjahr - kein Nachtragshaushalt erforderlich sei. Denn bei wichtigen Ansätzen wie etwa der Arbeitslosenversicherung sei mehr in den Etat eingestellt worden als für notwendig gehalten werde. Carstens sprach sich dafür aus, durch Kürzungen bei den laufenden Ausgaben die Mittel ebenso wie mögliche Mehreinnahmen bei Steuern oder dem Bundesbankgewinn zur Verringerung der Neuverschuldung zu verwenden. "Ein Defizit von nur noch wenig mehr als 30 Milliarden Mark sollte dann bei günstiger Entwick-

lung am Jahresende 1984 möglich sein." Der 1984 Etat erlaubt eine Neuverschuldung von 33,6 Milliarden.

Auch 1985 soll die Ausgabensteigerung nicht wesentlich höher ausfallen als 1984 (1,6 Prozent). Dabei räumt Carstens ein, daß erhöhte Mittelanforderungen zum Beispiel durch die Erhöhung des Wehrsoldes ebenso wie die durch Karlsruhe Urteil gebotene Neuregelung der Besteuerung der Alleinerziehenden "unumgänglich" seien.

1985 könnte im übrigen die Haushaltskonsolidierung "ohne gravierende zusätzliche gesellschaftliche Einschränkungen erreicht werden", da die beiden Sparpakete aus den letzten Haushaltsjahren über 1984 hinaus wirken. Handlungsbedarf sieht Carstens vor allem bei der Überprüfung der Mischfinanzierungen und dem Subventionsabbau, der "noch nicht zu friedensstiftend vorangekommen ist".

AUF EIN WORT



Bis Ende dieses Jahrhunderts werden 70 Prozent aller Beschäftigten mit Informations-technologie an ihrem Arbeitsplatz in Berührung kommen und deshalb ein Grundwissen auf diesem Gebiet benötigen. Das staatliche Bildungswesen aber zeigt bisher kaum Ansätze, der breiten Bevölkerung den Zugang zu dieser Technologie zu vermitteln.

Lothar F. W. Spangberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Milchproduktion weiter gestiegen

AP, Bonn
Die Milchherzeugung in der Bundesrepublik ist 1983 trotz schlechter Futterversorgung noch schneller gestiegen als in den Jahren zuvor. Wie die Zentrale Marktberichterstattung (ZMB) in Bonn gestern mitteilte, verarbeiteten die Molkebetriebe im vergangenen Jahr 25,3 Millionen Tonnen Milch. Dies sind 1,5 Tonne oder 6,4 Prozent mehr als 1982. Ursache dieser Entwicklung sei eine Zunahme des Milchviehbestandes um 3,2 Prozent auf 6,6 Millionen Kühe und eine Steigerung der Milchleistung pro Kuh um rund drei Prozent auf knapp 4800 Kilogramm im Jahr, erklärte die ZMB.

VOLKSWAGEN / Hohe Verluste der Töchter in Brasilien, Argentinien und Mexiko

Lateinamerika bleibt wichtiger Markt

dpa/VWD, Wolfsburg
Die wirtschaftliche Situation in Lateinamerika ist für den Volkswagen-Konzern eine erhebliche Belastung. Die Verluste der VW-Tochtergesellschaften in Brasilien, Argentinien und Mexiko werden zusammengekommen bei nahezu 500 Millionen Mark liegen. Sie sind damit der Hauptgrund für die Verluste des Konzerns, die nach Angaben des VW-Chefs, C. H. Hahn, 1983 etwa 300 Millionen Mark betragen werden.

VW ist unter allen in Lateinamerika tätigen Autoherstellern als weitaus größter Anbieter am stärksten von der Wirtschaftsmisere betroffen. Während VW do Brasil in guten Jahren über 500 000 Wagen absetzen konnte, dürften es 1983 nur knapp über 300 000 Stück sein. Dennoch liegt der VW-Marktanteil in Brasilien immer noch bei 42 Prozent. In den Glanzjahren waren es allerdings fast 50 Prozent.

In Mexiko haben sich die Auslieferungen in den ersten elf Monaten 1983 mit rund 64 000 Wagen verglichen mit früheren Jahren nahezu halbiert. In Argentinien erzielte VW dagegen einen leichten Absatzzuwachs, wobei jedoch die Auslieferungen mit weniger als 20 000 Fahrzeugen 1983 auf vergleichsweise niedrigem Niveau liegen.

Die Bedeutung des Absatzgebiets Lateinamerika für VW wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß in diesen Ländern rund 20 Prozent des gesamten Fahrzeugabsatzes des Konzerns getätigt wird. In Lateinamerika arbeiten bei den VW-Betrieben insgesamt über 50 000 Mitarbeiter. Trotz aller Schwierigkeiten soll VW jedoch an diesen Traditionsmärkten festhalten, denn - so Hahn - "wir glauben wieder an bessere Zeiten, wenn auch der Gesundungsprozeß wegen des hohen Substanzverlustes dieser Länder mindestens fünf Jahre dauern dürfte".

Trotz der gegenwärtigen Anspannungen in Lateinamerika denkt VW weltweit weiter an die Erschließung neuer Märkte. Das klassische Beispiel ist Japan, wo nach langer Anlaufzeit jetzt die Zusammenarbeit mit Nissan begonnen hat. Die Markteinführung des von Nissan gebauten VW-Modells "Santana" ist für das Frühjahr geplant. VW rechnet laut Vertriebschef W. P. Schmidt schon für das Jahr 1984 mit Verkäufen von 30 000 bis 35 000 Wagen. Die Produktion - später rund 60 000 Einheiten - soll zu einem Gutteil exportiert werden.

Daneben baut VW die Zusammenarbeit mit dem langjährigen VW/Audi-Importeur Yanase weiter aus. Über Yanase wurden 1983 insgesamt rund 15 000 VW/Audi-Fahrzeuge in Japan abgesetzt. Mittelfristig soll das jährliche Verkaufsvolumen der Fahrzeugimporte auf 25 000 Fahrzeuge gesteigert werden.

AKTIENMARKT

Die Börse begann das neue Jahr in Champagnerlaune

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Diesem Jahr geht der Ruf voraus, abermals ein "Jahr der Aktie" zu werden. Dem machte die Börse gestern in Champagnerlaune alle Ehre. Die Kurse marktbreiter Publikumsaktien stiegen auf breiter Front bis um fünf Mark, vielfach sogar bis um zehn Mark und mehr. Der Aktienindex der WELT zog von 152,6 auf 154,5 Punkte (21. 12. 1983-100) an und gewann auf diesem neuen absoluten Höchststand gestern 1 1/4 Prozent.

Das Aktiengeschäft war in der ersten Börsenstunde außerordentlich lebhaft. Die feste Tendenz wurde für um so bemerkenswerter gehalten, als ausländische Anleger feiertagsbedingt kaum am Markt erschienen. Die Nachfrage stammte zu einem erheblichen Teil von inländischen institutionellen Anlegern, vornehmlich aus der Versicherungswirtschaft, die jetzt über die reichlich fließenden Prämieinnahmen disponiert. Die Massierung der Nachfrage am ersten Börsentag des neuen Jahres führte man auf die weitgehende Computerisierung des institutionellen Geschäfts zurück, die für eine schärfere Abgrenzung von Transaktionen zwischen dem alten und neuen Jahr sowie und damit Vorkäufen für "neue Rechnung" entgegenwirken habe.

Die Aktienbörse erhielt gestern auch von der technischen Seite Auftrieb. Verkaufslimits für den Januar seien vielfach noch nicht erneuert worden, hieß es auf dem Parkett. Man schloß nicht aus, daß die gestri-

gen Kurssteigerungen in den nächsten Tagen zu verstärkten Gewinnrealisationen antrieben. Auch wurde darauf hingewiesen, daß in Großbritannien, von wo während der letzten Zeit einiges Angebot an den Markt kam, gestern Feiertag war.

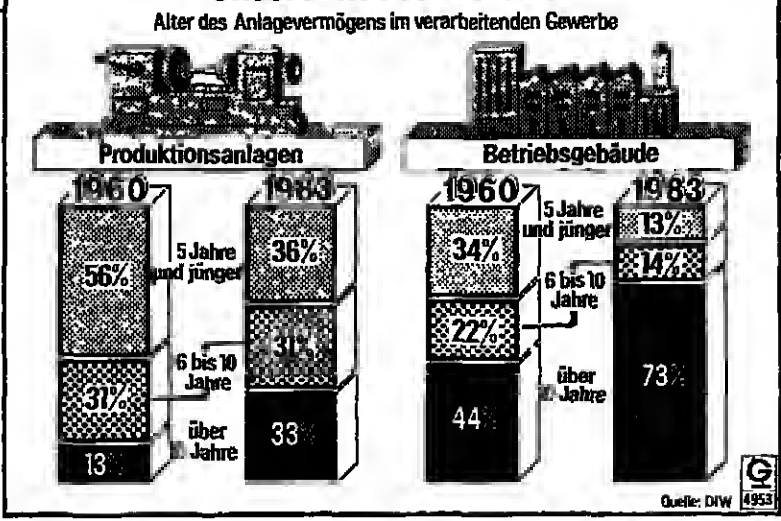
Die während der Börsensitzung eingetretene Geschäftserholung wurde allerdings als Zeichen dafür gewertet, daß sich am Markt noch keine Euphorie breitgemacht habe, die eine Rückschlagsgefahr in sich birge. Die Tageshöchstkurse wurden in der zweiten Börsenstunde vielfach bis um eine Mark unterschritten.

Zu den Spitzenreitern der Börse gehörte die Aktie der Deutschen Bank, die um 3,2 Prozent ihres Kurswertes von 338,30 auf 349 DM kletterte sowie Allianz Versicherung (827 nach 798 DM). Mit diesem Gewinn von vier Prozent honorierte der Markt den gewinnträchtigen Verkauf der Eagle-Star-Beteiligung. Zu den Rennern des Tages gehörten auch Conti-Gummi (plus 4,3 Prozent), die von der Ausgabe der Optionsanleihe profitierte. Von der allgemeinen Aufwärtsbewegung wurden Veba auf 169,50 DM (plus 2 DM) mitgezogen, obwohl man es für möglich hält, daß der Kurs wegen der bevorstehenden Privatisierungsaktion "angehalten" wird.

Von seiner freundlichen Seite zeigte sich auch der Rentenmarkt, der von der Wiederaufnahme von Mitteln zum großen Kupontermin profitierte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Unsere Industrie altert



Die Industrie in der Bundesrepublik Deutschland zeigt Altersschwäche. Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Danach hat sich der Altersaufbau des industriellen Anlagevermögens in den letzten 23 Jahren deutlich verschlechtert. Der Grund ist das Nachlassen der Investitionstätigkeit vor allem in den letzten Jahren.

DIHT fordert Reform des europäischen Regionalfonds

Bonn (dpa/VWD) - Eine Obergrenze für die garantierten Ausgaben aus dem EG-Agrarfonds sollte künftig verhindern, daß mehr als vier Fünftel der europäischen Agrarmittel in die reichen EG-Nordländer fließen. Der Deutsche Industrie- und Handelsverband (DIHT) schlägt in seinen gestern bekanntgegebenen "DIHT-Leitsätzen zur raumwirksamen Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft" vor, das dadurch eingesparte Geld zur Verbesserung der Agrarstruktur in den ärmeren Südstaaten und für den europäischen Regionalfonds einzusetzen. Für den Regionalfonds fordert der DIHT den Übergang zum Nettoprinzip, nach dem nur noch Notstandszuschüsse europäischer Bedeutung konzentriert gefördert werden sollen. An den Länderquoten solle festgehalten werden und die Programmfinanzierung verknüpft werden. Im Hinblick auf die geplante zusätzliche Förderung der EG-Mittelmeerländer fordert der DIHT ein zinsgünstiges Kreditprogramm nach dem Vorbild des Marshall-Plans als eine sinnvollere Entwicklungshilfe für diese Regionen.

Kernenergie bremst Preise

Bonn (HR) - Durch den verstärkten Einsatz der Kernenergie und die Preisberuhigung für Energierohstoffe wurden auch die Strompreise gebremst: Im September 1983 lagen sie im Durchschnitt der Bundesrepublik rund vier (September 1982/83: sieben) Prozent höher als im September 1982. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) weiter schreibt, stiegen sie damit etwas stärker als die Lebenshaltungskosten mit drei (fünf) Prozent. Die Bayernwerk AG, der größte Stromversorger Bayerns, werde 1984 die Preise nicht erhöhen. Durch die neue Anlage Grafenrheinfeld (seit Mitte 1982 am Netz) sei der Anteil der Kernenergie bei dem Unternehmen von rund zehn auf über 40 Prozent gestiegen. Kostendruck erwartet die VDEW vom Umweltschutz allein durch die Entschärfung der Rauchgase bis zu drei Pfennig je Kilowattstunde.

Erstmal Gas aus Sibirien

Essen (AP) - Das erste für Westeuropa bestimmte sowjetische Erdgas aus der neugebauten Sibirien-Pipeline ist am Wochenende am deutsch-sowjetischen Grenzübergang bei Waldhaus eingetroffen. Wie ein Sprecher der Ruhrgas AG gestern mitteilte,

DIHT fordert Reform des europäischen Regionalfonds

Bonn (dpa/VWD) - Eine Obergrenze für die garantierten Ausgaben aus dem EG-Agrarfonds sollte künftig verhindern, daß mehr als vier Fünftel der europäischen Agrarmittel in die reichen EG-Nordländer fließen. Der Deutsche Industrie- und Handelsverband (DIHT) schlägt in seinen gestern bekanntgegebenen "DIHT-Leitsätzen zur raumwirksamen Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft" vor, das dadurch eingesparte Geld zur Verbesserung der Agrarstruktur in den ärmeren Südstaaten und für den europäischen Regionalfonds einzusetzen. Für den Regionalfonds fordert der DIHT den Übergang zum Nettoprinzip, nach dem nur noch Notstandszuschüsse europäischer Bedeutung konzentriert gefördert werden sollen. An den Länderquoten solle festgehalten werden und die Programmfinanzierung verknüpft werden. Im Hinblick auf die geplante zusätzliche Förderung der EG-Mittelmeerländer fordert der DIHT ein zinsgünstiges Kreditprogramm nach dem Vorbild des Marshall-Plans als eine sinnvollere Entwicklungshilfe für diese Regionen.

Kernenergie bremst Preise

Bonn (HR) - Durch den verstärkten Einsatz der Kernenergie und die Preisberuhigung für Energierohstoffe wurden auch die Strompreise gebremst: Im September 1983 lagen sie im Durchschnitt der Bundesrepublik rund vier (September 1982/83: sieben) Prozent höher als im September 1982. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) weiter schreibt, stiegen sie damit etwas stärker als die Lebenshaltungskosten mit drei (fünf) Prozent. Die Bayernwerk AG, der größte Stromversorger Bayerns, werde 1984 die Preise nicht erhöhen. Durch die neue Anlage Grafenrheinfeld (seit Mitte 1982 am Netz) sei der Anteil der Kernenergie bei dem Unternehmen von rund zehn auf über 40 Prozent gestiegen. Kostendruck erwartet die VDEW vom Umweltschutz allein durch die Entschärfung der Rauchgase bis zu drei Pfennig je Kilowattstunde.

Erstmal Gas aus Sibirien

Essen (AP) - Das erste für Westeuropa bestimmte sowjetische Erdgas aus der neugebauten Sibirien-Pipeline ist am Wochenende am deutsch-sowjetischen Grenzübergang bei Waldhaus eingetroffen. Wie ein Sprecher der Ruhrgas AG gestern mitteilte,

MAXHÜTTE

Streit zwischen Lambsdorff und Strauß über Hilfen

tr, Bonn
Zwischen der bayerischen Landesregierung und dem Bundeswirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, ist es zu einem Streit über Finanzhilfen für das Stahlunternehmen Maxhütte gekommen. In einem an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gerichteten Fernschreiben Lambsdorffs, das bekannt wurde, äußert der Minister sich befremdet über die von Strauß geäußerte Darstellung, in der der Eindruck hervorgerufen werde, daß das Wirtschaftsministerium derzeit Strukturbeihilfen für die Maxhütte nicht bewilligen könne.

Strauß hatte in einem Fernschreiben vom 28. Dezember an Bundeskanzler Helmut Kohl eine rasche Auszahlung von Strukturhilfen an die Maxhütte "dringlich" angefordert. Dabei hatte der bayerische Ministerpräsident kritisiert, daß der

Bund "noch keine einzige Mark" bereitgestellt habe, während andererseits die Staatsregierung schon erhebliche Vorleistungen erbracht habe.

Lambsdorff unterstrich in seinem Schreiben an Strauß nun, daß bereits seit Wochen "intensive auf schnelle Entscheidungen gerichtete Beratungen" zwischen Bundes-, Landes-, Treuarbeit- und Unternehmensvertretern stattfänden.

Auch die Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministeriums hätten jüngst bestätigt, daß auch sie noch eine Klärung einzelner offener Fragen vor einer Entscheidung für notwendig halten. Daher habe er, Lambsdorff, dem bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann, ein "unverzügliches Gespräch" über die Maxhütte angeboten. Von Jaumann sei als Termin der 19. Januar vorgeschlagen worden.

UDSSR

Reformen eingeleitet

In der Sowjetunion sind zu Beginn des Jahres Wirtschaftsreformen in Kraft getreten, wozu unter anderem die Einführung produktivitätsorientierter Löhne in einigen Sektoren zählt. Mit diesen Maßnahmen hofft die Führung des Landes unter Staats- und Parteichef Jurij Andropow, Mängel in der Wirtschaft des Landes abzustellen. Zunächst betroffen von den Änderungen sind allerdings lediglich die Maschinenbau- und die elektrotechnische Industrie sowie einige regionale Betriebe in anderen Bereichen.

Die einzelnen Maßnahmen wurden nun in der Zeitung „Sotsialisticheskaja“ veröffentlicht. Der stellvertretende Minister für den Schwermaschinenbau, Boris Kulik, nannte in einem Bericht die Erhöhung der Effizienz als Ziel der Änderungen. Verstärktes Gewicht soll danach auf materielle Anreiz- und Bestrafungsmaßnahmen gelegt werden. Die Mittelvergabe an einzelne Firmen wird sich nun an dem Produktionsvolumen orientieren. Wenn Einsparungen bei diesen erzielt werden, dann können sie als „Topf“ für Lohn- und Gehaltssteigerungen verwendet werden.

Staatspapiere an die Zentralbank

SAD, Madrid
Die spanische Zentralbank hat für Staatsverschreibungen im Wert von umgerechnet 12 Milliarden DM, die im vergangenen Jahr nicht abgesetzt werden konnten, einen Zinssatz von 15,8 Prozent festgesetzt. Sie begründet dies mit ihrem schlechten Jahresergebnis 1983, Resultat einer Politik der Stärkung des Staatshaushalts und des Bankwesens. Da die spanischen Privatbanken zur Übernahme wenigstens von Teilen der Staatsverschreibungen gezwungen werden können, empfiehlt der Bankenverband zur Weitergabe der Staatspapiere einen Zinssatz von 16,10 Prozent. Die Maßnahme soll vor allem der Deckung des defizitären Staatshaushalts dienen. Bankenkreise rechnen damit, daß ein Teil der Finanzierung in den nächsten Monaten unter anderem über eine Erhöhung der Mindestreserven auf sie abgewälzt wird. Eine weitere Erhöhung der Zinssätze der Banken und in deren Folge eine zusätzliche Geldverknappung wird als sicher angenommen. Die Zinsen für die Privatwirtschaft betragen zur Zeit zwischen 20 Prozent und 23 Prozent.

NAMEN

Jochen Petermann, Leiter der Auslandskreditabteilung der Norddeutschen Landesbank, ist mit der Geschäftsleitung der Luxemburger Tochter der Nord LB betraut worden. Dr. Peter Järr ist ab 1. Januar 1984 als Partner in die John Stark & Partners, Frankfurt, eingetreten. Eugen Kromen, bis zum 31. Dezember 1983 Geschäftsführer der FA Management Consultants GmbH, Frankfurt, ist per 1. Januar 1984 als Gesellschafter der intra-Unternehmensberatungsgesellschaft, Düsseldorf, beigetreten. Günter F. Kelm und Wolfgang Zander wurden von bisher stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Adt GmbH, Frankfurt, bestellt. Vorstandsmitglied Horst Stäbter wurde zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes benannt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld/Leine: Nachl. d. Elisabeth Winkelmann geb. Hopp; Aschaffenburg: Wolf & Boss GmbH; Dackel-Sand, Mainz: Hoff, Augsburg; Theodor David; Betdorf: FWO-Holz GmbH; Katzwinkel: Detmold: Horst Burmann Beuges, mbH; Schödel-Schwanberg, Dornum: Autoklaus Filzschneide, mbH & Co.; Düsseldorf: Eduard Bartlomej; Bodo Edmund Schön, Ingenieur; ROVI Grundbesitz GmbH; Elmhorn: Nachl. d. Hannelore Brigitte Seidel geb. Unruh; Essen: Heide Rölling, mbH; Eisen: Frankfurter/M. Klaus-Dietrich Nickel; Herber Wöhleben GmbH; Hamburg: Handelsbes. Brokterkall GmbH; Nachl. d. Friedrich Ernst Georg Martin Friemann; Hannover: Modellbauer Wolfgang Eisen; Herford: Heinrich Blomeyer GmbH & Co. KG, Bau-Unternehmung; Spengler, Hof: Nachl. d. Oskar Rudolf Ziegler; Osnabrück: H. Busmann; Kurbelhof: St. Peter GmbH & Co. KG, St. Peter-Ording; Kurhotel St. Peter GmbH, St. Peter-Ording; Langerhaken: Johann Laub, Vierzehn; Malzer-Male-Sandtler Sen GmbH; Gau-Algesheim: Rudolf Rauth Baumunternehmung GmbH & Co., Hoch-u. Tiefbau KG, Schwabenheim; Neustadt/Westf.: a) Hugo Willem GmbH & Co. KG, b) Willem u. Ortel Verwaltungen GmbH; a) Imberg Verwaltungen GmbH, b) Imberg GmbH & Co. KG, Betonwerk Ramstein; Northeim: Manfred Grottkie GmbH; Osnabrück: Commaßbau GmbH; Ravensburg: Hans Kessler, Holzentwerfer-Eisenkott, Inh. d. Baugeschäfts Hans Kessler; Rheine: KG 1, Wilhelm Rühwinkel u. Co., Neuenkirchen; Stuttgart-Bad Cannstatt: Digital Technik Elektronik GmbH; Taubertal: Seifert; Ingolstadt: Königshof, Landau-Königsheide; Traunstein: Inge Gaidig, Gastwirtin; Kammereis: Bad Reichenhain; Wiesbaden/Lahn: Borch Vertriebs GmbH; Sevetal 11; Würzburg: Gebr. Hofmann. Anschluss-Konkurs eröffnet: Paderborn: Richard Bölling, Böckmermeister. Vergleich beantragt: Alfeld/Leine: Küchen-Öst. Groß- u. Einzelhandel, K. Küchen u. Elektrogeräte, Inh. Kaufmann Oskar Ost; Celle: Petra-Mold, Inh. Petra Adam, Lechendorf; Duisburg: Karl Heinrich Meyer, Mühlheim/Ruhr; Herta Meyer, Mühlheim/Ruhr; Lampertshaus: Günderoth GmbH; Sigmund; Karl Keller Münchener GmbH & Co. KG, Engen/Hoggen; Wuppertal: UNIPOR Engen-Fleim GmbH & Co. KG; UNIPOR Verwaltungen GmbH.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG / Das Handwerk warnt die Tarifpartner vor Lösungen, die keine sind

Modelle zum Nulltarif kann es nicht geben

Von PAUL SCHNITTKER

Handwerk – das ist menschlich, das ist praktisch und lebensnah. Handwerksbetriebe arbeiten kundennah, flexibel, individuell. Das ist ihre Stärke – da liegen ihre Chancen. Hier dient die Maschine noch dem Menschen und nicht der Mensch der Maschine. Wenn den Handwerksbetrieben diese Beweglichkeit nicht genommen wird, dann sind sogar noch Beschäftigungsreserven mobilisierbar. Was wir deshalb brauchen, ist eine politische Grundausrichtung, gerade auch der Mittelstandspolitik, die den Grundsatz „Soviet Freiheit, Eigenverantwortung und Beweglichkeit wie möglich“ wieder zur geistigen Idee der Wirtschaftspolitik macht und sich an dieser freiheitlichen Leitlinie auch konsequent orientiert. Auf jeden Fall muß erreicht werden, daß unsere Betriebe wieder Kapital bilden können.

Man muß wissen: In einer freien Marktwirtschaft entsteht ein Arbeitsplatz nur dann, wenn ein Betrieb gegründet wird und Mitarbeiter eingestellt werden – oder ein bestehendes Unternehmen seine Produktion erweitert. Voraussetzung dafür sind private Investitionen. Vor allem aus den produktiven Privatinvestitionen entstehen neue Arbeitsplätze. Sie kann es nur in gesunden Unternehmen geben. Nur so kann Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Die soziale Ausstattung finanziert und der soziale Frieden gesichert werden. Das würde helfen – ganz anders als die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit.

Für das deutsche Handwerk steht fest: Durch Arbeitszeitverkürzung entsteht in den Handwerksbetrieben kein einziger neuer Arbeitsplatz. Handwerksmeister müssen rechnen, müssen kalkulieren. Und die Rechnung, die da aufgemacht werden muß, geht einfach nicht auf. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung entspricht einem Lohnkostenanstieg von 2,6 Prozent. Hinzu kommen die zusätzlichen Kapitalkosten, verursacht durch Unterhaltung der Geräte, Anlagen und Maschinen in Höhe von 0,7 bis 1,5 Prozent. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung bedeutet damit Kostensteigerungen in der Größenordnung zwischen 3,3 bis 4,1 Prozent. Wie absurd die Forderung nach der 35-Stunden-Woche tatsächlich ist, wird daran deutlich, daß die hierdurch entstehenden Kosten nahezu genau so hoch wären wie die Aufstockung des bezahlten Jahreslohns von 30 Urlaubstagen auf etwa 60 Urlaubstage! Es gibt gar keinen Zweifel: Die 35-Stunden-Woche ist die teuerste Variante der Arbeitszeitverkürzung.

Für die Zuverlässigen und Fleißigen in den kleinen und mittleren Be-

trieben des Handwerks, für die Selbständigen und ihre tüchtigen Mitarbeiter würde jede Stunde Arbeitszeitverkürzung unvermeidlich neue Belastungen bedeuten, um die durch die Arbeitszeitverkürzung entstandenen Lücken und Löcher zu schließen und die entfallenden Stunden aufzuarbeiten.

Auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist eine teure Form der Arbeitsplatzbeschaffung. Sie führt nicht nur zu einer Erhöhung der direkten Belastungen bei Staat und Betrieb, sie erhöht auch die Rentenansprüche und belastet den Sozialetat. Denn eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zum Nulltarif gibt es nicht. Alle bisher vorliegenden Modelle zur Absenkung der flexiblen Altersgrenze sind mit der Einführung einer kostenwirksamen Tarifierung gekoppelt. Ebenso wie bei der 35-Stunden-Woche sind die Unternehmen nicht in der Lage, diese Kosten eines vorzeitigen Ruhestandes zu finanzieren. Da zu kommt: Insbesondere mittelständische Betriebe sind auf die Qualifikation und Berufserfahrung ihrer älteren Mitarbeiter angewiesen. Soweit ihnen die Berufsbildung überlassen ist, sind sie sogar unentbehrlich. Daß die ältere Generation abverlangt Opfer überhaupt der jüngeren Generation durch eine Zunahme von Arbeits- und Ausbildungs-

plätzen zugute kommen werden, dagegen spricht zusätzlich die Tatsache, daß diejenigen, die auf Arbeitsplätze drängen, oft jene gar nicht ersetzen können, die vorzeitig entlassen werden. Ins Gewicht fällt für das Handwerk auch, daß „Jung-Rentner“ in mannigfachen Formen zur Schwarzarbeit gezwungen werden und damit abwärts zusätzliche Arbeitsplätze wegnehmen.

Deshalb warnt das Handwerk davor, das Arbeitsvolumen künstlich zu reduzieren. Mit kollektiven Arbeitszeitverkürzungen ist niemandem gedient, weder den Arbeitnehmern im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation, noch den Betrieben, im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Staatlich verordnete, eng geschnittene Arbeitszeitkorsetts sind kein Mittel, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

In den Betrieben müssen Umsätze und Aufträge stimmen. Wir brauchen eine Stärkung der Ertragskraft und der Investitionsfähigkeit sowie eine Verbesserung der Kapitalausstattung der Betriebe. Wir brauchen aber auch eine fühlbare Senkung der Personalkosten. Solange die Lohnnebenkosten nahezu 80 Prozent ausmachen, können wir kaum damit rechnen, daß die Betriebe ihr Arbeitskräftepotenzial erhöhen. Das ist ein Appell an die Tarifpartner.

WERBUNG / In Italien sind vor allem die Einnahmen des Privatfernsehens gestiegen

Tageszeitungen wieder im Aufwind

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Werbeeinnahmen der italienischen Medien, die 1983 vor allem dank der starken Zunahme der privaten Fernsehgesellschaften real um fünf Prozent gestiegen sind, werden nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Werbeagenturen (UPA) in Mailand in den kommenden zwei Jahren real wieder zurückgehen. Verantwortlich für diese Entwicklung ist in erster Linie die private Fernsehwerbung, die in den nächsten Jahren immer deutlichere Sättigungsercheinungen zeigen wird.

An den Werbeeinnahmen war die Fernsehwerbung im Jahr 1983 mit insgesamt 43,1 Prozent beteiligt; sie wird diesen Anteil bis 1986 weiter auf 44,7 Prozent ausbauen. Diese Steigerung wird voll auf das Konto der staatlichen Fernsehgesellschaft RAI-TV (von 13,7 auf 14,7 Prozent) gehen, wogegen das private Fernsehen, das seine Quote 1983 gegenüber dem Jahr 1982 von 29,4 auf 30 Prozent

steigern konnte, bis 1986 wieder leicht auf 30 Prozent zurückstecken wird.

Die privaten italienischen Fernsehgesellschaften haben im Jahr 1983 ihre Werbeeinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 78,8 Prozent auf 775 Millionen Lire (rund 1,2 Milliarden Mark) erhöht, während die staatliche RAI-TV ihr Werbevolumen nur um 11,7 Prozent auf 361 Millionen Lire steigerte. Dank der erneuten starken Zunahme bauten die privaten Fernsehgesellschaften ihre Quote an den um 20,3 Prozent auf 2639 Millionen Lire gestiegenen gesamten italienischen Werbekuchen weiter aus, womit dieser Anteil jetzt fast doppelt so hoch ist wie vor zwei Jahren. Zum ersten Mal übertraf das private Fernsehen das staatliche Fernsehen bei den Werbeeinnahmen der Illustrierten (580 Millionen Lire, Steigerung 1 Prozent), sondern auch das Tageszeitungen (Steigerung 6,5 Prozent).

Um der im vergangenen Jahr im-

mer härter gewordenen Werbekonkurrenz ein Ende zu bereiten, haben inzwischen die Mailänder Berlusconi-Gruppe und der Verlag Mondadori eine enge Kooperation vereinbart. Die Berlusconi-Gruppe betreibt das größte italienische Privatfernsehen, Canale Cinque und Italia Uno. Der Mailänder Großverlag Mondadori besitzt den drittgrößten Privatsender.

Während die Illustrierten-Pressen, die 1981 am Werbekuchen noch mit 27,5 Prozent und 1983 mit 22 Prozent beteiligt war, auch in Zukunft weiter an Boden verlieren wird, geben Experten der Tagespresse in den kommenden Jahren wieder etwas bessere Chancen. Einer Studie des Werbeagenturen-Verbandes zufolge werden die Tageszeitungen ihr Tagesauftrag von jetzt 5 auf 6,5 Millionen verkaufte Exemplare erhöhen. Gleichzeitig wird ihr Anteil an der Werbung, der zwischen 1981 wieder auf 23,4 Prozent und 1986 weiter auf 24,8 Prozent zunehmen.

Norddeutsche Hagel: Weniger Schäden

dos, Hannover

Eine im Vergleich zum Vorjahr günstige Entwicklung verzeichnete die Norddeutsche Hagel Versicherungs-Gesellschaft a. G., Gießen, im Jahre 1983. Nach vorläufigen Angaben kam es zum Abschluß von 11 686 Neuverträgen mit einer Versicherungssumme von 214 Mill. DM. Insgesamt hält die Gesellschaft 213 727 (208 495) Verträge mit einer Summe von 4,58 (4,33) Mrd. DM; das entspricht einem Zuwachs von 5,8 Prozent. Die versicherte Fläche nahm auf 1,44 (1,41) Mill. Hektar zu. Die Zahl der Schadenmeldungen verringerte sich im Berichtsjahr auf 15 700 (21 418). Die ausbezahlte Entschädigungsleistung ging gleichzeitig auf 37,9 (52,7) Mill. DM zurück. Einen Teil der Schadenbelastung trugen die Rückversicherer. Außerdem wurden die Versicherten mit einer Nachbesserung von 25 Prozent der Beiträge zur Kasse gebeten. Die Beitragsrückvergütung erreichte 5 Prozent. Nach Angaben der Bezirksdirektion Nord wurden vor allem die Landwirte im norddeutschen Raum durch die ungewöhnlichen Witterungsbildungen in Mitleidenschaft gezogen.

Mengele: Umsatzplus bei Landmaschinen

Stw, Bonn

Von einer positiven Geschäftsentwicklung bei Landmaschinen, die sich in einem „betrübenden“ Gewinn für 1983 niederschlägt, berichtet die Karl Mengele & Söhne Maschinenfabrik und Eisengießerei GmbH & Co., Güzburg. Standbein des Unternehmens bleibt der Landmaschinensektor. Er steuerte im vergangenen Jahr 89 Prozent des auf 244 (226,1) Mill. DM gestiegenen Gesamtumsatzes der Gruppe bei. Die ausländischen Tochtergesellschaften in Österreich, Frankreich und Italien setzten 45,1 (43,5) Mill. DM um.

Bei Landmaschinen konnten nach Angaben des Unternehmens die Marktpositionen gefestigt werden. Mengele bezeichnet sich als den „größten Landmaschinenhersteller der Welt“. Der Inlandsmarktanteil liegt hier bei 36 Prozent. Im Bereich Werkzeugmaschinen, 1983 in eine eigene Firma ausgegliedert, konnte der Umsatz um ein knappes Viertel auf über 14 Mill. DM ausgeweitet werden. Einen Umsatzbeitrag in gleicher Höhe erzielte 1983 der Produktionszweig Lager- und Büro-Bereitstellungssysteme.

OECD / Banken besorgt über Verschuldungskrise

Kapitalmarkt geschrumpft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der internationale Finanz- und Kapitalmarkt ist in den letzten Monaten weiter geschrumpft. Im Dezember wurden gegenüber dem Vormonat nur noch für 5,06 (7,68) Milliarden Dollar Anleihen emittiert und für 3,8 (2,99) Milliarden Dollar Bankkredite gewährt. Mit zusammen 8,85 (10,66) Milliarden Dollar blieb man damit um 3,5 Milliarden unter dem Stand von Dezember 1983 zurück. Dies ergibt sich aus dem letzten Monatsbericht des Kapitalmarktausschusses der OECD.

Für das Gesamtjahr 1983 kommt der Ausschuss auf ein Marktvolumen von 137,32 Milliarden Dollar gegenüber 169,31 Milliarden im Vorjahr. Hauptverantwortlich für diese negative Entwicklung ist die Schrumpfung der von den Banken neu vergebenen Konsortialkredite auf 64,31 (97,66) Milliarden Dollar. Dies bedeutet den stärksten Rückgang, seitdem die OECD mit der Sammlung entsprechender Daten begonnen hat. Nach ihren Angaben kommt darin die zunehmende Besorgnis der Banken über die Verschuldungskrise zum Ausdruck. Die Banken würden deshalb zögern, ihr internationales Engagement auszuweiten. Demgegenüber ist der Gesamtbetrag der internationalen Anleihen um 3 Prozent auf 73,61 (71,65) Milliarden Dollar leicht gestiegen.

An der gesamten Mittelaufnahme waren die OECD-Länder mit 70 (68) Prozent beteiligt. Größter Kreditnehmer waren hier die USA mit 14,9 Milliarden Dollar, Frankreich mit 13,3 Milliarden, Japan mit 11,6 Milliarden, Kanada mit 8,5 und Schweden mit 6,5 Milliarden Dollar. Noch 1982 war Frankreich der größte Kreditnehmer gewesen. Seine Aufnahmen ließen vor allem im vierten Quartal 1983 nach.

Die Opeco-Länder reduzierten ihre Kreditaufnahmen um 2,2 Milliarden Dollar. Die übrigen Entwicklungsländer, zu deren Gruppe die hochverschuldeten Länder gehören, empfingen nur noch 25,5 (34,3) Milliarden. Darin sind aber 13,8 Milliarden Dollar Stundungen berücksichtigt, so daß die Aufnahme von neuen Krediten lediglich 11,7 Milliarden erreichte.

Die osteuropäischen Länder beanspruchten den internationalen Markt mit 0,9 (0,7) Milliarden Dollar etwas stärker. Sie lagen damit aber noch deutlich unter dem Stand von Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

Die Opeco-Länder reduzierten ihre Kreditaufnahmen um 2,2 Milliarden Dollar. Die übrigen Entwicklungsländer, zu deren Gruppe die hochverschuldeten Länder gehören, empfingen nur noch 25,5 (34,3) Milliarden. Darin sind aber 13,8 Milliarden Dollar Stundungen berücksichtigt, so daß die Aufnahme von neuen Krediten lediglich 11,7 Milliarden erreichte.

Die osteuropäischen Länder beanspruchten den internationalen Markt mit 0,9 (0,7) Milliarden Dollar etwas stärker. Sie lagen damit aber noch deutlich unter dem Stand von Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

Die Opeco-Länder reduzierten ihre Kreditaufnahmen um 2,2 Milliarden Dollar. Die übrigen Entwicklungsländer, zu deren Gruppe die hochverschuldeten Länder gehören, empfingen nur noch 25,5 (34,3) Milliarden. Darin sind aber 13,8 Milliarden Dollar Stundungen berücksichtigt, so daß die Aufnahme von neuen Krediten lediglich 11,7 Milliarden erreichte.

Die osteuropäischen Länder beanspruchten den internationalen Markt mit 0,9 (0,7) Milliarden Dollar etwas stärker. Sie lagen damit aber noch deutlich unter dem Stand von Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

ANDERSEN / US-Automarkt wächst langsamer

Gute Chancen für Japaner

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die längerfristigen Aussichten von VW auf dem amerikanischen Automarkt haben sich in den vergangenen zwei Jahren deutlich verschlechtert, glaubt man einer Studie der US-Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsgesellschaft Arthur Andersen & Co., Chicago. Hatzen die Berater dem deutschen Unternehmen 1981 noch einen Marktanteil von 3,5 Prozent für 1990 zugebilligt, so lautet die Voraussage der 1983er Studie für 1992 nur noch 2 Prozent.

Auch die Prognose für die Entwicklung des amerikanischen Gesamtmarktes ist pessimistischer ausgefallen als ihre Vorgängerversionen: 1979 hatte die Umfrage bei Autoherstellern und Zulieferern für 1990 noch ein Marktvolumen von 12,5 Millionen Pkw in Aussicht gestellt, 1981 war diese Einschätzung schon auf 11,5 Millionen Einheiten reduziert worden, und nun sind es nur noch 10,5 Millionen Fahrzeuge, die 1990 neu auf den US-Markt rollen sollen. 1983 waren es nach ersten Schätzungen knapp 9 Millionen.

Wenn auch die Andersen-Studie den Japanern am Weltmarkt durchweg noch klare Wachstumschancen zubilligt – der weltweite VW-Produktion wird nur die Stagnation bei 2,2 Millionen Einheiten zugestanden

– so sind die Amerikaner doch für die eigene Industrie sehr optimistisch. Der japanische Kostenvorteil, heute bei 1500 bis 2000 Dollar je Fahrzeug, soll sich bis 1992 auf 500 bis 700 Dollar geschrumpft sein. Allein der Übergang auf die zeitgenössische Direktanlieferung (ohne Zwischenlager) der Vorlieferanten verspreche eine Kostenersparnis von 12 Prozent.

Durch die Steigerung der Produktion der drei großen US-Hersteller um fast 18 Prozent in den zehn Jahren bis 1990 soll dann auch die Kapazitätsauslastung von derzeit 60 Prozent auf 75 bis 80 Prozent steigen.

Arthur Andersen, der „Produzent“ der Studie, ist ein internationaler Verbund von 160 Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsbüros in 45 Ländern. Im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) wurde mit 25 000 Mitarbeitern ein Umsatz von 1,25 Mrd. Dollar erzielt; 12 Prozent mehr als im Vorjahr. 71 Prozent davon stammten aus den USA. Die Mitglieds-Büros sind zumeist im Besitz ihrer jeweiligen Geschäftsführer, arbeiten aber nach gemeinsamen Richtlinien im internationalen Finanz-Verband. Der deutsche Abgeber Arthur Andersen GmbH, Frankfurt, beschäftigt einschließlich einer Beratungstochter 370 Mitarbeiter. Sein Honorarumsatz lag 1982/83 (15. 8.) bei 50 (43) Mill. DM. Für 1983/84 sind 57 Mill. DM geplant.

LUDOLPH STRUVE / Vor 75 Jahren gegründet

Führender Graphit-Händler

J. BRECH, Hamburg
Das in Europa führende Handelsunternehmen für Graphit, die Ludolph Struve & Co. GmbH, Hamburg, ist in diesen Tagen 75 Jahre alt geworden. Die ursprünglich als Einfuhrhaus für Faseroberstoffe gegründete Firma hat nach dem Krieg die Basis erheblich erweitert und auch Beteiligungen im Ausland erworben. Zur Gruppe gehören die Franz Betram GmbH, Hamburg, die neben Graphit, Borate, Talkum, Magnesit und Futtermittel-Zusatzstoffe vertriebt sowie die tecoma Mode für Wände GmbH, Krefeld, ein Handelsunternehmen für exklusiv Tapeten.

Im Ausland ist seit 1961 die Moler-vaerk Ludolph Struve & Co. AS in Dänemark aufgebaut worden. Sie fördert auf einem 150 Hektar großen Areal in verschiedenen Gruben Kieseln. Eine Beteiligung besteht schließlich am Graphitwerk Kropfmühl AG, München, in Höhe von etwa 32 Prozent.

Kern der Unternehmensgruppe ist

nach Angaben des Seniorchefs Christfried Backhaus, der in diesen Tagen ebenfalls seinen 70. Geburtstag feiert, hat das Stammkapital in Hamburg mit einem Stammkapital von 0,8 Mill. DM, das die Familie Backhaus hält. Das Handelsprogramm setzt sich aus rund 250 verschiedenen Graphit-Typen mit unterschiedlichen physikalischen und chemischen Spezifikationen zusammen. Sie werden in allen Teilen der Welt bezogen und neben der Bleistift-Industrie, im Feuerfest-Bereich, der Schmierstoff-Kunststoff- und Farbstoff-Industrie bis hin zur Nuklear-Industrie eingesetzt.

Der Gesamtumsatz der Struve-Gruppe dürfte bei etwa 60 Mill. DM liegen. Anlässlich des Jubiläums wird erklärt, daß die Basis des Unternehmens gesund sei und auch für das Jubiläumsjahr mit zufriedenstellenden Ergebnissen gerechnet werde. Die Prognose für 1984 hänge davon ab, wie sich die einzelnen Verbraucherbranchen entwickeln.

IHR PLATZ / Rückzug aus dem Österreich-Geschäft

Erwartungen übertroffen

DOMINIK SCHMIDT, Osnabrück
Besser als erwartet verlief für das Osnabrücker Filial- und Franchise-Unternehmen „Ihr Platz“ das Geschäftsjahr 1983. Nach vorläufigen Angaben wird sich ein Gesamtumsatz von 685 (658,5) Mill. DM ergeben. Das bedeutet eine Zunahme von 4,6 Prozent. Ursprünglich hatte die Geschäftsführung mit einem Plus von wieder rund 2 Prozent gerechnet. Vom Gesamtumsatz dürften 630 (607) Mill. DM auf das Filial- und 55 (51) Mill. DM auf das Franchise-Geschäft entfallen.

Nach den unbefriedigenden Ergebnissen 1982 hat sich auch die Ertragsituation wieder verbessert. Die Rendite sei „leicht überproportional“ gestiegen. Die Gründe dafür liegen in einer strengeren Durchführung der Kostenstruktur. Dabei wurde bewußt auf eine stärkere Expansion verzichtet.

Zurückgezogen hat sich „Ihr Platz“ aus Österreich. Dort hatte das Unternehmen in eigener Regie bis Ende 1982 insgesamt 27 Geschäfte geführt. Der späte Einstieg in diesem Land habe es schwer gemacht, auskömmliche Ergebnisse zu erzielen. Auch in

Zukunft wären noch erhebliche Vorleistungen notwendig geworden. Deshalb seien die Geschäfte an eine einheimische Firma veräußert worden.

Zur Gruppe gehören unverändert 506 Geschäfte, darunter 93 Franchiseläden. 13 Neueröffnungen im Jahre 1983 standen sechs Schließungen gegenüber. Weitere acht Geschäfte wurden an Franchise-Partner verkauft. Diesem Bereich will „Ihr Platz“ auch in Zukunft starke Aufmerksamkeit widmen. Mittlerweile ist das Unternehmen eine Partnerschaft mit Foto-Quelle eingegangen. Das Engagement im Parfümeriebereich beginne sich jetzt auch ertragsmäßig auszuzahlen.

Zur Verbesserung der Kostenstruktur hat der weitere Belegschaftsabbau beigetragen. Nachdem bereits 1982 die Mitarbeiterzahl um gut 200 auf 4300 verringert wurde, erfolgte 1983 eine weitere Reduzierung um rund 100 Personen. Die unveränderte gute Eigenkapitalausstattung erlaube es dem Unternehmen, die Investitionen von 12 Mill. DM aus selbstwirtschaftlichen Mitteln zu finanzieren.

JUWELIERE / Umsatzzuwachs von drei Prozent erwartet – Trend zu höherwertiger Ware

Schmuck hat die Kassen kräftig klingeln lassen

WERNER NETTZEL, Stuttgart
Ob Ringe, Ketten, Armbränder, Ohrclips – Schmuck bleibt gefragt und hat gerade in diesen Tagen und Wochen die Ladenkassen einmal mehr kräftig klingeln lassen. Der Fachhandel mit Uhren und Schmuck rechnet für das Jahr 1983 mit einem Umsatzzuwachs in der Größenordnung von 3 Prozent. Damit läge die Branche besser als im Vorjahr. Denn in 1982 hatte sie einen kleinen Umsatzrückgang von 3 Prozent auf 4,7 Mrd. DM hinnehmen müssen.

„Aus einem zunächst schwachen Optimismus ist ein gedämpfter Optimismus geworden“, lautet die Lagebeurteilung des Bundesverbandes der Juweliere, Schmuck- und Uhrenfachgeschäfte. Es sei quer durch das Sortiment gekauft worden, wobei der Kunde eher zu höherwertiger Ware griff. Dies hatte zur Folge, daß stückzahlmäßig das Geschäft etwas zurückging. Der Branchenkonjunktur kam die relative Preisstabilität beim Gold zugute. Im Durchschnitt lagen die Schmuckpreise um 1 Prozent höher als im Vorjahr. Vom ausgewiesenen Gesamtumsatz des Fachhandels, der sich aus 8700 Handelsbetrieben und 2500 Goldschmieden zusammensetzt, entfielen 53 Prozent auf Schmuck, 22 Prozent auf Kleinwaren, 7 Prozent auf Großwaren, die restlichen 9 Prozent waren der Werkstatt-Anteil. Bei der Armbränder steht die Quarztechnologie eindeutig im Vordergrund des Käuferinteresses, wobei Uhren mit Analog- (Zeiger-)Anzeige mit Abstand bevorzugt werden gegenüber der Uhr mit Digital-Ziffern-/Anzeige. Für die Armbränder mit mechanischem Uhrwerk hat sich zwar die Nachfrage wieder etwas verstärkt, von einer Renaissance könne nach Angaben von Handelskreisen belleibe keine Rede sein.

Auch auf Seiten der deutschen Schmuckindustrie, die im wesentlichen im Raum Pforzheim beheimatet ist, spricht man von Belebungszeichen bei der Inlandsnachfrage. Nach Feststellungen des Industrieverbandes Schmuck und Silberwaren ist der Umsatz dieses Industriezweigs in der ersten Hälfte des Jahres 1983 um 5 Prozent auf 790 Mill. DM

angestiegen, wobei die Wachstumsimpulse hauptsächlich aus dem Inland stammten. Im weiteren Verlauf des Jahres hielten sich zwar die Auftragsgänge im Inlandsgeschäft auf dem erreichten Niveau, das Auslandsgeschäft hingegen, das zunächst auch etwas anzunehmen schien, gestaltete sich recht schwierig. Von den Firmen hört man Klagen darüber, daß sich in so wichtigen Abnehmerländern dieser Branche wie Frankreich, Niederlande, Belgien und Großbritannien das Kaufverhalten entsprechend der dortigen allgemeinen Konjunkturlage ziemlich abgeschwächt habe.

Die deutsche Schmuckindustrie glaubt dennoch, durch ihre kreative Modellpolitik und verstärkte Bemühungen in der Akquisition auf den ausländischen Märkten ihre gute Stellung behaupten zu können. Gerade die Flexibilität und die Ideenreichtum dieser mittelständischen geprägten Branche sind es, die das Image stets auf neue aufpolieren. So werden die modischen Akzente für die diesjährige Wintersaison von den deutschen Schmuckherstellern diesmal auf

„sportlich-lässige Natürlichkeit, klassische Eleganz mit phantasievollen Details“ gesetzt. Dazu zählen, wie es in entsprechenden Beschreibungen heißt, „Hochglanz-Matt-Kontraste, handwerkliche Optik und frische Farbkombinationen“. Auch trete der Bereich Herrenschmuck immer deutlicher in Erscheinung.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verringerte sich der Ausfuhrüberschuss der Branche – die Exportquote liegt am Industriumsatz gemessen bei etwa einem Drittel – um 6,7 Prozent auf 228 Mill. DM.

Die deutsche Schmuckindustrie, die in 1982 auf einen Umsatz von 1,65 Mrd. DM kam, umfaßte Ende letzten Jahres insgesamt 723 Betriebe mit zusammen 14 820 Beschäftigten. 74 Prozent des Umsatzes repräsentierten allein die Betriebe des Raumes Pforzheim. Im Hinblick auf die hohe Lohnintensität der Schmuckherstellung geht die Branche mit sehr gemischten Gefühlen in die neue Tarifrunde, wobei die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit besonderer Sorge betrachtet wird.

STAND PUNKT / *Peinliche Vorkommnisse*

Gert Fröbe in einem „historischen Spectaculum“

Augustinische Eskapaden

Wenn zwei Sachsen aufeinander treffen und einer der beiden heißt Gert Fröbe, so gibt es einen Film. Schon lange war der deutsche Star hinter der Rolle her, und nun endlich hat das ZDF in einem „historischen Spectaculum“ vereint, was zu Sachsens Ruhm zusammengehört: August der Starke und Gert Fröbe. Den Text für das Rencontre schrieb Herbert Asmodi, die Regie übernahm Rudolf Nussgruber, und, um es nicht später teuer kaufen zu müssen, machte das Österreichische Fernseh-

Aber es irrt, wer diese Szenenfolge linkerhand abtun wollte. Ich weiß auch, warum er irrt: Er bezieht alles auf die historische Figur des Kurfürst-Königs, wo es doch nur ausschließlich um Gert Fröbe geht (freilich in der Rolle und Perücke desselben). Wer das durchschaut hatte, wurde erst richtig fröhlich, lachte über den großen deutschen Komödianten, erfreute sich an seiner immer noch strahlenden Vitalität; und wenn er als Vater August den prallen Hintern seiner taufischen Geliebten tätschelte, so nahm man das nicht nur dem König sondern auch dessen schauspielerischem Landsmann ab.

August der Starke - ZDF, 19.30 Uhr

hen (ORF) gleich zu Anfang als Coproduzent mit.

August der Starke also. Um es gleich warnend vorzunehmen: Eine historische Schilderung der politischen, militärischen und betriebswirtschaftlichen Aktivitäten des starken August (weder als Kurfürst von Sachsen noch als König von Polen) findet in dem amüsanten Bilderfahrbogen nicht statt. Auch eine psychologische Erforschung der augustinischen Eskapaden entfällt zum Glück für alle ZDF-Betrachter. Es bleibt eine muntere Abzieh-Geschichte mit bekannten und unbekannten Details, die ohnehin keinen Anspruch darauf erheben, als historisch belegt zu erscheinen. Ein Musical ohne Musik.

Freilich überwucherte Fröbe seine eigene Lieblingsrolle, und von August, dem Wüstling, dem Schlösserbauer, dem Machtfanatiker, dem Lebenskünstler und politischen Strategen blieb oft nur die Schale, in der ein deutscher Star steckte, und jedesmal, wenn unser Herrscher der König August anschaute, blickte der König Gert zurück. Was besonders lästig wurde, als es ans Sterben kam. Der König starb, aber das Sterben besorgte auf eine ausgefeilte Art der Darsteller. Er starb vielleicht zu lange, aber dafür verschonte er nicht eine einzige Geste seines Repertoires.

Man mißverstehe mich nicht: Nach den vielen, allzu vielen geistlosen Versuchen, Historie nachzustellen,



August der Starke, Kurfürst von Sachsen (Gert Fröbe), hat es mit Hilfe der Götter (Evelyn Opat) geschafft: Er ist zum König von Polen gekrönt worden. Im Hintergrund sein Ratgeber (Paul Edwin Roth)

FOTO: ZDF

mit üppigem Kostüm und dem unvermeidlichen Mantel der Geschichte, dessen Zipfel zu erhaschen sich wahre Heerscharen von Komparsen bemühten - nach allen diesen Imitationen ist der frische Betrieb im Asmodischen „Spectaculum“ eine wahre Freude. Da schluckte man es hinunter, wenn von der farbenprächtigen polnischen Adelskumpanei der „szlachta“ nur ein einziger Adliger übrigblieb, der offenbar auch noch leicht angeschickert war. Die polni-

schen Kostüme waren zu teuer gekommen, heißt es. Auch Originalschauplätze sind heutzutage teuer. Doch fand man da einen schönen Ausweg. Man holte einen der letzten deutschen Bühnenmaler aller Art herbei und ließ ihn Prospekte malen wie zu Großvaters Zeiten, und siehe, das gab mehr her als die naturalistischen Styrporsäulen anderswo. Alfons Ostermeier heißt der Maler (im Nachspann leider nicht aufgeführt).

VALENTIN POLCICH

KRITIK

Am Schluß zurück in die Ausgangsposition

Datiert wird diese Geschichte einer Ehedur aus der Zwischenkriegszeit (Die ewigen Gefühle, ARD) ziemlich genau durch ein gutes Holländer-Chanson aus einem schlechten Stück von Fritz von Unruh, das im Herbst 1930 Premiere hatte. Übermütig trallerten tanzten die Berliner aus dem intellektuellen Mittelstand dazu, ungeachtet der Krisenstimmung, die über ihnen liegt, in familiärer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Bernard von Brentano, damals Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in der Reichshauptstadt, kannte dieses Milieu genau, das Herbert Asmodi als Bearbeiter seines Romans und Peter Beauvais als Regis-

seur des Fernsehspiels vortrefflich nachgeschaffen haben. Ein besonderes Lob verdient der Regisseur: Es gibt keine Lampenschirme und keine Kaffeetassen, die hier nicht genau in die Epoche und die Finanzlage der Beteiligten paßten.

Zwei Ehepaare, bei denen der Haussegen schon zu Anfang ziemlich schief hängt. Dann tobt ein Sturm der Liebeleidenschaft zwischen dem mittelständigen Rechtsanwalt und seiner wiedergefundenen Jugendliebe, der beiden wie ebenso die vermählte Ehefrau beinahe entwurzelt, doch zum Schluß kehrt man in die Ausgangspositionen zurück, ein wenig weiser geworden.

So ewig sind die Gefühle eben doch nicht - das meint der Titel mit feiner Ironie offenbar. Michael Degen, Gila von Weitershausen und Christine Merhan verkörpern das alles überzeugend.

Für den betlichen Hausfreund, der zu jeder Ehekrise gehört, hier Musiker seines Zeichens, hat man in Herbert Grönemeyer einen Darsteller gefunden, der das zu seiner Rolle gehörende Klavierspielen nicht zu markieren braucht, sondern auch alle sonst vorkommenden, der Unterhaltung dienenden Klänge meisterlich hervorbringt.

HELLMUT JÄESRICH

STUDIO

Der WDR hat den amerikanischen Fernsehfilm „Special Bulletin“ zur Ausstrahlung erworben. Der mit mehreren „Emmies“ ausgezeichnete „Special Bulletin“ - die Geschichte einer terroristischen Atomexplosion - ist neben „The Day After“ der zur Zeit meistdiskutierte Atomfilm in den USA.

Gibt der Verwaltungsrat seine Zustimmung, will der WDR „Special Bulletin“ in der ersten Jahreshälfte 1984 unter dem Titel „Achtung Sonderstrahlung“ im Deutschen Fernsehen/ARD ausstrahlen. Sabine Sauer (26), Moderatorin, wird in der ARD am 29. März um 21 Uhr die nationale Vorentscheidung zum Grand Prix Eurovision de la Chanson präsentieren.



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Die Goldenen Schuhe (4)
11.00 Straßburg

11.45 Unschau
12.10 GSG 9
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Die - Er - Es
Ein Fest für alle Frauen
Spaß am Dienstag
16.55 Käseglocke 11
17.00 Walt Disney's größte Handstars
Von Pluto bis zu Susi und Strich
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Professor Ozonak
Achtlos Tiere Überwinden die
Trockenzeit
Außerordentlich einfallsreich sind
die afrikanischen Tiere, wenn es
darum geht, die Trockenzeit zu
überstehen.

21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
Voraussichtliche Themen:
Verhaftungswelle in der DDR /
Günter Grass / Rassel auf deut-
schen Straßen / Ein Skandal ohne
Ende - neue Dioxinfunde in der
Bundesrepublik / DLRS 218 - Re-
form in Gefahr
Redaktion: Klaus Bednarz

21.45 Dallas
Spaltung der Familie
22.00 Tagesschau
22.05 Kelterwellen
Der Mann, der „1984“ schrieb
Porträt des Schriftstellers George
Orwell
Film von Nigel Williams
Der Zufall der Jahreszahl - die
Verhaftungswelle in der DDR
Utopie „1984“ zum Jahreswechsel
in den Mittelpunkt des Interesses
gerückt. Die Veröffentlichungen,
die die heutige Wirklichkeit an
diesem Alptraum einer totalen
Überwachungs-gesellschaft mes-
sen, häufen sich seit einigen
Monaten.

24.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Musik
Utopisches von Verne bis Orwell
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.55 Puppentheater
Achtteilige Serie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Miniatur
Zu Gast: Nena
17.50 Wuselwusel
TV-Serie in 26 Folgen nach Peter
Rosegger
1. Als ich das erste Mal auf dem
Dampfwagen saß
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Male Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 August der Starke
ein historisches Spectaculum
von Herbert Asmodi
Mit Gert Fröbe, Peter Fricke u. a.
Regie: Rudolf Nussgruber
20.57 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.15 WISO
mit den Themen: Wirtschaftskon-
zert '84 - Konjunkturprognose mit
Musik / Sozialreport: Leben im Al-
tenheim - unbezahlbar? Vor Ort:
Aus für die Bremer Wert AG Wes-
ser / Zur Person: Günter Döding /
Gewerkschaft Nahrung, Genus,
Gaststätten / Tips: Anleger ver-
schenken Milliarden: Wie Sparer
mehr aus ihrem Geld machen kön-
nen.
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-Journal
22.05 Die aktuelle Lesenszene
Die Orestie des Aischylos
Trilogie
1. Agamemnon
Mit Gerd Wameling, Edith Clever
u. o.
Inszenierung und Bildregie: Peter
Stein
Schaubühne am Lehniner Platz,
Berlin
0.40 heute

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandskorrespondent
Feiertage in Addis Abeba
Hans-Josef Dreckmann aus Äthio-
pien
20.45 Vor 100 Jahren gestorben:
Gregor Johann Mendel
21.00 Ein Herz und eine Seele (1)
Die Bombe
Serie von Wolfgang Menge
21.45 Keine Krise in der Kegel-Kasse
Das Geschäft mit dem Volkssport
22.00 Deutschland
Der Einzelkämpfer
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprachstunde
19.15 Rockpalast
John Cale
20.00 Tagesschau
20.15 Einmal um die Welt
Anschl. Nachrichtentelegramm
21.15 Der Palzengast (1)
Engl. Fernsehfilm
22.05 Frauen-Geschichten:
Karin Hempel-Sachs
23.00 Vor vierzig Jahren
23.10 Nachrichten-Telegramm

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 MEGA
18.35 Paddling
19.00 Lieder & Leute extra
The Commodores
19.45 Praktische Tips
20.00 Unter heißem Himmel
Dr. Spielfilm, 1934
21.30 Drei aktuell
21.45 Madonna, Venus, Fürst und Lother

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Mathematik (27)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Galerie des Jahres
Fritz Erler
20.15 Die flotte Pauline
Amerik. Spielfilm, 1958
Regie: Henry Kostor
21.30 Prognose 84
22.30 Der Kessel kommt
Ein wissenschaftlicher Spaß

BAYERN

18.00 Meine Lieblingsgeschichte
18.15 Koffer-Journal
18.45 Bundeschau
19.00 Berühmte Ärzte der Charité
Robert Koch
20.45 Die Sprachstunde
21.30 Tagesschau
21.35
21.50 Retter des Mittelmeers
22.35 „Dances at the Turn of the
Century“
23.20 Rundschau



Eine Hundeliebe mit Happy-End: Susi und Strich gehören dazu, wenn die ARD um 17.00 Uhr „Walt Disney's größte Handstars“ präsentiert. FOTO: HIPP

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raum-fähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wetter-satelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine Konsequenz und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examennoten „sehr gut“ oder „mit Auszeichnung“ abgeschlossen.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, was wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

*) * 14. 3. 1879. Ulm;
† 18. 4. 1955. Princeton/USA.

Jetzt gibt's das aktuelle
hobby magazin der technik.
Die faszinierende
Zeitschrift voller Neuheiten,
Entwicklungen und
Reportagen.



AKTUELL	
Heute: 1.1.1984	2,50 DM C 4993 D
LUFTFAHRT	
Die Luftfahrt in der Bundesrepublik	
Besseres Reisen: System für Piloten und Passagiere	
VIDEO	
Die Acht-Minuten-Generation ist da	
FORSCHUNG	
Erstschuß-Test mit dem Ballon	
Leber-Transplantation für 160 km/h	
Lebender mit Computer-Technik	
FOTO/FILM	
Mitschneiden mit dem Computer	
Vorfahrt für die eigene Technik	
AUTO	
Die Kraft des 16 Ventils	
Married Antrieb für Porsche am Test	
Neue Volkswagen, von Fiat	
ELEKTRONIK	
Intelligentes Bausystem und Schaltung	
Die große Mikroelektronik	
Holen Sie sich das neue magazin der technik bei Ihrem Zeitschriften-Händler. Es kostet nur DM 3,80.	

Schwindel mit Etiketten

E.N. - Seit der Berliner Diplomhandelslehrer Klaus Gehrmann 1976 einen privaten Feldzug gegen die gedankenlose Einsetzung des Kürzels BRD statt des Gebrauchs des Wortes „Deutschland“ durchführte, ist der immer wieder auf flackernde Äger um die drei Buchstaben, die offensichtlich mancherorts gern als Pendant für „DDR“ verwendet werden, nicht vergessen worden. Immerhin haben die Ministerpräsidenten der Länder in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler im Mai 1974 schon empfohlen, daß im allgemeinen und im amtlichen Sprachgebrauch und Schriftverkehr die volle Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ gebraucht werden soll.

Als 1980 rund 50 Reisetagebucher aus der SPD-Fraktion des niedersächsischen Landtags vor einer Fahrt in die „DDR“ in ihre Grenzformulare hinter die Frage „Staatsangehörigkeit“ das ominöse Kürzel BRD einsetzten, mußten sie sich von der Landesregierung den Vorwurf gefallen lassen, mit solcher Lässigkeit der „DDR“-Aufassung von zwei deutschen Staatsangehörigkeiten Vorschub geleistet zu haben.

In allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gelten Richtlinien, wie sie das Senatsamt für den Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg im Juli 1974 mit den Worten formuliert hat: „Das Grundgesetz hat mit dem Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ eine gezielte geschichtlich-politische Aussage bezweckt, die in der abgekürzten Form „BRD“ ihren Sinngehalt verlieren würde.“

Dort, wo alle Weisheit dieser Welt sich ballt, an der Universität Bonn, sind solche Signale nicht durchgedrungen. Zum Jahresende 1983 verschickte die Hochschule Erhebungsbögen für das „Personal“, in deren Spalte „Staatsangehörigkeit“ man sich – zwischen zwei „Deutschland“ entscheiden kann: „BRD/DDR“.

Was man ämtlich oder halbamtlich in den letzten Jahren jeder Knackbröt- und Marmeladenfabrik nahegelegt, nämlich auf ihren Warenetiketten „keinen“ „Etikettenschwindel beim Herkunftsland zu betreiben“, sollte eigentlich auch oder sogar extra für Universitäten gelten.

Aus der Manege in die Philharmonie: Die Musikclowns emanzipieren sich Tusch auf der Piccoloflöte!

Früher latschten sie noch buntge-schminkt um die Manege, eine winzige Mandoline oder – wie Grock – eine kleine Ziehharmonika in der Hand und machten ihre Musik: Clownsmusik, zum Lachen und Weinen, zum Andächtigwerden oder zum Zwerchfellreißen. Sie eroberten sich die Bühnen der Varietés und sangen dort mit den Dachkatern um die Wette, kräbend wie Wetterhähne.

Inzwischen haben sie sich die Konzertsäle der Weltstadt erobert, die Musikclowns unter den kritischen Witzbolden von Rang. Ob die Carnegie Hall in New York oder der Berliner Philharmonie: Nur die feinsten Plätze der Musik scheinen noch gut genug, sich mit und über Musik lustig zu machen. Die Musikclowns haben sich emanzipiert. Sie haben die Streu aus den Pluderhosen geschüttelt. Sie stehen ihren Mann (oder ihre Frau) in Smoking, Frack oder Abendkleid: allen voran Victor Borge, der dänische Possenreißer am Flügel, der heute 75 Jahre alt wird. Ein Tusch ihm auf der Piccoloflöte!

Borge ist ein Zauberkünstler des musikalischen Spieles. Er blüht ihm, mitten im Spiel, aus dem Frackärmel auf. Nie weiß man, wohin ihm die Finger laufen. Wie andere redend vom Hunderten ins komische Tausende kommen, so er spielend, er quasselt am Klavier den heiligen Johann Sebastian in waschechten Puccini hinüber, um unversehens bei Schubert zu landen. Er parliert mit

den Fingern. Er entzückt den Tischen (und den Noten) nie zuvor vermuteten Hintersinn.

Der Aufwand dabei ist gering, Borge benötigt zu seinen abendfüllenden Eskapaden im Grunde nur einen Flügel und eine Sängerin, um sie nicht zu Worte kommen zu lassen. Er stellt gewissermaßen im Alleingang ein ganzes Musik-Festival auf die Beine, um ihm fleißig in die Hacken zu treten. Mit dem Perkussionshämmerchen des Musikmediziners überprüft er die Reflexe Frau Musicas und schlägt sie dabei auf heiter-heimtückische Weise grün und blau.

Ähnlich unaufwendig ging nur noch die große Anna Russell zuwege, wenn sie Abend als Late Night Entertainment „Fun of the Festival“ machte. Das war in Edinburgh, und die grandiose Anna löste damals auf der Bühne Marlene, die nicht weniger göttliche Dietrich, ab. Wo diese „Johnny“ hauchte, rührte jene allerdings „Hojotoho“. Ihre wundervolle Einführung in den „Ring des Nibelungen“, die alle Welt noch immer auf Schallplatten bejauchzen kann, ihr Eilkurs für angehende Sänger sind Evergreens. Beides sind zwerchfellerschütternde Exempel einer erismusikalischen Spätmacherei, der es einzig gelingt, selbst in unseren spröden Tagen, die heilige E-Musik des unverbrüchlichen Ernstes in fröhliche U-Musik zu verwandeln, vor der man sogar oh ihres aufklärerischen Übermuts die Ohren nicht anlegen muß.

Das muß man auch nicht, wenn Homero Franceschi auf den Spuren der Tastenlöwen Virtuosen von gestern und heute heraufparadiert: läßt Paderewski, Pachmann und Rubinstein, Glenn Gould, Gulda, Rachmaninow. Ein Spiel mit der Musik, ihren Arten und Unarten wird in Gang gesetzt, über das selbst Frau Musica kichert.

Viele Musiker von Rang sind insgesamt bemüht für ihre parodistischen Talente, die sie gelegentlich privat hören lassen: Daniel Wayenberg etwa, Pianist und Komponist in einer Person, der mühselos am Klavier Verdi-Arien in strikte Dodekaphonie überführt, sei der Herzog von Mantua in die Neue Wiener Schule gegangen.

Auch wer Hans Werner Henze mit Weinglas, Messingsschbecher und Kachelstisch in fröhlicher Abendstunde je Orffs „Carmina Cantu“ fälscht, tendiert aufzuführen hören, weiß, wie und wo viele Musiker das Zwerchfell juckt. Die spezialistische Lust an der musikalischen Vergackerei allerdings findet selten nur den Zugang zur Bühne.

Michael Aspinall, der verwegene Historiker weiblichen Sings, ein Reinhold Messner des Belcanto sozusagen, der bis in die entlegensten Höhen des Primadonnentums vordringt und vorsingt, Ketten von Achttausendern in der Gurrekehe, ist einer der wenigen, der Expertentum und musikalische Clownerie ohne Mühe zusammenzwingt. Aspinalls Späße machen selbst die eiskalten Pöbel Melba mit seiner Namensgeberin im Gelächter schmelzen.

Es war Gerard Hoffnung, dem es gelang, die Einzelgänger der musikalischen Fröhlichkeit zu bündeln und eine Zusammenarbeit zu begründen von musikalisch nun schon monumental hinterhältiger Komik. Hoffnungen bestürzend früher Tod nur hat verhindert, daß sein Londoner Festival des musikalischen Übermuts Tradition hat ansetzen können. Es balancierte, trotz seiner zahlreichen und renommierten Mitwirkenden, eben doch einzig auf Hoffnungen speziellem Humor: seiner überschwänglichen Erfindungskraft, einer überkandidelten Phantasie, die gewissermaßen den fünf Notenlinien immer noch eine sechste und siebte hinzugefügt.

Keine Frage – unter allen musikalischen Spätmachern nach Borge ran-



Wovon der Pöbel in der Pöse träumt: Karikatur von Gerard Hoffnung, dem großen zeichnenden Musikclown

gert einer ganz oben: Lorient. Aber wo rangiert der auch nicht an der Spitze?

Er ist der Surrealist unter den fröhlichen Phantasten, die sich auf das Feld der Musik wagen und es auf Kennerische beschränken. Lorient erfindet sich musikalische Szenen, die großen Aufwand treiben, aber dabei zu Pointen kommen, die den Aufwand auch wert sind. Er ist gewissermaßen ein Gustav Mahler der musikalischen Komik. Er benötigt im Gegensatz zum Zauberkünstler, der das berühmte Kaninchen aus dem Hut zieht, ein hundertköpfiges Sinfonieorchester, um ihm eine Pointe abzugewinnen, die zierlich zappelt.

Wie Wagner seines Ludwigs bedarf auch Lorient zur Realisierung seiner Projekte nicht gerade schwachbrüstigen Beistands. Was die „Aida“ für Verona, das ist er für die musikalische Parodie. Vielleicht läßt er sich doch einmal noch dazu herbei, die Arena auf seine einzigartige Art lachen zu machen. Allein schon, was man an Pavarotti einsparen würde,

ohne Einbuße an Heiterkeit noch dazu, dürfte von vornherein den Kasentwart der Arena strahlen machen. Überdies – mit Indispositionen ist bei Lorient nicht zu rechnen.

Früher trieb „Paganoni“, der Musicalclown, auf Tutzenden der verwegenen Instrumente und Klangquellen seine irrigen Späße – ein populärer Vorläufer Maurice Kagels. Werner Kroll sang bald wie Benjamin Gigli, bald wie Wilhelm Strienz, von Kopf bis Fuß schluchzender Tenorino, in schnellem Wechsel danach Kellerball. All das war gut und schön, das musikalische Ausgepöckelte aber, speziell das mit allen Wassern gewaschene internationale Musikpublikum visierend, lieferte erst der fröhliche Borge an.

Die Medien hatten ihm das Publikum zugetrieben. Rundfunk, Schallplatte, Fernsehen hatten seiner Kunst den Boden bereitet. Es fehlte nur die Intelligenz, ihn mit musikalischem Witz zu bestellen. Das tat Borge, der Alte: Ein Mann ganz in Dur.

KLAUS GETTEL



Zauberkünstler des musikalischen Spieles: Victor Borge, der heute 75 Jahre alt wird. FOTO: DPA

Kassel: Die Pläne der Brüder-Grimm-Gesellschaft

Stockhessen, weltberühmt

Als Ursache, ein großes Jubiläum zu begehen, haben 1983/86 das Land Hessen und dort insbesondere die Städte Hanau, Steinau, Marburg und Kassel, darüber hinaus aber selbstverständlich die Menschen deutscher Zunge überhaupt: Die aus Hanau stammenden „Stockhessen“, die weltberühmt wie sonst nur wenige Deutsche geworden sind, die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm werden 200 Jahre alt.

Nach ihrer in Steinau verlebten Kindheit, ihrem Schul- und Universitätsbesuch in Kassel und Marburg arbeiteten sie fast ein Vierteljahrhundert (bis 1829) als Bibliothekar und Privatgelehrte in der Residenzstadt an der Fulda. Sie haben dieses Lebensabschnitt stets als ihre glücklichste, für alle künftigen Arbeiten und Erfolge grundlegende Epoche empfunden – trotz ihrer folgenden ehrenvollen „Berufungen“ als Professoren nach Göttingen und Berlin.

In Kassel hatten sie die Muße, die Möglichkeiten und die noch gänzlich ungebrochene jugendliche Kraft, als Sammler volksläufiger Literatur sowie als einer ganz neuen Ethik und Methodik verpflichtete Sprach- und Kulturwissenschaftler Bahn zu brechen, zu leisten und erste, rasch wachsende Anerkennung in den Fachwissenschaften zu finden. Hier schufen sie ihre unsterblichen Märchen- und Sageneditionen sowie die recht eigentlich erst die Germanistik als Wissenschaft begründenden Werke „Deutsche Grammatik“ und „Deutsche Heldensagen“.

So ist es nicht mehr als recht und billig, daß die in Kassel ansässige Brüder-Grimm-Gesellschaft, sozusagen die Hauptregie der anstehenden wissenschaftlichen und festlichen Veranstaltungen übernimmt. Ein nationaler Festakt in der Frankfurter Paulskirche, wissenschaftliche Symposien, Exkursionen (u. a. des wegen seiner zahlreichen Eintragungen hochachtbaren Handexemplars der „Kinder- und Hausmärchen“ im Faksimile) sind vorbereiten und vor allem eine umfassende Ausstellung, die zuerst in Kassel, sodann in Berlin, Hanau und wohl auch im Ausland gezeigt werden soll.

Auf die knapp 300 Mitglieder umfassende Grimm-Gesellschaft kommt damit eine Bewährungsprobe zu, die ihr denn wohl auch endlich eine stärkere öffentliche Resonanz verschaffen könnte. Es gilt, die politischen Gremien und zugleich die Grimm-Forscher des In- und Auslandes zu motivieren sowie den verstreuten Grimm-Nachläß für die Ausstellung verfügbar zu machen. Mit diesen Aufgaben könnte die Gesellschaft einen dritten Markstein in ihrer eigenen und in der Geschichte der Grimm-Rezeption setzen. Ihre Kassel-Veranstaltung, auf Betreiben Herman Grimms (eines Sohnes Wilhelms) gegründet, wurde von ihm mit Nachlassmaterialien ausgestattet, existierte von 1896 bis 1905. Sie machte sich verdient um Bewahrung und weitere Sammlung philologischer Dokumente. Durch erste Auswertung der volksliterarischen Zeugnisse schuf in der Folge Johannes Bolte die z. T. bis heute tragfähigen Grundlagen einer internationalen Märchenforschung.

1942 versuchte Karl Vötterle, der Inhaber des Kasseler Bärenreiter-Verlags, die alten Fäden wieder aufzunehmen; die Neugründung fiel indes der Unbill der Zeit zum Opfer. Erst 1958/60 konnte der zweite Markstein gesetzt werden: Nach einem entsprechenden Aufruf, den u. a. Manfred Hausmann, Martin Heidegger, Rudolf Alexander Schröder, Eduard Spranger und Carl Zuckmayer unterzeichneten, kam es zur Gründung des Brüder-Grimm-Museums in Kassel. Es wurde unter seinem ersten Leiter Dr. Ludwig Denecke, dem gegenwärtigen Mentor der Grimm-Forschung, schon bald für Laien wie Fachleute zum Begriff.

Nun soll es, in Trägerschaft der Stadt und der Grimm-Gesellschaft, den geistigen und organisatorischen Mittelpunkt der Feiern bilden. Damit kann es zugleich dem bereits vor Jahrzehnten formulierten Ziel dienen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen eine wissenschaftlich zuverlässige Ausgabe der Werke und Briefe der Brüder Grimm in Angriff genommen und kontinuierlich weitergeführt werden kann.

HEINZ RÖLKE

Plädoyer zur Rettung von „Österreichs Pompeji“

Carnuntum zum Beispiel

Natur und Kunst sie scheinen sich zu fliehen, / Und haben sich, eh man es denkt, gefunden – ja, anno Goethe vielleicht. Da debüt sich, kaum eine Autostunde östlich von Wien, der letzte Auswuchs Mitteleuropas; und eben dort, bei Hainburg, ist ein Wasserkraftwerk geplant: der Stausee wird weite Teile der Au überfluten. Dagegen nun opponieren endlich, obwohl das Projekt schon seit mindestens fünfzehn Jahren zur Diskussion steht, die selbsternannten Natur- und Umweltschützer, mit kaum widerleglichen Argumenten, bis hin zu der Warnung, der Stausee gleich unterhalb der Großstadt Wien werde bald eine „bakteriell durchsetzte Brühe“ sein. Nicht nur die Heilquellen von Deutsch-Altenburg, auch das Trinkwasser des Bezirkes sei in Gefahr, infiziert zu werden. Die unausbleiblichen Änderungen von Flora und Fauna hätten verheerende Folgen über den unmittelbar überfluteten Uferstreifen der Donau hinaus, und die Schaffung eines Naturparks in diesem Raume werde für immer vereitelt. „Wahnsinn“ nennen es die Experten, allen voran Konrad Lorenz.

Vom Nobelpreisträger abwärts bis zu den Leserbrief-Schreibern ruft man zum Kampf um Hainburg, zur Rettung der Natur um Hainburg herum. Allein, in gedachten Räumen ist mehr als ein Stück Natur im ganz wörtlichen Sinne vom Untergang bedroht; denn eben dort liegt, was ein anderer Nobelpreisträger, Theodor Mommsen, „Österreichs Pompeji“ genannt hat: Carnuntum, die weithin ausgegrabenen Reste von Stadt und Lager, in denen vom ersten bis ins fünfte Jahrhundert hinein die zivile und militärische Macht der Provinz konzentriert gewesen.

Zwar würden die sorgfältig konservierten Ruinenfelder mit „Heidentor“ und den beiden Amphitheatern nicht überschweren; und man würde die drei Museen auch fürderhin trockenen Fußes betreten können. Jedoch, der eigentliche Reiz von Carnuntum geht nicht von den bloßen Steinen aus, sondern viel mehr von der Lage und Stellung dieser Steine inmitten der Landschaft, in dem sie die Grenze markieren zwischen der hellen und klaren römischen Welt heroben, südlich des Stromes, und der so dunklen wie dumpfen Welt der Barbaren dort drüben und drunten, eben im Auswaid: indem sie, die Steine an dieser Stelle, das Limes-Gefühl auch in uns noch erwecken, kurz unsere Geschichte, Weltgeschichte, uns anschaulich ma-

chen als Menschenschicksal. Carnuntum: das sind die Fundamente, auf denen auch unsere Welt noch beruht; unser uralter geistiger Heimatboden, der uns, wie Hofmannsthal einmal sagt, zum Erbe gegeben – und nach der Bewahrung dieses Erbes kräht nun kein Hahn: denen geht es wirklich nur um ihre Würmer.

Ich weiß, wovon ich rede: Von den Fachgelehrten abgesehen, hat in den vergangenen dreißig Jahren niemand so viel zum Ruhm, und damit zur Erhaltung, Carnuntums geschrieben wie ich. Und als ich, vor einigen Jahren, zur Rettung des Auswaides das Argument der Kultur ins Treffen führte, hat mich ein Biologieprofessor öffentlich abgekanzelt, weil er das ungestraft nicht mit dem dümmsten seiner Studenten zu tun sich getraute – damit meine heimliche Sorge betraute, daß der Naturschutz neuerdings ein Symptom von Kulturhaß, das Engagement für die Umwelt nunmehr die Flucht aus der Leere der Innenwelt sei. Ja, in der plötzlich entflammten Liebe zum Auswaid, bei völliger Gleichgültigkeit gegenüber Carnuntum, vollzieht sich der Untergang des Abendlandes wie im Modell: es wird darin sichtbar die Seelenverfassung der vielen, die nicht mehr wahrhaben wollen, was Ortega so ausdrückt: „Der Mensch hat nicht Natur, sondern Geschichte.“

Wozu aber, eigentlich, braucht der Mensch ohne Zukunft – denn das ist ja der Mensch ohne Geschichte – denn überhaupt eine heile Umwelt? Um bloß im Augenblicke zu vegetieren, kann er sich wohl auch aus der Kloake ernähren.

HERBERT EISENREICH



Schrieb in Carnuntum das 2. Buch seiner „Selbstbetrachtungen“. Kaiser Marc Aurel FOTO: KRAL

Mailand entdeckt den Maler Francesco Hayez

Maitre Pompier's Harem

Verspätet, aber in großem Stil, zehebt Mailand das 100. Todesjahr seines venezianischen Wahlbürgers Francesco Hayez (1791–1882), den ein anderer Wahl-Mailänder, Stendhal, „den größten unter den lebenden Malern“ nannte. Auch kunstverständige Landsleute seiner Epoche erklärten Hayez für den einzigen italienischen Maler von europäischem Format. Die Nachwelt aber verbante seine Bilder in die Depots und erklärte ihn zum „Maitre Pompiere“.

Die Ausstellungen im Palazzo Reale, in der Pinakothek Brera und in der gleichnamigen Akademie, in der Hayez 60 Jahre lang unterrichtet hat, beschern uns also fast eine Neuentdeckung dieses Künstlers. Zumal ein Teil seiner schönsten Arbeiten, die Porträts des liberalen Adels und Großbürgertums, als Besitz der Erben seiner Auftraggeber nie öffentlich geteilt worden war. Nur die Bilder der Künstler und Politiker von Manzoni über Verdi und Rossini bis zu Cavour waren und bleiben immer berühmt.

Im Zuge der Rehabilitierung des 19. Jahrhunderts sieht man jetzt auch

die lange verbannten „Geschichtsschinken“ mit anderen Augen und erkennt, daß der größte romantische Maler Italiens nach neoklassischen Anfängen stilistisch wie in der Wahl seiner meist biblischen und historischen Sujets den Nazarenern nahe stand. Man mag zwar immer noch lächeln über sein melodramatisches Pathos und über die sinnlich-sündige Marmorschönheit seiner Odaliden und Haremsdamen. Aber hinter der akademischen Glätte sieht man heute bisher unterschätzte malerische Qualitäten und Einflüsse, die vom 17. Jahrhundert Venetigs über Rubens bis zu Delacroix und Ingres führen.

Hayez war, wie sein Zeitgenosse Verdi, ein glühender Patriot, der mit seinem Werk den Kampf um die nationale Einheit fördern wollte. Selbst sein bekanntestes Bild, „Der Kuß“, 1859 zum Einzug des künftigen Königs Victor Emanuel II. ins befreite Mailand gemalt, sollte mit dem Abschied des Feldjägers von der Liebe zu der erwachenden Nation beschreiben (bis 27. Februar; Katalog, Electa Edizione, 25 000 Lire).

MONIKA V. ZITZEWITZ

De Filippis „Vergnügen, verrückt zu sein“ in Kiel

Mimen ohne Fortüne

Das Vergnügen, verrückt zu sein, kann natürlich nicht dauern. Irrende Pötte muß da programmiert sein. Am Kieler Schauspielhaus wird das jetzt drastisch vorgeführt. Dort hat Gerhard Hess das gleichnamige Stück des 84-jährigen Italieners Eduardo de Filippis für den deutschen Sprachraum ausgegraben. Die Komödie entstand bereits 1922. Es ist des hienfälligen de Filippis erster Dreierakt. Daß es sich lohnt, das Stück zu inszenieren, ist im Grunde nur einer einzigen Szene zu verdanken: einer Theaterprobe armer, heruntergekommener neapolitanischer Schauspieler bei einem obskuren Gastspiel in einer italienischen Kleinstadt. Die Akteure, am Premierenabend vom Publikum ausgepöckelt, haben nichts zu essen. Vom Hunger getrieben fangen sie in den Hotelzimmern an, stinkendes, billiges Zeug zu kochen, was natürlich Probleme mit den übrigen Hotelgästen und der Direktion inklusive Zimmermädchen heraufbeschwört.

Liebesdramen einer reichen Gräfin, eines Polizeikommissars, des Schauspielersführers und fast aller übrigen Mitwirkenden, kann man vergessen. Da hat de Filippis wirklich Dutzendware geliefert. Nur diese eine tragikomische Schauspielerszene ist irrsinnig lustig. Sie wird in Kiel von dem „Theaterdirektor“ Peter Bernhardt, der „Hochschwangeren“ Friederike Kamer, der „Sterbenden“ Almut Schmidt und dem Souffleur Siegfried Kristen auf die Worte „nein“ und „mach die Tür zu“ ganz realistisch gespielt. Doch das ist so herrlich komödiantisch, daß den Zuschauern die Lachtränen fließen.

Alle Möglichkeiten des Theaterzauers, die ganze Großartigkeit und der ganze Jammer des Schauspielerslebens sind da eingefangen. Das wird das Stück seinen Weg in Deutschland machen lassen. Verrückt sind bei de Filippis nicht nur die Schauspieler, sondern die ganze Welt, zumindest tun sie so, und das macht Spaß.

CHRISTIAN ANDRES

JOURNAL

Heuss-Zentrum für Kunst und Geschichte

dpa, Bonn
Auf der letzten großen Freifläche im Bonner Regierungsviertel soll ein „Theodor-Heuss-Zentrum für Kunst und Geschichte“ entstehen. Dies schlägt der von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger geleitete „Förderverein Kunsthalle Bundeshauptstadt“ vor. Damit zeichnet sich eine salomonische Lösung in dem heftig geführten Streit ab, ob es neben der Alternativen Kunsthalle oder Geschichtsmuseum und Plänen für ein zeitgeschichtliches Museum mit dem Anhangs von Kunsträumen noch eine dritte Möglichkeit gibt. Der Förderverein hat bereits eine Kunstmappe mit Raumkonzept erarbeitet, mit der er eine „vernünftige Synthese“ gefunden zu haben glaubt. Daß in dem vorgeschlagenen Namen des Zentrums entgegen der alphabetischen Reihenfolge Kunst vor Geschichte rangiert, soll klarmachen, daß die Kunstverbände und die Stadt Bonn keine Abstriche an ihrer Forderung nach einem Kulturschaufenster der Bundesrepublik machen wollen.

Charles Spindler auf der Mathildenhöhe

DW, Darmstadt
Dem französischen Jugendstil-Künstler Charles Spindler ist eine Ausstellung der Darmstädter Mathildenhöhe gewidmet. Sie ergänzt die Olbrich-Ausstellung, die weiterhin zugänglich ist, denn zwischen Spindler, Olbrich und der Künstlerkolonie bestand ein enger Austausch. Spindler (1865–1939) wurde vor allem durch seine Markierungen bekannt. 1897 gründete er sein Atelier für Holzeingelegte Arbeiten in St. Leonhardt. Seine Arbeiten waren bei den Weltausstellungen in Paris (1900) und St. Louis (1904) zu sehen. In Darmstadt werden bis zum 29. Januar Möbel, kleine Gebrauchsgegenstände sowie Zeichnungen von Spindler gezeigt. Der Katalog kostet 20 Mark.

I. B. Singers Zürcher Rede als „Bogen 11“

DW, München
Die Rede, die Isaac Bashevis Singer anlässlich seines Besuchs in Zürich gehalten hat, ist jetzt gedruckt erschienen. Der Hanser-Verlag gab sie unter dem Titel „Die Schöpfung ist letzten Endes eine Liebesgeschichte“ als „Bogen 11“ heraus. Die 16seitige Broschüre kostet 1,20 Mark.

Das ZK will den Film stärker kontrollieren

J. G. G. Warschau
In der Kulturabteilung des ZK der PVP wurde ein „Stahl Regierung/Partei“ gegründet. Er soll, weil die Partei über die „zunehmende gähnende Leere“ der Kinoleinwand beunruhigt ist, ein „Fieber des politischen Engagements“ unter den Filmemachern fördern und die „gesellschaftspolitischen Kriterien“ des Films stärker in den Vordergrund stellen. Das „Recht des Künstlers auf kreative Freiheit“ soll angeblich nicht beschnitten werden, jedoch seien „Strukturveränderungen“ beim gesamten polnischen Filmwesen in Vorbereitung.

Alexis Korner †

Am Neujahrstag starb er, 55-jährig, an einem Lungenkrebs und hinterläßt nicht nur Frau und drei Kinder, sondern eine gewaltige Gemeinde von Bewunderern und Beeinfluften, die in dem Sänger und Gitarristen lange schon eine Lebendlegende sah, die mehr für den weißen Blues getan hat als irgend jemand sonst, ausgenommen vielleicht John Mayall.

Der Sohn eines österreichischen Kavallerie-Offiziers und einer griechisch-türkischen Mutter war Ende des Krieges an Bord eines französischen Flüchtlingsschiffes nach England gelangt, von wo er später, vor allem in den so musikkbewegten sechziger Jahren, auf eine riesige Zahl heute bedeutender Blues- und Rockmusiker als Förderer, Stilpräger und Protagonist des Gruppenprinzips statt des Solistenkultus wirkte. Namen wie die von Mick Jagger und Charlie Watts von den Rolling Stones, von Jack Bruce, Ginger Baker und Graham Bond kommen da auf; er half, die großartige Folklore-Gruppe Pentangle ins Leben zu rufen, beteiligte sich an den Entstehungen vieler Gruppen wie der von Manfred Mann oder den Animals, die heute selbst Geschichte sind.

Er hat Stücke des Jazz-Bassisten Charles Mingus gespielt, Rock- und Freejazz-Elemente verarbeitet und war vor allem in Hamburg ein oft und gern gesehener Gast und Freund, der hier noch vor zwei Jahren im Duo mit dem glänzenden Solo-Bassisten Colin Hodgkinson begeisterte, krisenfest, erdverbunden, eine Vaterfigur mit Kraushaar und Sonnenbrille, die in frühen Jahren nur deshalb zur Gitarre griff, weil der eigene Vater den genervten Sprößling unbedingt zu klassischem Klavierspiel animieren wollte, mit dem seltsamen Argument: „Gitarre, das ist was für Frauen. Oder für Almeida. Aber nichts für dich, mein Sohn.“

a-tz

KULTURNOTIZEN

Höhlenmalereien, die rund 14 000 Jahre alt sind, wurden in Grotten der Region Tlaxcala, rund 100 Kilometer östlich von Mexiko-Stadt, entdeckt. Zwei Deckenmalereien der Renaissance sind im Schloß Meßkirch, Kreis Sigmaringen, entdeckt worden.

Paula Grogger, Schriftstellerin aus Österreich, ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

Henri Ciriani (47) ist mit dem französischen Architekturpreis ausgezeichnet worden.

Der lange Weg des Gifts im Rhein

GEORG BAUER, Bonn

Nach Meinung des Landesamtes für Wasser und Abfall in Nordrhein-Westfalen (LWA) und der Gas- und Elektrizitätswerke (GEW) in Köln muß der Verursacher der Rheinwasser-Verschmutzung mit der mutmaßlich krebserregenden organischen Chlorverbindung Bis-Chlorisobutyläther oberhalb der Maimündung gesucht werden. Wie gestern der Sprecher des LWA in Düsseldorf, Herbert Masing, mitteilte, sei es ausgeschlossen, daß ein Industrieunternehmen aus Nordrhein-Westfalen das Gift in den Rhein geleitet habe. Obwohl die Untersuchungen andauern, könne man über den genauen Standort des Industrieunternehmens nichts sagen. Selbst Chemiefirmen in Basel kämen als Schuldige in Frage.

Analysen von Wasserproben, die am Wochenende bei zwei Kontrollstationen in Bad Honnef und in Düsseldorf dem Rhein entnommen worden waren, ergaben bis zu zehn Mikrogramm Bis-Chlorisobutyläther pro Liter Rheinwasser. Trotz der ungewöhnlich hohen Konzentration des gefährlichen Stoffes wies das Landesamt darauf hin, daß die Gefahr für die Bevölkerung, die mit Rheinwasser versorgt würde, auszuschließen sei.

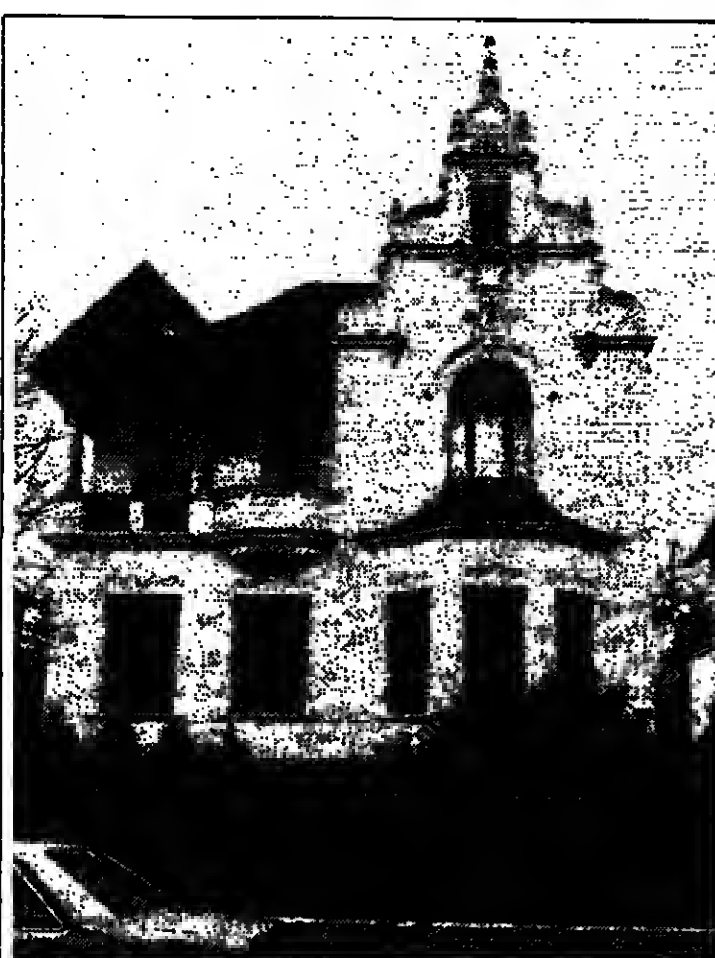
Reinigung ist gründlich

Der Grund: Wegen des Hochwassers im Frühjahr sind die Wasserwerke zur Zeit nicht auf die Förderung von Uferfiltraten angewiesen. Außerdem, so versichern die GEW, werde das Rheinwasser erst nach gründlicher Reinigung an die Haushalte weitergeleitet. Wolfgang Ludemann, Sprecher der GEW: „Wenn das Wasser durch die Uferfiltrate gefiltert ist, wird es aus dem Boden gepumpt und mit Sauerstoff angereichert. Anschließend versickert es noch einmal und wird nach einer erneuten Förderung durch die Aktivkohlefilter der Wasserwerke geleitet. Ein Verfahren, das sich über Monate hinzieht. Gleichzeitig wies Ludemann darauf hin, daß die Reinigung des Wassers dem Verfahren der Holländer.

Der grundsätzliche Unterschied zum deutschen System ist, daß die Wasserwerke in Holland erst nach der Entnahme filtern. Die Niederländer leiten nach Aussagen der GEW das Wasser direkt aus einem Seitenkanal des Stromes in einen Dünengebiet nordwestlich von Amsterdam, wo es versickert und sich dort in einem riesigen Wasserreservoir sammelt. Dorthin Vergiftungsgefahr, lassen die holländischen Wasserwerke die Schadstoffe Richtung Meer passieren und greifen zur Wasserversorgung der Bevölkerung auf dieses Reservoir in den Dünen zurück.

Noch keine Konsequenzen

Doch trotz dieses Tricks - Grund zur Besorgnis haben die Niederländer ebenso wie die anderen Anliegerstaaten des Rheins. So liegt heute die Verschmutzung des Rheins bei ungefähr 40 Mikrogramm pro Liter in Hochwasserzeiten. Bei Niedrigwasser steigt die Gesamtbelastung durch organische Chlorverbindungen gar auf mehr als 100 Mikrogramm. Die Wasserwerke fordern daher eine wirksame Kontrolle der Einleiter des chemischen Abfalls. Ludemann: „Das Wasserabgabengesetz muß novelliert werden. Für den Schutz der Gewässer in der Bundesrepublik Deutschland müssen ebenso harte Maßnahmen vom Gesetzgeber getroffen werden wie zum Schutz der Luft.“ Obwohl man seit Jahren die betreffenden Behörden, insbesondere das Bundesinnenministerium und die zuständigen Landesbehörden, über die Verschmutzung informiert, habe dies bisher keine Konsequenzen gezeigt. Ludemann forderte vor allem härtere Strafen bei Gesetzesübertretung. „Wer heute seinen Dreck in die Luft pustet, der muß damit rechnen, daß ihm auf die Finger geklopft wird. Wer den Dreck ins Wasser leitet, kann das relativ ungestört tun.“



Solche „Schmuckstücke“ geben den Lübecker Vororten St. Jürgen, St. Gertrud und St. Lorenz ihre Anziehungskraft. Doch der Run auf die idyllischen Viertel gefährdet sie auch. Eine Bürgerinitiative macht sich für die Erhaltung der zum Teil denkmalgeschützten Bausubstanz stark. FOTOS: DIEWELT

Ein Boom schlägt Breschen in die alten Quartiere

GISELA SCHÜTTE, Lübeck

In Lübeck machen Bürger mobil. Im Schatten der mittelalterlichen Türme und der gediegenen Giebel der Buddenbrookstadt wagt der Kampf um Bürgervillen und Grünanlagen, streiten Anwälte, Ärzte und Handwerker mit Plakaten und Flugblättern gegen Makler und Baubereitwillige.

Es geht um die noblen Vorstädte St. Jürgen, St. Gertrud und St. Lorenz, die sich im Süden und Westen der Altstadt zu grünen Villenquartieren entwickelt hatten, nachdem die Torsperre 1864 gefallen war. Steigende Einkommen ließen auch das Interesse an Wohnungen in den attraktiven Vierteln wachsen, und so blüht inzwischen auch hier das Geschäft mit Baubereitwilligen und Neubauten. Die Villen mit den großen

Räumen weichen wirtschaftlicheren, sprich einträglicheren, Neubauten. Doch die sind den Anwohnern entweder zu groß oder zu geschlossten. Und so haben sich etwa 70 Lübecker im Verlauf des vergangenen Jahres zu der Aktion „Rettet St. Jürgen und St. Gertrud“ zusammengeschlossen. Sprecher ist der wortgewandte Karl-Heinz Augusten (30), ein Grafiker, der seine Ziele wirkungsvoll zu präsentieren versteht. Den Aktionsleitern will es nicht einleuchten, daß in Lübeck, das im Denkmalschutzjahr 1975 eine der deutschen Spielstädte war, und in dessen Innenstadt zwischen 800 Bauten geschützt sind, bedeutende Villen abgebrochen werden.

Zur Gollionsfigur der Lübecker Bürgerproteste wurde das Elternhaus des Ex-Senators Steinhilber in der Herderstraße 7/8 in St. Jürgen. Auch ein eilig erstelltes Gutachten der Ak-

tion über die Schutzwürdigkeit der Villa brachte keinen Erfolg - das Haus fiel im Frühjahr vergangenen Jahres den Bulldozern zum Opfer. Jetzt kämpfen die Anwohner gegen das Neubaurvorhaben, das ihnen zu groß und zu wenig ortsgeliebt erscheint.

Auch die Behörden der Stadt Lübeck haben im Streit um die Steinhilber-Villa Hiebe bekommen. Die Aktionsmitglieder beklagten fehlende Initiativen zur Rettung der Bausubstanz. „Doch hier wird leider oft erwartet, daß die Stadt mehr unternimmt, als sie gesetzlich tun kann“, meint Sprecher Horst Westphal. Wenn eine Abbruchgenehmigung einmal auf dem Tisch liegt, ist nichts mehr zu machen.

Doch die streitbaren Lübecker machen sich Sorgen, daß auch weiterhin Bauprojekte und Abbruchkomman-



dos an ihnen vorbeiziehen. Derzeit stehen in den Vorstädten 37 Bauten unter Schutz, davon sind 28 Häuser. Mindestens 15 waren zuletzt nach einer Bilanz Augustens und seiner Mitarbeiter in Gefahr - Verfall, Verwahrlosung, Plünderungen, Brandstiftung, dagegen sind die Bürger hilflos.

Dennoch soll Besserung für die Vorstädte im Westen und Süden der Altstadt in Sicht sein: Am 16. Dezember 1982 hatte die Bürgerschaft in der Travestadt für einen Bereich von St. Jürgen eine Erhaltungssatzung beschlossen. Zwei Tage später trat eine zweijährige Veränderungssperre in Kraft. Ende dieses Jahres soll der Beurteilungskatalog der Wissenschaftler für das Ensemble fertig sein. Darüber hinaus arbeitet die Denkmalpflege an den Grundlagen für weitere Schutzzonen in St. Gertrud und St. Lorenz.

Dennoch werden die Mitglieder der Rettungsaktion wohl auch in Zukunft noch in offene Baugruben blicken müssen. Bei der erhaltenen Architektur des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kämpfen die Denkmalpfleger mit dem umfangreichen Bestand. Nicht alles kann als Denkmal, nicht alles als Ensemble ausdrücklich geschützt werden. Und Appelle zur Erhaltung erreichen allzu oft nur die, denen die Sache ohnehin am Herzen liegt. Das bleibende Problem des fortschreitenden Kahlschlags in Villenvierteln hat folglich der Chef des Hamburger Denkmalsamtes, Professor Manfred F. Fischer, treffend beschrieben: „Da wird mit der exklusiven Lage im historischen Quartier bei potentiellen Käufern geworben. Und eben diesen Bestand schlagen sie dann für ihre Neubauten kaputt.“

Tumulte vor Prozeß um Besetzung des türkischen Konsulats

dpa, Köln

Begleitet von massiven Handgreiflichkeiten zwischen Jugendlichen und Justizbeamten, hat vor dem Landgericht Köln gestern der Prozeß gegen zehn türkische Asylbewerber begonnen. Die Männer sollen im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln für insgesamt 15 Stunden besetzt und dabei rund 60 Menschen als Geiseln genommen haben. Etwa 50 Jugendliche versuchten, eine Tür zum Gerichtssaal einzudrücken und sich auf diese Weise Zugang zum Sitzungssaal zu verschaffen. Zuvor waren nur etwa 100 ebenfalls zumeist jugendliche Zuhörer zugelassen worden. Zu weiteren Zwischenfällen war es gekommen, als die zwischen 22 und 31 Jahre alten Angeklagten den Gerichtssaal betraten und gemeinsam mit den Zuschauern türkische und deutsche Sprechchöre wie „Tod dem Faschismus in der Türkei“ und „Hoch der internationalen Solidarität“ anstimmten. Die Verlesung der Anklageschrift verzögerte sich bis zur Stunde, da nicht alle vom Gericht bestellten Dolmetscher anwesend waren.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, am Vormittag des 3. November 1982 mit Waffengewalt in das Konsulatsgebäude eingedrungen zu sein und nach einem gemeinsamen Plan über mehrere Stunden Angestellte und Besucher als Geiseln genommen und mehrmals mit ihrer Erschießung gedroht zu haben. Die Aktion, die als Protest gegen die Herrschaft der Militärs in Ankara verstanden werden sollte, endete damals mit der Aufgabe der Attentäter nach stundenlangen Verhandlungen mit den Behörden.

Wal vor Hamburg

dpa, Hamburg

Ein etwa drei bis vier Meter langer weißer Beha-Wal schwimmt gegenwärtig in der Elbe. Zuletzt wurde das Tier am Wochenende in Höhe des Hamburger Elbvororts Ovelgönne gesehen.

Brücke stürzte ein

AFP, Curitiba

Bei dem Einsturz einer Hängebrücke über den Strom Lopo in dem südbrasilianischen Bundesstaat Paraná kamen mindestens fünf Menschen ums Leben, 15 wurden noch vermisst. Eines der vier Stahlkabel der 30 Meter langen Brücke war wegen Überbelastung gerissen.

Schulweg-Test

DW, Bonn

Mit einem Test vor Ort sollen die Eltern aller I-Dötzchen überprüft, ob die Kleinen fit für den Schulweg sind. Die Testbögen „Mein sicherer Schulweg“ werden über die Schulleiter, Kindergärten und örtlichen Verkehrswachen verteilt. Die Initiative ist eine Gemeinschaftsaktion des Bundesverkehrsministeriums, des Deutschen Verkehrswachst und der Daimler Benz AG.

„Besuch“ ohne Folgen

AFP, London

Gegen den Mann, der sich am Freitag unbetreut zum englischen Königsschloß Sandringham Eintritt verschaffte, werden keine Schritte unternommen werden. Ein Polizeisprecher erklärte, in dem Fall seien die Sicherheitsvorkehrungen nicht durchbrochen worden. Der Eindringling hatte sich bei seiner Festnahme durch Sicherheitsbeamte als Mitglied des Hofstaats von Königin Elizabeth, die zur Zeit auf Sandringham residiert, ausgegeben.

Anzeige

Abonnieren Sie Exklusivität

90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes schreiben für die WELT, Ihre Informationen, Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare erscheinen in keiner anderen Zeitung. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie exklusiv informiert.

DIE WELT

INNOVATION FÜR DEN NEUEN ABONNENTEN

Sie haben das Recht, Ihre Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellförm

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis zu weiteren 12 Ausgaben der monatlichen Belegpreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00). Lieferungsvertrag auf Anfrage, ansonsten Versand und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Telefon:

Datum:

Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift:

ZU GUTER LETZT

„Silvesterpreisausschreiben: Kostenlose Beisetzung zu gewinnen.“ Überschrift einer Kampagne gegen Alkohol am Steuer von zwei Lokalzeitungen im US-Bundesstaat Georgia.

Neue Idee verschafft Tauchern mehr Luft

US-Verfahren ermöglicht Sauerstoffentzug aus Wasser

WOLFGANG WILL, San Francisco

Was mit einem Test im November 1976 begann, hat inzwischen Gestalt angenommen: Möglicherweise können sich Menschen dank „künstlicher Kiemen“ bald unbegrenzte Zeit unter Wasser tummeln. Sind Taucher bisher von der Sauerstoffmenge, die sie in ihren Flaschen haben, abhängig, so könnten sie in Zukunft mit der neuen Erfindung Sauerstoff zum Atmen direkt dem Wasser entziehen.

Zu verdanken haben wird man es dem amerikanischen Biochemiker Joseph Bonaventura. Er hatte 1976 die letztendlich zündende Idee: Er nahm sich selbst Blut ab und vermischte es mit einem Plastikschaum, der jenem Material vergleichbar ist, aus dem viele Schwimmwesten, aber auch Auto- und Flugzeugsitze, hergestellt werden. Diese Blut-Plastikschaum-Mischung ähnelt einem Stück Leder, beschreibt es Bonaventura. Er und seine Frau testeten sodann den Urethan-Schwamm, und fanden heraus, daß er Wasser und Luft Sauerstoff entziehen kann.

Kommerziell nutzbar

Diese Bonaventura-Forschung und -erfindung, zum Teil finanziert durch die US-Marine, wird demnächst kommerziell nutzbar gemacht. Die Firma Aquanautics Corp., in San Francisco ansässig, hat die Patente für eine Million Dollar erworben - sie gehören der Duke-Universität, an der Bonaventura und seine Frau beschäftigt

sind. Claude Ganz erläutert für Aquanautics das Ziel der Firma: „Unser Traum ist es, dem Menschen jene Mittel zu geben, die es ihm ermöglichen, für lange Zeit unter Wasser existieren zu können.“

Synthetische Herstellung

Bis Ende 1984 soll ein Prototyp zur Verfügung stehen, der aus zwei Flaschen besteht, wie sie auch heute benutzt werden - sie würden allerdings leichter sein. Diese Tanks sollen mit der Blutplastikschaum-Mischung gefüllt sein und dem durchgepumpten Wasser den Sauerstoff entziehen, den der Taucher dann zum Atmen bekommt. Die Sauerstoffentnahme aus dem Wasser erfolgt mittels schwacher elektrischer Ströme, die durch das Hämoglobin oder Blut geführt werden.

Etwas weniger als ein Kilogramm Hämoglobin, so schätzt Joseph Bonaventura, könnten einem Taucher so viel Sauerstoff „vermitteln“, daß er sich theoretisch für unbegrenzte Zeit unter Wasser aufhalten kann. Bonaventuras andere Kalkulation: Ein Behälter, der nur drei Meter lang ist und dessen Durchmesser einen Meter ausmacht, könnte 150 unter Wasser arbeitenden Menschen Sauerstoff liefern. Für solche größeren Projekte würde das erforderliche Hämoglobin wahrscheinlich synthetisch hergestellt, und dafür könnten überalterte Blutmenen aus Blutbanken benutzt werden. Auch Blut von Tieren könnte in Frage kommen. (SAD)

LEUTE HEUTE

Ausbruch Nr. 4

Zum vierten Mal innerhalb von zweieinhalb Jahren ist Michele Zana, einer der Chefs der neapolitanischen Unterwelt, aus der Haft entkommen. Der „König von Neapel“ genannte „Camorra“-Chef floh aus einer römischen Klinik, in die er wegen Herzbeschwerden überführt worden war.

Kurz-Reise

Nur einige hundert Meter weit kam der Engländer Eric Peters nach seinem Start zur ersten Erdumrundung in einer Tonne. Dann blieb seine 1,77 Meter kurze Nußschale, in der er bereits erfolgreich den Atlantik bezwungen hatte, wegen eines Motorschadens auf der Themse liegen.

Prinzen-Pläus

Prinz Philip, Präsident des World Wildlife Fund, aber auch begeisterter Jäger, versucht jetzt diesen Widerspruch in einem Interview zu lösen:



„Von Blutsport zu reden, halte ich für eine Dramatisierung. Es ist doch so: Solange man auf vernünftige Weise auf die Jagd geht, ist der Jäger die einzige Person, der an der Erhaltung der Tiere wirklich gelegen ist.“

US-Astronomen entdeckten ein rätselhaftes „Ding“

Kam Satellit Iras dem zehnten Planeten auf die Spur?

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Amerikanische Wissenschaftler haben in der Nähe unseres Sonnensystems ein geheimnisvolles „Ding“ entdeckt, von dem bisher nicht feststellbar wurde, ob es ein bislang unbekannter Planet, ein Komet, ein Stern besonderer Art oder ein stehender Spiralnebel ist.

Das „Ding“ wurde von einem wissenschaftlichen Satelliten, dem Infrarot Astronomical Observatory (Iras), entdeckt. Es befindet sich in Richtung des Sternbildes Orion und ist etwa 80 Billionen Kilometer von der Erde entfernt. Mit Hilfe astronomischer Instrumente auf der Erdoberfläche ist das Objekt, das etwa so groß wie der Planet Jupiter ist, bisher nicht wahrgenommen worden.

Das „Ding“ strahlt kein Licht aus und hat eine Oberflächentemperatur von etwa minus 235 Grad Celsius. „Ich kann darüber nichts sagen, außer, daß wir nicht wissen, was es ist“, erklärte Dr. Gerry Neugebauer, Direktor des Palomar-Observatoriums in Kalifornien und leitender Wissenschaftler des Iras-Projektes.

Nur 80 Billionen km?

Wenn das Objekt wirklich nur 80 Billionen Kilometer entfernt sei, könne es sich unter Umständen um einen Teil unseres Sonnensystems und die vielleicht sogar um den seit langer Zeit gesuchten zehnten Planeten

handeln, meint der Astronom James Houck von der Cornell University. Unregelmäßigkeiten der Umlaufbahnen der bekannten Planeten deuten darauf hin, daß es einen bisher noch nicht entdeckten zehnten Planeten gibt, dessen Gravitation die Unregelmäßigkeiten verursacht.

Suche aufgenommen

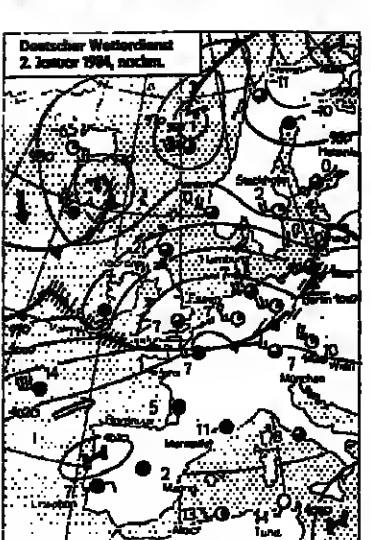
Houck schließt aus, daß es sich um einen Kometen handelt, weil das Objekt erstens zu groß ist und zweitens von Iras im Abstand von sechs Monaten an annähernd der gleichen Stelle „gesehen“ wurde. Wenn es kein Planet und kein Komet ist, kann es nach Ansicht Houcks und Neugebauers ein „totgeborener“ Stern sein, das heißt ein Himmelskörper, der so wenig Masse hat, daß er nie zum Glühen kam.

Neugebauer hält dies jedoch für unwahrscheinlich: „Ich glaube vielmehr, daß es ein noch junges und dunkles Milchstraßensystem ist“, meint er. Entweder sei es so jung, daß seine Sterne noch nicht glühten, oder es sei von einer so dichten Staubwolke umgeben, daß keine Lichtstrahlung wahrnehmbar sei.

Das 2,5-Meter-Teleskop von Cerro del Tololo in Chile hat bereits die Suche nach dem „Ding“ aufgenommen, und im Laufe des nächsten Jahres sind mehrere Nächte für die Suche mit dem 5-Meter-Teleskop von Mount Palomar vorgemerkt. (SAD)

WETTER: Stürmisch

Wetterlage: Eine Tiefdruckstörung über dem Ostatlantik entwickelt sich zum Orkan und zieht nach Südeuropa. Seine Ausläufer überqueren am Dienstag ganz Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: In den Frühstunden Übergang zu wechselhafter Bewölkung und nachfolgend im Tagesverlauf sehr leicht Schneeregen, Schnee- und Graupelschauer, an der Küste auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen um 5, nachts um 2 Grad.

Süddeutschland: Zunächst bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Temperaturanstieg auf 5 bis 9 Grad.

Weitere Aussichten:

Nästkales Schauerwetter.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin 7° Kairo 15°

Bonn 7° Kopenh. 10°

Dresden 6° Las Palmas 19°

Essen 7° London 7°

Frankfurt 5° Madrid 2°

Hamburg 7° Mailand 2°

List/Sylt 6° Mallorca 14°

München 7° Moskau 1°

Stuttgart 4° Nizza 10°

Alger 13° Oslo 10°

Amsterdam 7° Paris 7°

Athen 14° Prag 7°

Barcelona 10° Rom 8°

Brüssel 8° Stockholm 2°

Budapest 5° Tel Aviv 15°

Bukarest 12° Tunis 14°

Helsinki 0° Wien 10°

Istanbul 9° Zürich 5°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.27 Uhr, Untergang: 16.27 Uhr, Mondanfang: 9.42 Uhr, Untergang: 17.28 Uhr. In MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Trockenheit läßt alle Lichter verlöschen

Nach einer ungewöhnlich langen Periode ohne Regen reicht in der Elfenbeinküste das Wasser nicht mehr für Stromerzeugung

RALE PETER LAUCK, Abidjan

In der Elfenbeinküste gehen die Lichter aus - regelmäßig und jeden Tag mehr. Die Stromversorgung des westafrikanischen Staates ist praktisch zusammengebrochen, weil die Wasserspiegel in den Stauseen zu niedrig sind. Die Menschen schwitzen, man leidet mit Einbruch der Dunkelheit fast ausschließlich bei Kerzenlicht und - Westafrikas einzige Eislaubbahn ist geschmolzen.

Seit etwa 14 Tagen dauern die Blackouts immer länger. Eine ungewöhnliche Trockenperiode hatte dazu geführt, daß sich die Stauseen zusehends leerten. Schließlich reichte es kaum noch, um die Turbinen anzutreiben. Das Land, das zu 92 Prozent von der Stromerzeugung in Wasserkraftwerken abhängig ist, steht hochstäblich auf dem Trockenen.

Zunächst waren es täglich nur drei oder vier Stunden ohne Strom. Man versuchte sich damit zu arrangieren und machte auch in der Hauptstadt kein großes Aufheben davon. Doch täglich laufen weniger Turbinen und inzwischen bleiben viele Städte und

Dörfer schon mehr als 17 Stunden ohne Strom. Man schätzt, daß die Industrie ihre Produktionskapazitäten um mehr als 35 Prozent zurücknehmen mußte. Tausende Tonnen von Lebensmitteln verderben, dort, wo Wasser mit elektrischen Pumpen gefördert wird, kann es schon zu erheblichen Versorgungsgespinnen.

Inzwischen gehen viele Leute auch schon gar nicht mehr arbeiten, weil sie Angst haben, in einem Aufzug stundenlang stecken zu bleiben. Büros und Häuser werden in diesen Tagen ohne Klimaanlage in kürzester Zeit zu Säunen. Ein französischer Banker sagt: „Jahrelang bin ich aus meiner klimatisierten Wohnung in mein Auto mit Klimaanlage gestiegen und in mein vollklimatisiertes Büro gefahren. All die Jahre ist mir gar nicht aufgefallen wie verdammt heiß es hier sein kann.“

Tatsächlich trifft die Stromknappheit die Elfenbeinküste besonders hart. In den Nachbarländern stehen solche Pannen eher an der Tagesordnung, gehören sie fast zum täglichen Leben. Die Elfenbeinküste galt aller-

dings auch in dieser Beziehung immer als ein Vorzeigeland. Weil aber immer alles besser funktionierte, kommt jetzt zu dem Strommangel auch noch eine Art Vertrauenskrise. Die Kritik an Präsident Félix Houphouët-Boigny und seinen Bürokraten, die lange Zeit alles so reibungslos geführt hatten, wird immer lauter. Ein Energie-Experte sagt: „Die Wasserstände in den Stauwerken sind nicht über Nacht gefallen. Das kann nicht die große Überraschung sein.“

Der Direktor der Elektrizitätsgesellschaft, Konan Lambert, gesteht ein, daß die Lage katastrophal ist, hat aber offiziell nur eine eher nichtssagende Erklärung für die Fehlplanung: „Wir sind wohl etwas zu optimistisch daran gegangen.“

Da es aber nicht reichen dürfte „mitten in der Trockenheit auf einen Monsun zu warten“, wie eine Zeitung bitter bemerkt, hat sich nun auch bei den Verantwortlichen der Erkenntnis durchgesetzt, daß Turbinen angeschafft werden müssen, die mit erheblich teureren fossilen Bren-

stoffen zu betreiben sind. Eine schnelle Entscheidung blieb bisher allerdings im Gestrüpp politisch-ökonomischer Abhängigkeiten hängen.

So soll etwa längst die Finanzierung amerikanischer Ausrüstung gesichert sein. General Electric könnte umgehend liefern. Die Zusage scheiterte bisher jedoch nach Meinung von Beobachtern am Druck von französischer Seite. Hier besteht natürlich ein starkes Interesse daran, daß die ehemalige französische Kolonie auch in Frankreich bestellt - obwohl hier schon Lieferverzögerungen zu gegeben wurden.

So dürften vorerst die Nächte noch dunkel bleiben und die Tage heiß. Die Aussichten sind betrüblich, denn der erste Regen wird frühestens im März, April erwartet. Inzwischen sieht man auch vor den entsprechenden Geschäften keine langen Schlangen mehr, wie in den Tagen zuvor. Wer es sich leisten konnte, wollte wenigstens einen kleinen Dieseldieselgenerator erstehen. Die sind inzwischen ausverkauft. Und selbst das Dieselöl beginnt langsam knapp zu werden.